

UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

207 · Januar 2008

*Monatliche Publikation,
herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

VorSatz	3
Oppenheim zum Nachdenken	5
Europa in der Welt	
ARNE C. SEIFERT 15 Jahre Transformation in Zentralasien und die OSZE	10
THEOCHARIS N. GRIGORIADIS Geschäftsdiplomatie und EU-Regulierungspolitik in der deutsch-russischen Erdgaspartnerschaft	22
Linke in Lateinamerika	
JÖRG ROESLER Der »historische Lohn«. Kubas Erfahrungen mit einem (fast) bedingungslosen Grundeinkommen	28
BEATRIZ STOLOWICZ Die lateinamerikanische Linke: Wo stehen wir?	38
JAIME CAYCEDO Der Demokratische Alternative Pol – eine politische Aktionseinheit der Linken in Kolumbien	44
Bürgerrechte in der Diskussion	
MARCUS HAWEL Freiheitssinn und Widerstandsrecht. Zur Aktualität von Artikel zwanzig, Absatz vier, Grundgesetz	52
Standorte	
GERHARD ZEIDLER Herbert Grohmann. Rassenpolitiker und Arzt Zur Verstrickung von Nazi-Anthropologie und öffentlichem Gesundheitswesen im okkupierten Polen während des Zweiten Weltkrieges	59

Festplatte

WOLFGANG SABATH Die Wochen im Rückstau	72
---	----

Bücher & Zeitschriften

Wendula Dahle (Hg.): Die Geschäfte mit dem armen B. B. – Vom geschmähten Kommunisten zum Dichter »deutscher Spitzenklasse« (JOHANNES SCHILLO)	74
Andreas Exner, Werner Rätz, Birgit Zenker (Hg): Grundeinkommen – Soziale Sicherheit ohne Arbeit (SUSANNE GÖTZE)	75
Wolfgang Möhl, Theo Wentzke: Das Geld – Von den vielgepriesenen Leistungen des schönen Mammons (RENATE DILLMANN)	77
Arno Hecht: Der Ostdeutsche – ein Fehlgriff der sozialen Evolution? oder Eine Gegenwart ohne Zukunft (ULRICH BUSCH)	78
Hanno Rauterberg: »Und das ist Kunst?!« Eine Qualitätsprüfung (JÜRGEN MEIER)	80
Sergio Bologna u. a.: Selbstorganisation. Transformationsprozesse von Arbeit und sozialem Widerstand im neoliberalen Kapitalismus (ALEXANDER SCHLAGER)	82
Günter Benser: Volksbühne Heidenau 1906 bis 1939 – 1945 bis 1949. Die bewegte Geschichte eines Amateurtheaters (DIETRICH MÜHLBERG)	84
Jahresinhaltsverzeichnis 2007	88
Summaries	94
An unsere Autorinnen und Autoren	
Impressum	96

VorSatz

Noch bis 2009 – so sieht es der ordentliche Wahlrhythmus vor – soll die »Große Koalition« aus CDU/CSU und SPD eigentlich halten, doch die CDU trommelt schon jetzt zum Großen Lagerwahlkampf. »Liebe SPD: Finger weg von den neu lackierten Kommunisten!«, fleht und droht CDU-Generalsekretär Pofalla, und CSU-Chef Huber sieht »eine Katastrophe für unser Land« heranrollen, wenn »ein Bundeskabinett aus Beck und Nahles, Roth und Trittin, Lafontaine und Gysi« regiert. Am gleichen Tag – dem 4. Dezember 2007 – verkündet die zum Springer-Verlag gehörende PIN AG, dass sie als Antwort auf die von Union und SPD beschlossene Vereinbarung eines Mindestlohnes im Briefzustellergewerbe (eigentlich sind es zwei Mindestlöhne, denn es gibt 18 Jahre nach dem Anschluss der DDR an die BRD – vulgo: der »Herstellung der deutschen Einheit« – einen für den Westen und einen »natürlich« niedrigeren für den Osten, aber das soll an dieser Stelle gar nicht weiter ausdiskutiert werden) – dass sie also wegen des Mindestlohnes sofort 1 000 Stellen streichen wird. Damit sieht sich die Union nicht nur in ihrer Gegnerschaft zu einem gesetzlichen Mindestlohn, wie ihn DIE LINKE seit langem und die SPD seit kürzerem fordern, bestätigt, sondern damit erhält auch der Kurs neoliberaler Erpressung der gesamten Gesellschaft eine neue Qualität. Denn was sagt denn diese Streichung von 1 000 Stellen? Erstens, dass der ganze Laden überhaupt nur auf Löhne der Arbeiter gegründet ist, von denen man nicht leben kann. Zweitens, dass der Konzern also mit Selbstverständlichkeit davon ausgeht, dass seine Arbeiter nur als »Aufstocker« ihren Lebensunterhalt fristen können – also als Menschen, die trotz Vollzeitarbeit noch ALG II erhalten. Und drittens, dass damit der Konzern seine Gewinne nur deshalb macht, weil seine Angestellten vom Steuerzahler mitbezahlt werden, denn ALG II ist Steuergeld. Im Klartext: Der derzeit viel diskutierte Lokführer zahlt von seinen Steuern den PIN-Arbeiter und bekommt zugleich zu hören, dass er sich in seinen Lohnforderungen gefälligst zurückhalten solle, denn es gäbe ja viele, die viel weniger bekämen – zum Beispiel die PIN-Arbeiter.

Ich weiß, ich weiß: Vergleichende Blicke in die Vergangenheit sind in Deutschland verpönt. Da wir uns in der Redaktion der »UTOPIE kreativ« aber dessen bewusst sind, dass der 30. Januar 2008 der 75. Jahrestag des In-den-Sattel-Hebens der Hitler-Diktatur ist, erlauben wir uns, Gedanken zu haben sowohl zur von der 1931/32 regierungsseitig gewollten Verschärfung der in der Weltwirtschaftskrise ohnehin unerträglich gewordenen sozialen Gegensätze wie

auch dazu, dass in jenen Jahren die Beschwörung der »roten Gefahr« zum alltäglichen, zum aggressiven Handeln aufrufenden Kampfbegriff entwickelt worden ist – mit, wie bekannt, verheerenden Wirkungen zunächst für die Kommunisten, Sozialdemokraten und andere Linke, später für das nun tatsächlich in der Katastrophe endende ganze Land.

Unzeitig, solche Gedanken? Völlig an den Haaren herbei gezogen? Es wäre schön, wenn es so wäre. Dann könnte man auch gelassen solche Attacken ad acta legen, wie sie »UTOPIE kreativ« im Oktober von Seiten des »Cicero«-Chefredakteurs Wolfram Weimer in den »Potsdamer Neuesten Nachrichten« erleben durfte. Unsere Autorin Elke Scherstjanoi hatte in unserem Heft 204 im Rahmen eines ausführlich argumentierenden Aufsatzes folgenden Satz formuliert: »Wer heute noch mehr Würdigung für die Opfer der SED-Diktatur wünscht, scheint sich der Tatsache (und der DDR-Erfahrung) nicht bewusst zu sein, dass eine ununterbrochen auf Schrecken und Betroffenheit setzende Gedenkstättenpädagogik letzten Endes viel Überdross erzeugt.« Weimer hatte diesen Satz für seinen Kommentar in der erwähnten Zeitung wie folgt zurechtgestutzt, aber als Zitat aus unserer Zeitschrift ausgegeben: »Wer heute noch mehr Würdigung für die Opfer der SED-Diktatur wünscht, scheint sich der Tatsache nicht bewusst zu sein, dass eine Gedenkstättenpädagogik viel Überdross erzeugt.« Womit dann reibungslos dem Zweck des ganzen Kommentars Genüge getan war: nachzuweisen, wie sehr die Linke am »Tag der deutschen Einheit« stört. erinnert sich noch jemand an Tucholskys »Und durch Deutschland geht ein tiefer Riss«? Fällt auch in die Zeit vor 75 und mehr Jahren.

Aber »UTOPIE kreativ« wird auch ganz anders wahrgenommen, und das macht uns Mut über den Tag hinaus. Schon seit vier, fünf Jahren können wir uns über eine deutliche Verjüngung unserer Autorinnen- und Autorenschaft freuen – ein sehr bemerkenswerter Vorgang für eine Zeitschrift, die ganz wesentlich von den unverlangt eingehenden Manuskripten lebt und keine Honorare zu zahlen in der Lage ist. Und gleich mit diesem Januarheft können wir auch ein Resultat der Internationalisierung des jünger gewordenen Verfasserkreises vorlegen: Aus Berkeley erreichte uns ein Aufsatz zur deutsch-russischen Erdgaspartnerschaft, und auf unsere Nachfrage, wie der Autor denn auf »UTOPIE kreativ« gekommen war, fragte dieser ganz ungläubig zurück, ob wir denn nicht wüssten, dass wir dort als besonders wichtige »Stimme aus dem postsozialistischen Raum« gelten?

So sind wir also bei Heft 208, und im Heft 210 im März begehen wir den 125. Todestag von Karl Marx sowie den 125. Geburtstag von Paul Levi, aber der Anlässe fürs Weitermachen sind natürlich noch viele mehr, und so laden wir erneut und immer wieder zum Mitmachen ein und freuen uns aufs Gelesenwerden und gute Zusammenarbeit.

WOLFRAM ADOLPHI

Oppenheim zum Nachdenken

Zu den Vergessenen in der deutschen Wissenschaftsgeschichte zählt Heinrich Bernhard Oppenheim (1819-1880). Weil der in Göttingen, Heidelberg und Berlin studierte, bereits als Neunzehnjähriger promovierte und schließlich habilitierte Jurist nicht bereit war, sein Judentum – »wie ein elender Überläufer« – gegen das Christentum einzutauschen, war ihm von der Berliner Universität die Professur verweigert worden. Als Autor eines von Hegel inspirierten Systems des Völkerrechts von 1845 sowie einer auch von Feuerbach stimulierten Philosophie des Rechts und der Gesellschaft von 1847 lotete er die Vereinbarkeit von sozialistischen, demokratischen und liberalen Gedanken aus. Als bekennender Radikaldemokrat brachte er in die Beratungen des im Oktober 1848 in Berlin tagenden Zweiten Demokratenkongresses eine Maximilien Robespierre nahezu wörtlich entlehnte Menschenrechtserklärung ein. Daraufhin von der Juristenfakultät aus der Liste der Privatdozenten gestrichen und vom Polizeipräsidenten aus Berlin ausgewiesen, emigrierte er schließlich aus Baden, wo er sich wiederum am Revolutionsgeschehen beteiligt hatte, für ein Jahrzehnt ins europäische Ausland. »Abgekühlt, aber sehr belehrt« aus Paris zurückgekommen, agierte er in Berlin – nunmehr ins Nationalliberale gewendet – als Publizist und Politiker, ab 1873 auch als Reichstagsabgeordneter, unterlag freilich bei der nächsten Wahl einem Sozialdemokraten. – Sein Grabmal findet sich in Berlin, innerhalb des Jüdischen Friedhofs an der Schönhauser Allee Nr. 23-25, vom Eingangstor aus gesehen: ganz hinten links.

Als Wanderer von links nach rechts war er nicht Vorbild, wohl aber Vorreiter all derer, die, um »anzukommen«, ihre Weltsicht zu ändern bereit und befähigt sind. Wie seine Attacken auf die von ihm als Zukunftsphantasten bezeichneten »Süßwasser- oder Katheder-Sozialisten« (so seine Wortschöpfungen!) sind seine aphoristisch zugespitzten Einsichten des Nachdenkens wohl wert. Des Nachhandelns nicht unbedingt, meint

H. K.

Der Sozialismus hat seine erste Probe unglücklich bestanden; doch wir verzweifeln nicht an den wahren Interessen der Menschheit, weil eine bornierte Theorie des Sozialismus unpopulär und zuschanden geworden.

Die Vorwürfe, welche die Männer der Partei verdienen, sollten nicht auf den ideellen Inhalt ihrer ganzen Richtung übertragen werden!

Es ist eine historisch begründete und ausnahmslos feststehende Erfahrung, daß nach bedeutenden Niederlagen der Unmut sich mehr gegen die Genossen als gegen die überlegenen Feinde kehrt.

So lange die Theorie unsere einzige Waffe ist, wollen wir sie um keinen Preis aufgeben. Sie ist die letzte Schutzwehr.

Es gehört Mut dazu, mit vollen Segeln nur nach dem eigenen Kompaß erhabener Prinzipien zu segeln.

Das Volk sucht seinen Schutz in der Verfassung, deren Gegner über die Macht verfügen; man kann das wohl als Klassenkampf bezeichnen, es ist aber auch ein Prinzipienkampf.

Eine Verfassungsurkunde ist kein Evangelium, nicht die unsterbliche Versöhnung aller Widersprüche in der Gesellschaft. Sie ist immer auch ein System von Schlupfwinkeln und Mausefallen.

Ein Demokrat soll nicht regieren wollen, was immer ein beschränktes und getäushtes Volk voraussetzt; er soll überhaupt den Begriff des Regierens vermeiden.

Ist das ein Rechtsstaat, in welchem die Bevölkerung in zwei feindliche Lager zerfällt, in das der Ausbeutenden und das der Ausbeuteten?

Philosophie und Philanthropie werden mit der Kapital-Herrschaft in ewigem Hader liegen.

Humane Überzeugung: die individuelle Freiheit findet nur Raum in einer Gesellschaft, welche dem Individuum das Recht auf Bildung, auf Arbeit, und also auch das Recht auf die Arbeitsmittel zuerkennt.

Das Erbrecht wird verteidigt als Konsequenz des Eigentums. Das beweist nichts für das Erbrecht, vielleicht aber etwas gegen das Eigentum.

Alle und jede politische Opposition kann nur den Zweck haben, das Volk zur bewußten Teilnahme an seinen eigenen Interessen reif zu machen.

Was wahrhaft für das Volk geschehen kann, muß durch das Volk geschehen.

Wie die Wahrheit nur aus der Entwicklung von Gegensätzen hervorgeht, so bedarf der Staat notwendig der Parteien, damit eine öffentliche Meinung sich bilden kann.

Es ist lächerlich zu glauben, daß sich jemand seinen materiellen Interessen opfern könnte; freiwillig stirbt man nur für eine Idee.

Der ist noch nicht frei, der keinen Herrn über sich sieht.

Schlechten Regierungen, wie großen Verbrechern, sind die Inkonsequenzen am gefährlichsten.

Während das Tier niemals die Grenzen seiner Natur überschreitet, ist der Mensch einer wahren Virtuosität im Unrecht und in der Entartung fähig.

So wenig, als Zwang die Ehe schließen darf, so wenig darf Zwang sie erhalten.

Eine Treue, die länger dauern soll als die Liebe, enthält den Begriff einer unwürdigen Hörigkeit.

Nichts kittet festere Allianzen als gemeinsame Sünden.

Die Freiheit des Glaubens erheischt unbedingte Gleichstellung aller Bekenntnisse, oder vielmehr die vollständigste, atheistische Indifferenz gegen den Inhalt jedes Bekenntnisses.

Bei modernen Völkern ist die angeborne Muttersprache der einzige Maßstab der Nationalität.

Das Besitztum eines Reichen vertritt die Arbeit von tausend Armen. Die Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft ist nur eine Geschichte der Ungerechtigkeiten, d. h. der Ungleichheiten.

Wen nimmt es wunder, daß die Volksmassen an ihren Ketten rütteln, deren Anlegung nicht Gottes Wille sein kann; daß sie versuchen, die Ketten zu zerbrechen, die kein Priester ihnen milde zu deuten vermag. Eine Radikalkur wird nötig sein.

Der heutige Arbeiterstand erinnert an die faktische Sklaverei schwerer, geisttötender Arbeit, die sich oft von Geschlecht zu Geschlecht forterbt.

Jede durchgreifende Opposition ist jetzt sozialistischer Natur. Das entschiedene Wahre daran ist doch gewiß, daß die Aufgabe, die Herrschaft des Kapitals über Geist und Tätigkeit zu brechen, eine wichtigere ist, als der Kampf um äußerliche Staatsformen.

Um große Dinge zu tun, muß man den Teufel im Leibe haben.

Der Terrorismus der Revolution bedient sich tyrannischer Mittel, um sich selber entbehrlich zu machen; er ist der Ausdruck spontaner Ausbrüche, während der Terrorismus der Reaktion sich feige hinter hohlen Rechtsformen verbirgt.

Die Revolution ist das Kriegerrecht der Völkermassen gegen die einzelnen, sich überhebenden Klassen der Gesellschaft – zur Erhaltung der Gesamtheit.

Das Eigentümliche der Arbeiterunruhen besteht darin, daß sie direkt oder indirekt mehr gegen das Eigentum gerichtet sind als gegen rein politische Zustände. Die Proletarier, diese Volksmasse katexochen.

Unerträglich ist der Terrorismus der Börse: Das Geld ist das feine Fluidum, welches alle Verhältnisse und Zustände durchdringt, und unter der Herrschaft des Geldes schleicht sich die ärgste Sklaverei ein, maskiert als persönliche Freiheit.

Wer wollte noch behaupten, daß die Konkurrenz das ist, was sie sein sollte, ein edler Wettstreit der Kräfte und Talente?

Die Idee eines ewigen Friedens ist eine Utopie, die eine geschichtliche Erstarrung voraussetzt, eine für alle Zeiten berechnete Fixierung des jüngsten Besitzstandes, deren Unmöglichkeit die Geschichte dargetan hat.

Die Religion liebt das Märtyrertum, die Politik den Erfolg: die Religion will selig, der Staat soll glücklich machen.

Die Arbeiterfrage ist, bei Lichte besehen, die Frage der Arbeiter, deren Arbeit fraglich ist.

Die gebildeten Leute finden es ganz entsetzlich, daß das Volk sich nicht für die Interessen der Intelligenz opfern mag.

Menschen, welche einer fortdauernden Entwicklung fähig sind, geraten früher oder später mit ihren Parteien in Konflikt.

Die Zukunft läßt sich nicht im Taumel geistreicher Einfälle erobern.

Die feurigen Herzen, die im Beginn revolutionärer Epochen den neuen Ideen entgegenschlagen, ziehen sich in einem gewissen Zeitpunkte von der sauren und undankbaren Praxis, die zur detaillierten Ausführung jener Ideen nötig ist, enttäuscht zurück und wenden sich vielfach unreifen Utopien oder auch dem Kultus der materiellen Gewalt zu.

Die Jugend muß in einer äußersten Linken ihre noch abstrakten Ideale ausprägen und sie durch feste Programme beschränkend ermäßigen können.

Eine Theorie, welche das Kapital und den Unternehmergeinn verurteilt, enthält eine so direkte und unumwundene Kriegserklärung gegen die ganze bestehende Gesellschaft und Volkswirtschaft, daß eine Steigerung derselben nicht mehr denkbar ist. Einen Toten kann man nicht noch toter schießen.

Der Kommunismus entspricht weder den Anforderungen der Gerechtigkeit noch denen der Zweckmäßigkeit.

Verachte nur Vernunft und Wissenschaft, so kommst du zu Marx und Bebel.

In der Wissenschaft ist der Sozialismus niemals zu Hause und löst sich in ein Nichts auf, sobald er mit ihr in unmittelbare Berührung gerät. Ihre Koryphäen analysieren nicht, sie konstruieren.

Der Kommunismus ist die Umkehr des Privat-Eigentums; er enthält auch die umgekehrte Ausbeutung; statt der Ausbeutung der Schwachen durch die Starken, welche unter dem System des Privateigentums stattfindet, enthält der Kommunismus die Ausbeutung des Starken und Fleißigen durch den Schwachen und Trägen – jedenfalls also Ausbeutung, immer doch Ungerechtigkeit.

Der Sozialismus wird ewig eine Phrase bleiben, und jedes Volk, welches in der Politik die Phrase verläßt, sieht auch die Seifenblase des Sozialismus zerplatzen.

Die Sozialdemokratie macht die Reichen arm, aber die Armen nicht reich.

In praktischer Hinsicht müssen die Sozialdemokraten stets von neuem ihrer Anhängerschaft den betäubenden Trank des giftigsten Klassenhasses kredenzen.

Sozialistische Quacksalbereien oder kommunistische Gewaltakte: vorn getrommelt und hinten keine Soldaten.

Wer Arbeitern von einer Bekämpfung der Herrschaft des Kapitals durch die Staatsgewalt spricht, der mutet ihnen im besten Falle zu, auf die Verbesserung ihrer Lage zu verzichten, um sich für eine unfruchtbare Agitation zu opfern.

Freilich ist es nicht der Beruf des Staates, sich in die ökonomische Bewegung einzumischen und dem einzelnen, sei es als Arbeitgeber, sei es als Vermittler, Arbeit zu schaffen.

Daß die Pfaffen der sozialistischen Beglückungstheorie damit anfangen, die Klassen zu verhetzen, ungefähr wie die Pfaffen der alleinseligmachenden Dogmen die blutigsten Religionskriege führten, das weiß man schon aus der Apologie des »Klassenkampfes« in dem Manifeste der kommunistischen Partei von 1848.

Das Bedürfnis der politischen und ökonomischen Freiheit ebenso wie das patriotische Bewußtsein ist Kapitalisten, Unternehmern und Arbeitern gemeinsam.

Unsere Siegesfreude [1870!] wird von dem Bewußtsein geadelt, daß mit dem Blute unserer Brüder eine Erlösung der ganzen gesitteten Menschheit erkaufte wird; die Siegesgewißheit des französischen Pöbels beruhte auf dem Glauben an die größere physische Stärke der Rohheit und Unkultur.

Weil Deutschland stark und friedlich ist, wird der dauernde Friede Europas auf den Schultern des siegreichen Deutschlands ruhen, das in ungestörter, selbsteigener Entwicklung die wahren Volksinteressen fördert und den anderen Nationen vorangeht.

Nur dasjenige System empfiehlt sich als durchführbar, welches auf das wohlverstandene Interesse aller Klassen gebaut und durch die hellere Einsicht jeglicher Gewerbsklasse in ihr eigenes Interesse zu fördern ist.

Das in der Gewerbeordnung vollzogene Prinzip der Gewerbe-, Arbeits- und Assoziationsfreiheit, das ist der Rechtsboden des denkenden Arbeiterstandes, seine Magna Charta, die ihm nicht verkümmert werden wird, wenn er sich derselben würdig erweist.

Helft die Erkenntnis verbreiten, daß zwar Not und Elend so wenig ganz auszurotten sind als Sünde, Laster, Krankheit und Tod, daß aber der fortschreitende Wohlstand aller Klassen mit der fortschreitenden Freiheit und Bildung, das heißt mit der logischen Entfaltung des schon erregenen Rechtssystems Hand in Hand gehen.

Der Deutsche steht sein Leben lang von allen Staatskräften immer nur zur Polizei in ganz unmittelbarer Beziehung.

In der großen Irrenanstalt der Philosophie ist es leichter, die fixen Ideen der anderen zu überschauen, als sich seine eigenen zu gestehen.

Die bloße Gelehrsamkeit bietet Schlupfwinkel genug für die Lüge.

Unsere Massen können lesen, doch unsere Denker können nicht schreiben.

Wir Deutschen sind besser als unser Ruf, wozu, beiläufig gesagt, nicht allzu viel gehört.

ARNE C. SEIFERT

15 Jahre Transformation in Zentralasien und die OSZE

Ein zentrales Element der Krise der OSZE¹ ist die Frage nach dem Verhältnis zwischen ihren westlichen Mitgliedern und den Führungen jener Staaten, die der OSZE vorwerfen, sie verfolge ihnen gegenüber eine einseitige Politik des Durchsetzens der »Human dimension« (Demokratie, Rechtsstaat und Menschenrechte) und verletze damit grundlegende Prinzipien von Helsinki, »wie das der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten und der Achtung der Staatssouveränität.«² Das ist natürlich ein Vorwurf an den Westen. Dieser besteht unverändert darauf, dass alle OSZE-Staaten sich der »KSZE-Charta von Paris für ein neues Europa« von 1990 zu unterwerfen haben, welche postuliert: »die Demokratie als die *einzig*e Regierungsform aufzubauen, zu festigen und zu stärken.«³

»The key problem (...) seems to be disagreement over the human dimension.«⁴ Wie dieser zentrale Widerspruch überwunden werden kann, ist die große Frage. Vor ihr stehen nicht nur alle Seiten in der OSZE, sondern Europa als Ganzes. Für beide ist es von größter Tragweite, ob es gelingt, sie im Sinne eines Kompromisses positiv zu klären. Denn Europa sollte sich für ein neues politisches Aufgabenfeld wappnen: Den Umgang mit dem euro-asiatischen Kontinentalraum. Europa hat über die OSZE seine politischen Grenzen bis nach China und Afghanistan ausgedehnt. An seinem südlichen Rand ist dieser neue euro-asiatische Raum von einem Gürtel islamischer Staaten umgeben.

Die Dimensionen jenes nunmehr gemeinsamen euro-asiatischen Kontinentalraums sind mit Europa, Russischer Föderation, Zentralasien, China, Indien u. a. weltweit unvergleichlich. Er bildet in *jeder* Hinsicht die wichtigste »strategische Reserve« Europas. Wenn »in dieser Welt Europa selbstbestimmt werden«⁵ und »globale Handlungsfähigkeit gewinnen«⁶ will, wozu es entschlossen zu sein scheint, so werden strategische Partnerschaften in diesem Raum dafür *die* zentrale Bedingung sein. Das gilt besonders im Kontext einer transatlantischen Umfeldbeschreibung, wie sie Egon Bahr vornimmt: »Die Nähe, wie wir sie im Kalten Krieg (...) zwischen Amerika und Europa erlebt haben, (lässt) sich nicht wieder herstellen.« Daraus ergibt sich, so folgert Bahr, dass »sich die Selbstbestimmung Europas nur durch eine Emanzipation von Amerika erreichen lässt.«⁷ Und: »Es ist eine europäische Verantwortung, dass ›Kooperation‹ zum Schlüsselwort unseres Jahrhunderts wird.«⁸

Europäische Selbstbestimmung, euro-asiatischer Kontinentalraum, strategische Partnerschaften, Kooperation als Schlüsselwort unseres

Arne Clemens Seifert –
Jg. 1937, Dr. phil., Botschafter a. D., Studium am Institut für Internationale Beziehungen, Moskau, Diplom; Promotion am Institut für Internationale Arbeiterbewegung, Berlin; Botschafter der DDR im Staat Kuwait (1982-87); Abteilungsleiter im Außenministerium (1987-90); OSZE-Mission in Tadschikistan (1996-97); Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Verband für Internationale Politik und Völkerrecht e.V. Berlin (1998-2003); Zentralasienberater im Zentrum für OSZE-Forschung (CORE) am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik der Universität Hamburg. Sprecher der Initiative deutscher Botschafter a.D. »Diplomats for Peace with the Islamic World«, Berlin.
E-Mail: A.u.P.Seifert@t-online.de

Jahrhunderts. Untersucht man unter diesen Prämissen, wie sich in der geostrategischen Mitte jenes Raums in Zentralasien, nach fünfzehn Jahren Transformation das gesellschaftspolitische Umfeld, der Charakter und die Kooperationsvoraussetzungen seiner herrschenden Eliten entwickelt haben und setzt man die heutige Situation ins Verhältnis zur Zeit der Charta von Paris und der Transformationsstrategie des Westens gegenüber Zentralasien, so ergibt sich folgendes Bild:

Eigenes nationales und regionales Anlit

15 Jahre Transformation haben Zentralasien, seine Gesellschaften sowie die Lebensbedingungen seiner rund 60 Millionen Menschen und 40 Völker grundlegend verändert. Das wichtigste Ergebnis der Transformationsperiode ist, dass sie erstmals in ihrer Geschichte eigene Staaten besitzen und über ihr nationales Schicksal selbst bestimmen. Für sie ist das ein historischer Wendepunkt.

Zugleich hat ein Prozess der Wiederbelebung des traditionellen geopolitischen Platzes und der Rolle Zentralasiens als Brücke zwischen Ost- und Südwestasien, Russland und Europa begonnen. In diesem Prozess stellt sich relativ rasch auch das traditionelle zivilisatorische, kulturelle und religiöse Gesicht der Region wieder her. Einerseits treten der muslimische Charakter der Mehrheit der Bevölkerung und der Islam immer stärker hervor, zu dem sich, je nach Land, zwischen 60 und mehr als 90 Prozent der Bevölkerung bekennen. Andererseits erweist sich der aus der sowjetischen Periode überkommene Säkularismus als relativ stabil verwurzelt, was sich in den Staatsbildungsprozessen widerspiegelt. Alle Staaten haben sich als säkular konstituiert. Dass beides, Säkularismus und Islam, miteinander nicht in Konflikt gerät, ist eine der zentralen Fragen und möglichen potentiellen Konfliktfelder der weiteren Entwicklung.

In den vergangenen 15 Jahren hat sich eine enge Kooperation mit den wichtigsten südlichen und östlichen Nachbarn entwickelt: mit China, Indien, Pakistan, Afghanistan, Iran, der Türkei. Das bedeutet, dass Zentralasien allmählich auch in den Ring islamischer Staaten zurückkehrt, dem es historisch angehörte. Bis auf Turkmenistan sind alle zentralasiatischen Staaten Mitglieder der Shanghai Cooperation Organisation, der auch China und Russland und als Beobachter Indien, Iran und Pakistan angehören.

Auf die Qualität und Dynamik der inneren Transformationsprozesse, die später geschildert werden, hat der Westen nachdrücklich Einfluss genommen.

Transformation und westlicher Nachdruck

Bewertet man die westliche Transformationsstrategie, so ist der politische, historische und theoretische Kontext nicht zu vernachlässigen, der in jenen Umbruchjahren im Westen vorherrschte.

Die Transformation vom sozialistischen zum kapitalistischen Gesellschaftssystem war für den Westen von vornherein ein politisches Projekt. Die unumkehrbare Entwurzelung aller politischen und ökonomischen Grundlagen der sozialistischen Gesellschaftsordnung besaß Priorität. Wie immer gearteten Restaurationsversuchen galt es vorzubeugen. Als sicherster Weg erschienen Reformen, die im obigen Sinne möglichst direkt und schnell, sozusagen ohne »evolutionäre«

Basierend auf einem Beitrag des Verfassers im OSZE-Jahrbuch 2007, Jahrbuch zur Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), Institut für Friedensforschung an der Universität Hamburg. Untersucht werden die Länder Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan.

1 Vergleiche W. Zellner: *Managing Change in Europe*, Center for OSCE-Research, Working Paper 13, Hamburg 2005.

2 Vystuplenije Postojannogo Predstavitelja Rossisko Federazii, A. N. Borodovkina, na zasedanii Postojannogo Sovjeta OBSE, 8. Julja 2004, OSCE, PC. Del/630/04, 8. July 2004, S.1 (Übersetzung d. Verfassers).

3 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Nr. 137, 24. 11. 1990 (Hervorhebung A. S.).

4 Zellner, S. 15.

5 Egon Bahr: *Europas strategische Interessen*, in: *Internationale Politik*, Berlin, 4/07, S. 93.

6 Ebenda, S. 88.

7 Ebenda.

8 Ebenda, S. 87.

Verzögerungen, vollendete Tatsachen schufen: die Implantierung von Marktwirtschaft und eines politischen Systems westlichen Typs. Weiter gehörte dazu das Öffnen der Außentüren in die jungen Staaten des post-sowjetischen Raums, um die Durchführung jener Reformen zu forcieren.

Im theoretischen Umfeld verwickelte sich damals die Diskussion über das geeignete »Management« von Transformation mit der über die Rückwirkungen von Globalisierung auf die internationale Politik und Beziehungen. Im praktischen außenpolitischen Handeln setzte sich eine Art »post-nationaler« konzeptioneller Ansatz durch. Er ging davon aus, dass »die Rolle des Nationalstaats durch die gestiegene Bedeutung der Menschenrechte und der Globalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft erheblich relativiert worden« sei⁹, dieser in seiner inneren Kompetenz auf einer Reihe von strategischen Hoheitsfeldern (Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaat; Wirtschafts- und Finanzpolitik) einzuschränken und der Intervention äußerer Akteure zu öffnen ist.

Jener »post-nationale« Ansatz stand den Aufgaben einer erstmaligen Formung nationaler Staaten in Zentralasien diametral gegenüber. Die Auffassung, dass Demokratie auch Sicherheitsgarant sei, verstärkte ihn. In »Intervention in den Zeiten der Interdependenz« empfahl Czempiel der Außenpolitik, Demokratisierung zum »obersten und zentralen Thema« zu machen: »Sind nämlich alle Herrschaftssysteme im euro-atlantischen System demokratisiert und entwickelt, bestehen also überall Zustände und Bedingungen, wie sie die Atlantische Gemeinschaft kennzeichnen, dann ist das Problem umfassender Sicherheit gelöst, sind Stabilität und Gewaltfreiheit permanent gewährleistet. Der gewaltfreie, intervenierende Beitrag zur Demokratisierung aller Herrschaftssysteme muß zum Kern der Außenpolitik in der Gesellschaftswelt werden. (...) Die deutsche Außenpolitik (müsse) der Demokratisierungsstrategie den obersten Rang einräumen.«¹⁰

Der theoretische Diskurs verkoppelte auch Demokratie und Marktwirtschaft zu einem Bedingungsgefüge. »Die einzige Bedingung, unter der Marktwirtschaft und Demokratie *gleichzeitig implantiert* und gedeihen können, ist die, dass beide einer Gesellschaft *von außen* aufgezwungen und durch internationale Abhängigkeitsverhältnisse für längere Fristen garantiert werden.«¹¹

So entstand ein kompakter Ansatz der Gleichzeitigkeit der Transformation aller politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Systeme in einem »Frontalangriff«. Madeleine Albright formulierte in einer Rede in Taschkent im April 2000: »The best way to take a bitter pill is simply to swallow it whole.«¹²

Die strategischen Kettenglieder jenes Ansatzes waren: »die revolutionäre Installierung einer Unternehmerklasse« (Offe)¹³; die zielstrebige und umfassende Privatisierung des staatlichen und genossenschaftlichen Eigentums; die Einführung marktwirtschaftlicher Instrumente; möglichst das Auswechseln der Eliten; die Neugestaltung des politischen Systems auf der Grundlage des Modells repräsentativer Demokratie mit seiner charakteristischen Gewaltenteilung.

Der Westen übte also von vornherein über seine internationalen Organisationen und bilateralen Beziehungen auf alle Transformations-

9 Joschka Fischer: Rede vor der 54. Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York am 22. September 1999.

10 HSK-Report 2/2000, Frankfurt am Main, S. 22.

11 Claus Offe: Tunnel am Ende des Lichts. Erkundungen der politischen Transformation im Neuen Osten, Campus Verlag New York, 1994, S. 65 (Hervorhebung A. S.).

12 Speech by the Secretary of State, Madeleine K. Albright, University of World Economy and Diplomacy, Tashkent, April 7, 2000.

13 Offe, a. a. O., S. 60.

prozesse und die Führungen der zentralasiatischen Staaten, welche diese zu realisieren hatten, einen gewaltigen äußeren Druck aus. Die OSZE spielte und spielt als »one of the agents of change«¹⁴ eine zentrale Rolle in diesem Szenarium. Indem sie die menschliche Dimension als »Kern der Anstrengungen zur Gewährleistung umfassender Sicherheit«¹⁵ in Zentralasien sieht, machte sie sich zu einer zentralen Trägerin der westlichen Strategien¹⁶ gegenüber den zentralasiatischen Gesellschaften und deren Führungen.

Qualität und Dynamik der inneren Transformationsprozesse

Beeinflußt von der jeweiligen politischen Kultur, historisch gewachsenen gesellschaftlichen Hierarchien und Loyalitäten sowie ökonomischen Voraussetzungen, verliefen die Transformationsprozesse in den einzelnen Ländern differenziert: von nur geringen, wie in Turkmenistan, bis hin zu tiefer gehenden Ergebnissen, wie in Kasachstan. Insgesamt zeichnet sich folgendes Bild ab:

1. *Regionale Ausdifferenzierung.* Nach 15 Jahren tritt eine gewisse Differenzierung zu Tage: Auf Grund ihrer reichen Erdöl- und Erdgasvorkommen sowie weitreichender marktwirtschaftlicher Reformen ragen Kasachstan hervor und, hinsichtlich seiner fossilen Energieträger, auch Turkmenistan. Besonders Kasachstan (mit 2,7 Millionen km² der 9. größte Staat der Welt) entwickelt sich zu einer Art regionaler Großmacht. Die erkundeten Reserven seiner 3 wichtigsten Erdöllagerstätten belaufen sich auf ca. 53 Milliarden Barrel. Außerdem verfügt es über 6 Prozent der Weltreserven an Eisenerz und 2,3 Prozent der Weltkupferproduktion. Bei nur 15,2 Millionen Einwohnern flossen seit 1993 28,4 Milliarden US-\$ Direktinvestitionen in das Land. Das sind 80 Prozent der in Zentralasien getätigten Auslandsinvestitionen. Der Zuwachs des BIP betrug in den letzten Jahren rd. 9 Prozent.

Auf dem entgegengesetzten Pol finden sich die ökonomisch am geringsten entwickelten Staaten wieder: Kirgistan und im südöstlichsten Zipfel Zentralasiens – Tadschikistan.

Eine Zwischenposition nimmt Usbekistan ein. Alle drei Staaten grenzen an das Ferganatal, einer konfliktreichen Region mit traditioneller islamischer Verwurzelung. Diese Länder scheinen sich zu einer geo-politischen Gruppe zu entwickeln.

2. *Zu den ökonomischen und politischen Transformationsergebnissen.* Auf wirtschaftlichem Gebiet hat die Transformation bereits zu einer neuen Systemqualität geführt. Wenn auch in unterschiedlicher Tiefe, so wurden doch im Ganzen radikale Wirtschaftsreformen verwirklicht, eine umfangreiche Privatisierung durchgeführt, zog der private Wirtschaftssektor an und sind die Währungen der meisten Staaten frei konvertierbar. Insgesamt wurden die marktwirtschaftlichen Grundlagen gelegt. Einen Weg *zurück* zum sozialistischen Wirtschaftssystem kann als ausgeschlossen gelten.

Gleiches gilt für das politische Gebiet. Bei allen Einschränkungen, bestehen in allen Staaten demokratische Basisstrukturen: demokratische Verfassungen, Parlamente, eine Jurisprudenz, mehrere Parteien und Nichtregierungsorganisationen, Parlaments- und Präsidentenwahlen.

Ungeachtet dessen dominieren autoritäre Herrschaftsregimes, an deren Spitze Präsidenten mit großer Machtfülle stehen. Doch auch

14 Zellner, S. 12.

15 OSCE Meetings on Human Dimension Issues 1999-2000. A compilation of final reports from OSCE Supplementary Human Dimension Meetings and Human Dimension Seminars, Warsaw 2000, p 7.

16 »Human dimension issues have become the most important fields of activity« of the OSCE. In: Zellner, a. a. O., p. 26.

hier darf eine gewisse Vielfalt nicht übersehen werden. Von totalitär, wie in Turkmenistan, bis zu einer Art aufgeklärter, gelenkter Demokratie, wie in Kasachstan.

Legt man die Kriterien repräsentativer Demokratie zu Grunde, dann weist die politische Transformation allerdings gravierende Schwächen auf: Es gibt keine wirkliche Gewaltenteilung, es fehlt ein System von checks and balances, welches die Staatsgewalt unter Kontrolle hält, Menschen- und Bürgerrechte sind eingeschränkt und werden nicht selten brutal verletzt, die Medienfreiheit ist beschränkt, demokratische Machtübergabemechanismen existieren nicht, das System von Parteien, Gewerkschaften und NROs ist schwach und noch immer kein vollwertiger Bestandteil des parlamentarischen Systems. Eine Bertelsmannstudie schätzt ein, dass »mit Ausnahme der kommunistischen Parteien keine der Parteien über eine breite Mitgliedschaft oder eine stabile gesellschaftliche Verankerung verfügt.«¹⁷

17 Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Bertelsmann Transformations Index 2003. Verlag Bertelsmann Stiftung Gütersloh 2004, S. 163.

Besonders schädlich für die weitere Entwicklung der Staaten und Region als Ganzes ist die Monopolisierung von Macht in den Händen relativ enger, sich an partikularen Interessen orientierender Herrschaftsgruppen. Dadurch herrscht ein hoher Grad an subjektivistischer Enge, der in besonderem Maße die Entwicklung einer regionalen Kooperation behindert, welche für die gesamte Region überlebenswichtig ist.

3. *Ökonomische Grundlagen, die Transformation für den Staatsformungsprozeß der jungen Staaten brachte.* Die meisten zentralasiatischen Staaten, mit Ausnahme Kasachstans (so behaupten jedenfalls kasachische Veröffentlichungen), erlebten nach dem Zusammenbruch der UdSSR zunächst einen rasanten Wirtschaftseinbruch. Ab Mitte der neunziger Jahre lässt sich eine Erholung beobachten, die jedoch als relativ – weil aufholend zu den Werten der letzten Jahre der sowjetischen Periode – zu bewerten ist. Im Durchschnitt betrug der Zuwachs des BIP von 1997 bis 2001 6,1 Prozent.¹⁸

18 Asian Development Bank (ADB): ADO 2005.

In Kirgistan, Tadschikistan und teilweise Usbekistan hat die Privatisierung des ehemals staatlichen und die Schwächung des genossenschaftlichen Sektors eine Deindustrialisierung bewirkt. Der größte Teil der Produktionsmittel ist physisch und moralisch verschlissen und nicht konkurrenzfähig. Auslandsinvestitionen wandern im Wesentlichen nicht in die Entwicklung von Industrie, sondern in die Energieträgerausbeutung.

Mit Ausnahme Kasachstans und Turkmenistans, welche auf Gewinne und einen bestimmten Industrialisierungsschub aus der Grundrente (Erdöl, Erdgas) rechnen können, befinden sich die Staaten somit heute in der ökonomischen Ausgangslage wie die meisten Entwicklungsländer. Nämlich Rohstoffgewinnung und -export: Energieträger (fossile Brennstoffe – Erdgas = 3,3 Prozent der Weltreserven – und Hydroenergie), Edelmetalle, Baumwolle, Erze, Aluminium, Uran (= 19,7 Prozent der Weltreserven!).

Die strategischen Gefahren jener einseitigen Wirtschaftsprofilierung sind bekannt: materiell-technische Unterentwicklung, hohe Abhängigkeit von den Schwankungen auf den Rohstoffmärkten, Arbeitslosigkeit und Umweltschäden. Hinzu kommt, dass sich den Gewinn aus dem Rohstoffexport lediglich kleine Unternehmergruppen aneignen, was zu einem schwachen Binnenmarkt führt und soziale Polarisierung vorantreibt.

Mit anderen Worten: Nach dem Zerfall der arbeitsteiligen Wirtschaftsbeziehungen im Rahmen der UdSSR war die Transformationsstrategie nicht zielgerichtet auf die Schaffung solider Grundlagen einer selbsttragenden ökonomischen Entwicklung der jungen Staaten gerichtet.

4. *Auswirkungen der Transformation auf die Lebensqualität der Bevölkerung.* Unzweideutig ist festzustellen, dass die Transformation die Lebensqualität der Bevölkerung drastisch verschlechterte. Zentralasien bleibt weit hinter den Millenniumszielen der UNO für die soziale Entwicklung zurück. Die gesamte Region ist heute mit fundamentalen Armutsproblemen konfrontiert. So betrug der prozentuale Anteil der Bevölkerung mit einem US-\$ Tageseinkommen in Tadschikistan 2003 56,6 Prozent, in Kirgistan 40,8 Prozent, in Usbekistan 27,5 Prozent (2000) und in Kasachstan 27,9 Prozent (2002).¹⁹ Eine Bertelsmannstudie schätzt ein, dass »sich die soziale Schere überall weiter öffnet. ... Armut breitet sich vorwiegend aus und bekommt zunehmend eine Gender-Komponente ... Das ehemals große Bildungspotential schwindet.«²⁰ Die Studie diagnostiziert eine »Sklerose der Bildungs- und Sozialsysteme sowie zunehmende Armut.«²¹

5. *Soziale Rahmenbedingungen blieben untransformiert.* Die gesellschaftlichen Subsysteme bleiben in patriarchalischen sozialen Strukturen mit spezifischen Führungsmechanismen verhaftet: Der gesellschaftlichen »Pyramide« mit einer starken Führungspersonlichkeit an der Spitze, die das System durch ein hierarchisches Beziehungsgeflecht aus traditionellen Loyalitäten und materiellen Bindungen zusammenhält. Bezugspunkte des kollektiven Bewusstseins der vornehmlich ländlich verhafteten Bevölkerung sind nicht so sehr der »Citoyen«, der Träger der bürgerlichen Menschenrechte, der zwar in den urbanen Ballungsgebieten sozial und politisch schon »geboren« ist, sondern die Gruppe, Großfamilie, Clan und Region.

Auf diesen Netzwerken basiert politische Herrschaft, deren Legitimationsgrundlage sie sind. In ihrer Gesamtheit bilden jene Netzwerke zwar auch eine Pluralität, aber nicht jene unbegrenzte westlicher Demokratie. Im politischen Leben behindert das den Aufbau unabhängiger ziviler und politischer Institutionen und erlegt der Autonomie des Einzelnen Grenzen auf. Gegenwärtig treibt die wachsende Armut die Masse der Bevölkerung zurück in die engen Rahmen der Gruppen und Großfamilien, die für sie als Ersatz der verlorenen sozialen Sicherungssysteme fungieren.

6. *Die Erhaltung friedlicher Bedingungen für das Funktionieren der Gesellschaft.* Der Direktor des Zentrums für Strategische Studien Kasachstans, Bulat Sultanov, schätzte im Dezember 2006 auf einer Konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung ein, dass die »allgemeine politische Situation in Zentralasien gespannt bleibt«, »sich negative Trends verstärken« und die innere Situation in einigen Staaten »unberechenbar« sei.²² Er begründet das in erster Linie mit einigen der o. g. negativen Phänomene.

Jene eingangs beschriebene Strategie, die Transformation mit dem Ziel *gleichzeitiger* radikaler Transformation aller gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Systeme angeht, birgt hohes destabilisierendes Potential in sich. Sie erzeugt in der Gesellschaft, die ja aus dem sowjetischen Erfahrungshintergrund hoher sozialer Sicherheit herkommt, Unzufriedenheit, politisiert sie und versetzt sie für einen

19 ADB, Basic Statistics 2006.

20 Bertelsmann, S. 172.

21 Ebenda, S. 174.

22 B. Sultanov: The Current Political Situation in Central Asia, Vortrag auf der Konferenz der Friedrich Ebert Stiftung »Die Zukunft der regionalen Kooperation: Zentralasien 2020«, 11.-13. Dezember 2006.

bestimmten historischen Zeitraum in einen unterschweligen Konfliktzustand. Dadurch erhöht sich die Konfliktbereitschaft der Gesellschaft als Ganzes. Insbesondere der tadschikische Bürgerkrieg verdeutlichte, dass Systemtransformation auch als eine negative Triebkraft zu wirken vermag, die die gesamte Gesellschaft politisiert und mobilisiert. Diese Breitenwirkung wiederum kann gewaltorientierte Kettenreaktionen auslösen, in denen die Gesellschaft sich spaltet und ihre sozusagen »natürliche« Fähigkeit zur zivilen Verarbeitung von Konfliktsituationen verliert. In Tadschikistan endete das in einer völligen Anarchisierung der Gesellschaft und im zeitweiligen Zerfall der Machtorgane. Ähnlich anarchische Züge zeigten sich auch in der sogenannten »Tulpenrevolution« in Kirgistan.

Fazit

Das Fazit, welches sich ziehen lässt, sieht differenziert aus:

1. Das vorrangige Ziel der westlichen Transformationsstrategie – die Entwurzelung der politischen und ökonomischen Grundlagen des sowjetischen Gesellschaftstyps – wurde erreicht. Ein Zurück zum einstigen sowjetischen Imperium wird es nicht geben. Das ist ein großer Sieg, wenn nicht sogar von historischer Dimension.

Auch bei der ökonomischen Transformation zur Marktwirtschaft ist der Rubikon überschritten. Selbst wenn westliche Unternehmen noch nicht auf allen Gebieten zufrieden sind – ein Zurück in die Planwirtschaft wird es nicht geben.

2. Versagt hat die Transformationsstrategie bei der dringend erforderlichen Schaffung und Konsolidierung von ökonomischen Grundlagen der weiteren Staatsformungsprozesse. Eindeutig negativ ist ihre Bilanz auch hinsichtlich der Verschlechterung der Lebensqualität der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung. Hier erweist sich die Transformation nicht nur als zutiefst regressiv. Sie behindert auch die Transformation zur Demokratie, weil sich keine soziale Basis für soziale Marktwirtschaft und Demokratie herausbilden konnte. Die Kritik an den Transformationsstrategien auf diesem Gebiet muss auch deshalb besonders scharf ausfallen, weil eine solche soziale Basis während der sowjetischen Herrschaftsperiode bereits einmal geschaffen wurde. Während die sowjetische Führung jene günstige soziale Basis zur Entfaltung von Demokratie nicht nutzte, duldet der Westen deren endgültigen Zerfall. Hier muss er sich fragen lassen, wieviel Entfernung von Moderne er glaubt, sich leisten zu können, ohne zugleich einen auch zivilisatorischen Rückschritt zu riskieren und mitverantworten zu müssen.

Es bildet sich eine Armut- und Reichtumskluft heraus, wie sie uns aus der Mehrheit der Entwicklungsländer bekannt ist. Mit all ihren sozialen und politischen Risiken, einschließlich islamistischer Radikalisierung.

3. Sein Ziel, politische Systeme seines Typs zu etablieren, erreichte der Westen bisher nicht. Nachdenken über die Frage, ob und in welchen Zeiträumen das nachholbar wäre, sollte Nüchternheit bestimmen. Mit großer Wahrscheinlichkeit wird es nicht gelingen, das Modell liberaler Demokratie in den zentralasiatischen Gesellschaften in absehbarer Zeit zu verwurzeln. Vieles spricht sogar dafür, dass es ziemlich unwahrscheinlich ist, dieses Ziel entsprechend dem westli-

chen Erwartungshorizont überhaupt zu erreichen. Welche Zusammenhänge erlauben diese Hypothesen?

Wachsendes Eigengewicht

Um der Demokratisierungsoffensive aus dem Westen zu widerstehen, haben sich die zentralasiatischen Staaten ziemlich gut »eingegraben«. Dabei half ihnen der Westen mit eigenen Fehlkalkulationen. In seiner überhasteten Absicht der »revolutionären Installierung einer Unternehmerklasse« (Offe) verschätzte er sich völlig im *Typ* von Unternehmerklasse, der vor dem Hintergrund der sozialen Spezifik der zentralasiatischen Gesellschaften entstehen würde.

Die Gewinner einer Strategie, welche Privatisierung »revolutionär«, sozusagen »von oben« vorantrieb, waren nämlich die großen Clans. Vor allem die der »ersten Transformationsgeneration«, weil allein sie nach dem Zusammenbruch der UdSSR über die administrativen und finanziellen Ressourcen verfügten, um die Privatisierung zu ihren Gunsten zu entscheiden. Nie zuvor hat das Clanwesen, das eine in sich geschlossene, sich der Öffnung der Gesellschaft widersetzende Gesellschaftsgruppe darstellt, eine solch gewaltige ökonomische Fundierung erfahren, wie durch jene Privatisierung »von oben«. Selbst in der sowjetischen Periode war die personalunionshafte Verquickung von politischer, ökonomischer und möglichst auch militärischer Macht nicht so eng und groß, wie heutzutage bei den Clans jener »ersten Generation«.

Das Paradoxe besteht darin, dass es dem Westen mit seiner Transformation weder gelang, politische und ökonomische Macht voneinander zu trennen, noch die sozialen Grundlagen für die von ihm gewünschte »offene Gesellschaft« zu schaffen. Vielmehr ist das Gegenteil heraus gekommen: ein Kapitalismustyp, der als »familienclan-bürokratischer Kapitalismus« bezeichnet werden könnte. Die »revolutionär« installierte neue Unternehmerklasse ist ihrem Wesen nach undemokratisch. Und so ist wiederum das von ihr installierte politische System.

Das Dilemma der westlichen Demokratisierungsstrategie besteht darin, dass sie erst diesen Typ von Kapitalismus wieder abschaffen müsste, um zu dem von ihr erstrebten Typ von Demokratie zu kommen. Das aber wird der Westen nicht wagen, womit er die Grundlagen für eine erfolgreiche Verwirklichung seiner Demokratisierungsstrategie selbst in Frage stellt. Mehr noch: Jene Schicht der die politische, ökonomische und militärische Macht haltenden Clanoligarchen der »ersten Generation« wird früher oder später der Konkurrenz neuer Unternehmerschichten einer zweiten und dritten Generationen weichen müssen. Diese werden zwar nach politischer Macht streben, aber nicht auf ihre ökonomische verzichten. Diese Auseinandersetzungen werden die Triebkraft der bevorstehenden innenpolitischen Auseinandersetzungen sein und deren Dynamik bestimmen. Aber sie werden weder den Typ von Kapitalismus, noch die Aversion seiner Träger gegen eine Trennung von politischer und ökonomischer Macht, offener Gesellschaft und einer Demokratie westlichen Typs »abschaffen«.

Die zweite »Grabenlinie« des Machterhalts, welche sich die zentralasiatischen Führungen zur Zeit ausheben, ist kollektive Sicherheit, Zusammenschluss und Kooperation in der Shanghai Cooperation Or-

ganisation, welche Staaten mit einem weltweit unvergleichbaren Menschen- und Wirtschaftspotential zusammenführt. Diese Allianz gewinnt schnell an Substanz, was sich am Beispiel der Kooperation auf dem Erdöl- und Erdgassektor, einer Dimension von großer strategischer Tragweite, überzeugend demonstrieren lässt.

19 der 127 Titel für die wirtschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen der SCO sind den Energie- und Infrastruktursektoren gewidmet, insbesondere der Zusammenarbeit zwischen Russland, China, Kasachstan, Indien, Iran und den anderen zentralasiatischen Staaten.

Kasachstan-China: 2006 wurde die Erdölleitung Atasu-Alashkanou in Betrieb genommen. Sie versorgt die größte chinesische Raffinerie. Ab 2011 sollen zusätzlich 20 Millionen Tonnen Erdöl befördert werden, was 20 Prozent der chinesischen Erdölimporte entspricht. Eine Verbindung mit dem westsibirischen Pipelinesystem bis Omsk ist vorgesehen. Außerdem sind vorgesehen:

- Ein weiteres Pipelinesystem vom kasachischen Hafen Atasu nach China (3000 km). Kosten: 3 Milliarden US-\$. Jährliche Kapazität: 50 Millionen Tonnen.

- 2006 schloss sich Kasachstan dem Pipelineverbund Baku-Tblissi-Ceyhan an.

- Über ein Gemeinschaftsunternehmen mit der russischen »Gasprom« liefert Kasachstan durch sein Unternehmen »KasRosGas« 6,5 Milliarden m³ Erdgas nach Omsk und Europa.

- Über die Erdgaspipeline »Zentralasien – Zentrum« (Turkmenistan, Usbekistan, Kasachstan) werden Gaslieferungen an die Ukraine und die Russische Föderation getätigt.

- Die russische Erdölgesellschaft »Rosneft« erkundet Erdöl im kasachischen Shelf in der Kaspisee.

Russische Föderation-Usbekistan: Im Oktober 2005 wurde zwischen der russischen »Gasprom« und dem usbekischen Unternehmen »Uztransgas« ein Vertrag über den Erdgastransport 2006 bis 2010 abgeschlossen. Ihm zufolge kann »Gasprom« 90 Prozent der usbekischen Pipelinekapazitäten nutzen, woran auch der turkmenische Export gekoppelt ist.

Russische Föderation-China: Im Juli 2005 schlossen die russischen Unternehmen »Rosneft« und das chinesische »Sinopec« einen Vertrag über das gemeinsame Betreiben eines Joint ventures zur Erdölerkundung auf Sachalin III. Daran beteiligt sich das indische Unternehmen »ONGC« mit 20 Prozent.²³

»Lehren«

Unter den Prämissen Europäische Selbstbestimmung, euro-asiatischer Kontinentalraum, strategische Partnerschaften, Kooperation als Schlüsselwort unseres Jahrhunderts – welche »Lehren« wären nach 15 Jahren Transformation zu ziehen?

1. Der in Zentralasien entstandene Kapitalismustyp, jener »familienclan-bürokratische Kapitalismus«, und die Einordnung der zentral-asiatischen Staaten in die SCO, haben das politische Kräfteverhältnis zwischen Europa und der zentralasiatischen Region zu Gunsten Letzterer verändert und verändern es weiter. Zu ihrem politischen und ökonomischen Überleben sind die zentralasiatischen Führungen in der Zukunft nicht mehr auf Europa angewiesen. Sie haben eine Wahl.

23 Alle Angaben nach: Central Asia. Report on Transformation, Instytut Wschodni, Warsaw 2005.

2. Von jener euro-asiatischen Kontinentaldimension halten die »Zentralasiaten« sozusagen die »Mitte des Stocks«. Beides – zum Einen, das zu deren Gunsten veränderte Kräfteverhältnis gegenüber Europa, zum Anderen, das in Europa endlich erwachende Verständnis für die besondere Rolle Zentralasiens – stellt europäische Politik vor eine völlig neue, aber ganz zentrale Aufgabe: Wenn die zentralasiatischen Staaten schon nicht mehr darauf angewiesen sind, ins europäische »Boot« zu steigen, aber trotzdem daran interessiert sind, mit dem ihren an unseres anzudocken, wie das Außenministertreffen zur EU-Zentralasienstrategie im März 2007 in Astana verdeutlichte, dann ist für Europa die Zeit gekommen zu prüfen, wie auch mit erfolgreichen autokratischen Führungen auf gleicher Augenhöhe *demokratisch* umzugehen ist. Zum Glück gibt es dafür die OSZE.

3. Die unter Führung der regierenden zentralasiatischen Eliten und westlichem Nachdruck erreichten Transformationsergebnisse sind, gemessen an der anfänglichen strategischen Stoßrichtung des Westens (nicht an den Erwartungen der Bevölkerungen) gar nicht schlecht. In diesem Sinne kann durchaus von erfolgreicher Führung gesprochen werden. Insbesondere wenn in Betracht gezogen wird, dass es sich um außerordentlich komplizierte Prozesse handelt, sind doch in Zentralasien Transformation, Staatsformung und nationale Identitätsbildung gleichzeitig zu steuern. Eigentlich könnte der Westen mit diesem Ergebnis zufrieden sein. Dass sich die regierenden Eliten von ihm nicht in ihre Machtverhältnisse hineinregieren lassen wollen, könnte er ihnen sogar nachsehen.

Bezogen auf den Gesamttraum, sollte man die Transformationsergebnisse Chinas mit in Betracht ziehen. Hier wird entschlossen ein kapitalistischer Entwicklungsweg beschritten. Dass diesen eine Kommunistische Partei leitet, ist – objektiv gesehen – unerheblich, aber subjektiv ganz erheblich. Es demonstriert nämlich die Erkenntnis, dass selbst eine so gewaltige KP, wie die chinesische, für eine erforderliche rasche Wirtschaftsentwicklung keine andere realistische Alternative sieht als die Marktwirtschaft. Diese Erkenntnis kann für alle Führungen im asiatischen Teil der OSZE gelten. Sie ist für die weitere Strategiebestimmung des Westens von größter Bedeutung. Wichtiger als die Tatsache, dass das Entstehen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung politisch nicht nach einem Modell geleitet wird, wie es der Westen gern sähe, sondern nach einem chinesischen, zentralasiatischen, russischen usw.

So haben sich in den letzten 15 Jahren im zentralasiatischen Teil des OSZE-Raumes geo-strategische Konstellationen verschoben, veränderte sich das gesellschaftssystemische Umfeld, schichten sich Eliten um, deren Charakter, Interessenlagen und Kooperationsvoraussetzungen. Die Zeiten hochfliegender Hoffnungen, dass der Westen seine »Demokratie als die einzige Regierungsform« (KSZE-Charta von Paris) im riesigen, seiner sozialen Natur und politischen Kultur nach höchst pluralen postsowjetischen Raum durchzusetzen vermag, neigen sich ihrem Ende zu. Er muss auch Obacht geben, dass neue Widersprüche die noch bestehenden Voraussetzungen für strategische Partnerschaften und Kooperation nicht unterlaufen. Die OSZE haben sie bereits eingeholt. Als wichtigster Widerspruch kann der zwischen den internationalen demokratiepolitischen Gestaltungsansprüchen des

Westens und der real existierenden strukturellen Herrschaftsprägung gelten. Folgt man o. g. Prämissen, so wären die praktisch-politischen Konsequenzen zu prüfen, die sich aus der richtigen Erkenntnis ergeben, dass »externe Demokratieförderung nicht oktroyiert, exportiert oder exekutiert« werden kann. »Sie kann nur eine optimierende Katalysatorrolle einnehmen von im Empfängerland bereits vorhandenen Liberalisierungs- und Demokratisierungsansätzen. Aber nicht im Marxschen Verständnis: »Eine Idee wird zur materiellen Gewalt, wenn sie die Massen ergreift.«²⁴

24 W. Lapins: Demokratie-förderung in der Deutschen Außenpolitik, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin März 2007, S. 16.

Ist der Widerspruch lösbar?

Ihn zu lösen wird schwer, ist aber den Versuch wert. Dazu folgende Überlegungen:

1. Angesichts wesentlicher Veränderungen im internationalen und regionalen Umfeld sowie sich daraus ableitender neuer Aufgaben sollte in der Diskussion um das inhaltliche Profil der OSZE die Frage nach deren *zukünftigen* Charakter eine größere Rolle spielen. Abzuwägen wäre zwischen der Zukunftsvision einer OSZE als »Regulator« von Zusammenarbeit und Sicherheit im Sinne euro-asiatischer, kontinentaler Partnerschaft einerseits und dem Beharren auf der Verteidigung ihres nach dem Sieg über den Ostblock gewachsenen Selbstverständnisses eines Motors zur »Proliferation« des liberalen Demokratiemodells in den post-sowjetischen Raum andererseits. Zum einen würde die OSZE mit Ersterem Europa eine strategisch unverzichtbare Dienstleistung erweisen: ihre Prinzipien und Steuerungsinstrumente für eine solche Partnerschaft zu justieren im Sinne kooperativer Zusammenarbeit und Sicherheit, Ausgleich und Harmonisierung von Interessen. Zum anderen würde der Entwurf eines solchen neuen Verhältnisses wichtigen asiatischen Staaten, Russland und Zentralasien eingeschlossen, erleichtern, ihre strategische Partnerschaftswahl, in der sie heute noch schwanken, zu Gunsten einer gesicherten Zukunft mit Europa auf einem gemeinsamen Kontinent zu treffen. Auch ließen sich misstrauenstiftende Konkurrenzängste, insbesondere der Russischen Föderation in seinen asiatischen und zentralasiatischen Nachbarschaftsregionen, ausräumen. Ohne einen solchen Interessenausgleich zwischen Europa und den euro-asiatischen OSZE-Staaten könnten Letztere sich früher oder später zu einem »Non-Proliferation Treaty« ganz eigener Art entschließen, dem ja auch China nicht abhold zu sein bräuchte.

Fiele die Abwägung zu Gunsten von Zusammenarbeit und Sicherheit im Sinne euro-asiatischer, kontinentaler Partnerschaft aus, so wäre das für Europa keine »Rolle rückwärts« sondern »vorwärts«, weil Ausgleich und Harmonisierung von Interessen ein Potential von Möglichkeiten euro-asiatischer Kooperation mobilisieren könnten, das noch nicht bis zu Ende erfasst ist: wirtschaftlich, außenpolitisch, gegenseitiger kultureller Befruchtung, weltpolitisch.

Das Nachdenken über ein neues Verhältnisses müsste selbstverständlich ein gemeinsames sein. Geographisch bräuchte der jetzige OSZE-Raum nicht überschritten zu werden. Zunächst geht es um Vertrauensbildung der europäischen mit ihren euro-asiatischen OSZE-Mitgliedern. In nächsten Schritten könnte Vertrauensbildung durch Letztere gegenüber deren asiatischen Partnern angestrebt werden.

2. Für diese Vision ist die EU von zentraler Bedeutung. Sie ist inzwischen durch ihre Erweiterung auf 27 europäische Staaten europäischer als die OSZE und damit die eigentliche originäre europäische Wertegemeinschaft.

Die KSZE, deren Nachfolgerin die OSZE ja ist, verstand sich nie als eine »europäische Wertegemeinschaft« sondern als ein Mittel zum Zweck: zum Schaffen einer Ost-West-Friedensordnung und der dafür erforderlichen Prinzipien, Mechanismen und Instrumente. Sie war eine Zweckgemeinschaft. Hätte seinerzeit eine der beiden Seiten von sich behauptet, sie verkörpere die eigentliche europäische Wertegemeinschaft, wäre weder die KSZE zur »Erfolgsstory« geworden, noch gäbe es heute die OSZE. Auch sie ist, realistisch betrachtet, keine Inkarnation der westlichen Wertegemeinschaft, sondern ein euro-asiatisches Staaten- und Wertekonglomerat. In einigen ihrer Mitgliedstaaten herrschen sogar mehr oder weniger traditional-patriarchalische Gesellschaften mit islamischer Religion, Kultur und Werten vor. In den gesellschaftspolitischen und Wertorientierungen bestehen gravierende Unterschiede, die letztlich der eigentliche Hintergrund zentraler Streitfragen sind, wie jener um die »Demokratie als einziger Regierungsform« und davon abgeleiteter Widersprüche.

»Wer die Beschwörungsformel von der Wertegemeinschaft undifferenziert benutzt, muss wissen, dass daraus Unterwerfungsformeln werden können, wenn die eigenen Werte nicht mehr klar vertreten werden.«²⁵ »Nicht mehr klar« vertritt der Westen Demokratie in wesentlichen Aspekten seines internationalen Verhaltens. Er hat seine Behauptung selbst ad absurdum geführt, dass Demokraten keine Kriege führen. Seit sich seine stärkste Macht, die in der OSZE eine zentrale Rolle spielt, offen zu »Regime change« bekennt, ist auch bewiesen, dass Demokraten keineswegs friedliches zwischenstaatliches Verhalten garantieren. Vor diesem Hintergrund sind einige euro-asiatische OSZE-Mitglieder mehr als verunsichert.

25 Bahr, S. 87.

Demokratieförderung mit dem versteckten Gehalt einer *Unterwerfungsformel* taugt nicht einmal als kleinster gemeinsamer Nenner zwischen den europäischen und euro-asiatischen Mitgliedern der OSZE. Bezogen auf die Prämissen dieser Überlegungen wird jedoch der größtmögliche Nenner gebraucht. Für die OSZE, ihre Prinzipien und ihr Funktionieren als Ganzes sowie ihre Tätigkeitsprioritäten. Es geht um rechtlich verankerte Partnerschaft und Zusammenarbeit, Verlässlich- und Berechenbarkeit in den Beziehungen, Garantien für die Bewahrung von Stabilität und gegenseitiger Sicherheit. Es geht um die Akzeptanz der Pluralität innerer Herrschaftsprägungen, Wertesysteme, Kulturen und Religionen sowie ihre Koexistenz in der OSZE und das Setzen unverzichtbarer Prioritäten für alle Seiten.²⁶

Dies unter modernen Bedingungen zu leisten, sollte einer OSZE als »Regulator« von Zusammenarbeit und Sicherheit im Sinne euro-asiatischer, kontinentaler Partnerschaft möglich sein. Auch eine dementsprechende Arbeitsteilung von EU und OSZE sollte gelingen. Der geglückte Präzedenzfall des Findens eines gemeinsamen Nenners für und zwischen schwierigen Partnern liegt vor: die KSZE-Prinzipien von Helsinki. Man sollte sie wieder zu Rate ziehen und den neuen Herausforderungen anpassen.

26 Eine von Kofi Annan 2005 berufene internationale Kommission »Alliance of Civilizations« hat demonstriert, welche Prioritäten dabei wichtig sind. Alliance of Civilizations: Final Report, 6 October 2006, www.aocun.org.

THEOCHARIS N. GRIGORIADIS

Geschäftsdiplomatie und EU-Regulierungspolitik in der deutsch-russischen Erdgaspartnerschaft

Anliegen des vorliegenden Beitrags ist es, die Wechselwirkung zwischen den außenpolitischen Prioritäten und den betriebswirtschaftlichen Interessen in der deutsch-russischen Erdgaspartnerschaft zu analysieren. Einerseits ist Deutschland der zweitgrößte Erdgasmarkt in der EU nach Großbritannien und beabsichtigt, Zentrum der EU-Erdgaswirtschaft zu werden.¹ Trotzdem hängt seine energiewirtschaftliche Planung von Gasimporten ab, die 2005 85 Prozent der Inlandsnachfrage deckten.² Vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum *Ruhrigas* und *Wintershall* so intensiv nach einer solide begründeten Partnerschaft mit *Gazprom* gestrebt haben. *E.ON/Ruhrigas* ist der größte ausländische Anteilseigner von *Gazprom*; sein Chef nimmt am *Gazprom*-Direktorium teil. *Wintershall* ist der größte Händler von russischem Erdgas in der EU. Beide deutsche Aktiengesellschaften fungieren als politisch starke Wirtschaftsakteure, denen es darum geht, die Abhängigkeit deutscher Auslandsinvestitionen von der russischen Erdgasproduktion und die Verbindung der deutschen und der europäischen Energiesicherheit mit den Erdgasimporten aus Russland zu konsolidieren.³ Andererseits ist *Gazexport*, die Niederlassung von *Gazprom* für Gasexporte, der größte Gasexporteur in der Welt. Russische Gasexporte machen 35 Prozent der gesamten Jahresproduktion aus, wobei der größte Teil nach Süd-, Mittel- und Westeuropa geliefert wird.⁴ Die Wirtschaftspolitik von *Ruhrigas* und *Wintershall* ist, wie mit dem in Tomsk unterzeichneten Investitionsvertrag beider Unternehmen bestätigt wurde, mit weitgehenden geopolitischen Geschäftszielen verbunden.

Hieraus ergeben sich Reibungsflächen mit der EU-Kommission, die ihrerseits sowohl in der Durchsetzung der neuen EG-Richtlinien als auch in der Durchführung des Energiedialogs EU-Russland als zentraler Interessenkoordinator zwischen den EU-Mitgliedstaaten und Russland fungieren will. Die Kommission will die gaswirtschaftlichen Interessen Russlands mit den EU-Marktstrukturen verbinden und zugleich den EU-Erdgasbinnenmarkt festigen. Die Reform des EU-Erdgassektors durch die Richtlinien 1998/30/EG und 2003/55/EG könnte zu einem ersten Schritt in der Einführung eines Gemeinsamen Europäischen Energiemarktes mit der Russischen Föderation werden. Da *Gazprom* aber aufs Engste mit der russischen Regierung verbunden ist, darf bezweifelt werden, dass die rechtlich und betriebswirtschaftlich vollständige Integration der *Gazprom* in die EU-Institutionen möglich wäre.

Theocharis N. Grigoriadis –
Jg. 1980; Doktorand, Fakultät für Politikwissenschaft, University of California at Berkeley, und Moskauer Institut für Internationale Beziehungen (MGIMO), E-Mail: thgrigoriadis@berkeley.edu

Mein Dank für hilfreiche Anmerkungen gilt Prof. Jonathan Stern (University of Oxford), Dr. Erhard Hippe (BMWAG), Dr. Frank Tauchnitz (Wintershall AG), Dr. Sergei Babkin (E.ON/Ruhrigas AG) und Dr. Roland Goetz (SWP-Berlin). Der Redaktion von »UTOPIE kreativ« danke ich für die stilistische und sprachliche Bearbeitung des Beitrags. Die dargestellten Auffassungen sind die persönlichen Auffassungen des Autors, nicht aber Positionen der Institutionen, denen der Autor angeschlossen ist.

Gazprom als Instrument der Russischen Außenpolitik

Gazprom erfüllt eher die Funktion einer halbstaatlichen Agentur als einer marktwirtschaftlichen Institution. Der Staat reguliert die Gaspreise, so dass das Monopol von *Gazprom* bewahrt wird und *Gazprom* Subventionen und Steuervergünstigungen erhält. Im Gegenzug nimmt die Gesellschaft staatliche Interventionen in der Planung der *Gazprom*-Export- und Investitionspolitik auf sich und untergräbt dadurch die Innenreform des Unternehmens.⁵ Zwei Katalysatoren bestimmen die Monopolstellung von *Gazprom*: das Doppelpreissystem des Unternehmens für Erdgas und seine starke Position auf den europäischen und internationalen Energiemärkten. Einerseits hält *Gazprom* durch die Quersubventionierung die Preise für Endverbraucher im Inland unter Marktniveau. Andererseits ist seine Schlüsselrolle in der EU-Energiesicherheit ein Grund dafür, dass *Gazprom* seine kräftige Position im russischen Erdgasmarkt verteidigen kann.

Es sind eher pragmatische als institutionelle Gründe, die die Monopolstellung von *Gazprom* in Russland aufrechterhalten. Die Partnerschaft von *Gazprom* mit *Ruhrigas* und *Wintershall* festigt seinen schon gestärkten Binnenmarktstatus und macht es zu einem erstklassigen Globalakteur, der energiepolitische Staatsinteressen befördert. Da *Gazprom* eine grundlegende Säule der russischen Strategie im Ausland ist, muss sein institutioneller Platz im innenwirtschaftlichen System sowohl nach äußerem Druck (z. B. EU- und WTO-Erfordernisse) als auch nach endogenen Einflussfaktoren (z. B. Vermeidung von Sozialkosten) ausgerichtet werden.

Der Gasstreit mit der Ukraine im Januar 2006 und Weißrussland im Dezember 2006 und der laufende Aufbau der Ostseegaspipeline mit der finanziellen Unterstützung der Dresdner Bank sind zusätzliche Beweise dafür, dass *Gazprom* als Instrument der russischen Außenpolitik fungiert. Im Falle der Ukraine hat die Absicht der neuen ukrainischen Regierung, die Integration in die EU- und NATO-Strukturen zu betreiben und das Land somit der russischen Einflussnahme zu entziehen, im Kreml zu der Entscheidung geführt, die einst privilegiert niedrigen Gaspreise für die Ukraine zu erhöhen und an die internationalen Normen anzupassen. Diese Entscheidung wäre aller Kritik enthoben, wenn sie konsequent gewesen wäre und alle GUS-Staaten beträfe.⁷ Da die Erhöhung der Gaspreise aber nur für diejenigen Länder galt, die den außenpolitischen Vorstellungen Moskaus nicht mehr entsprechen – wie in diesem Fall die Ukraine, Georgien und Weißrussland –, wird offensichtlich, dass *Gazprom* mittels der Gaspreise als Agentur der russischen Administration handelt⁸ und folglich die Rolle des Staates in den Managementstrukturen des Unternehmens entscheidend gestärkt worden ist.

Die russische Exekutive ist der Hauptkoordinator der Erdgaswirtschaft in Russland und der gemeinsame Nenner für die Strategien aller beteiligten Akteure.⁹ *Gazprom* verfügt über keine feste und eigenständige Verhandlungsposition im russischen politischen System.¹⁰ Sein Vorstandsvorsitzender wird vom Präsidenten eingesetzt und unterliegt dessen Kontrolle, und der Umfang seiner Monopolstellung hängt von der gewählten Regierungspolitik ab. Zudem verweisen die Schwäche der unabhängigen Erdgasproduzenten und die Manipulierung der wirtschaftlichen Interessen der Erdgaskunden auf

1 Vgl. ICC Keynote Market Reports: The European Gas Industry, 2002, S. 21.

2 Vgl. Energiedaten des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie: Monitoring Bericht des BMWi nach § 51 EnWG zur Versorgungssicherheit bei Erdgas, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, September 2007, Berlin, S. 15-20.

3 Vgl. Jahresbericht 2006 E.ON/Ruhrigas, S. 44 ff. und Wintershall im Fokus 2006, S. 2 ff.

4 Vgl. Energiedaten zu Gasexport des Russischen Bundesamt für Statistik: Tabellen über die Exportstruktur der Russischen Handelspolitik, Russland und die Welt (russ.), 2007; vgl. das Niveau der russischen Inlandsnachfrage (65 % der jährlichen Inlandsproduktion) in Daniel Simmons, Isabel Murray: Russian Gas: Will There be Enough Investment?, Energy Publisher, September 25 2007.

5 Vgl. Joel Hellman, Mark Schankerman: Intervention, Corruption and Capture: The Nexus between enterprises and the state, in: Economics of Transition 8/2000, S. 545 ff.

6 Vgl. Roland Götz: Nach dem Gaskonflikt: Wirtschaftliche Konsequenzen für Russland, die Ukraine und die EU, in: SWP-Aktuell 3, Januar 2006.

7 Vgl. Dokument von *Gazprom*: Entwicklungskonzepte der Erdgaswirtschaft in der Russischen Föderation (russ.), Moskau, OOO-ERTA Consult, März 2003.

8 Vgl. Gerhard Mangott (Hrsg.): Zur Demokratisierung Russlands, Band 1: Russland als defekte Demokratie, Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden, 2002, S. 100 f. und 236 ff.

9 Vgl. Andrei Dubovskii: Wechselspiel der Interessen in der Erdgasreform (russ.), Moskau, OOO-ERTA Consult, 2003.

10 Vgl. Andrei Yakovlev: Interaction of Interest Groups and their impact on Economic Reform in Contemporary Russia, Arbeitspapiere und Materialien 51, Bremen, Forschungsstelle Osteuropa, November 2003.

11 Vgl. Europäisches Parlament und Europäischer Rat, Richtlinie 2003/55/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2003 über gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 98/30/EG, in: Amtsblatt der Europäischen Union L 176/57, 2003.

12 Vgl. Martha Roggenkamp et al. (Hrsg.): Energy Law in Europe: National, EU and International Law and Institutions, Oxford University Press, Oxford 2001, S. 229 ff.

13 Vgl. Bundeskartellamt: Unsere Tätigkeit in den Jahren 2001 und 2002, Bonn 2003, S. 17 ff.

14 Zur Stellung von Ruhr-gas vgl. Heinrich Andreas, Julia Kuszniir, Heiko Pleines: Foreign Investment and National Interests in the Russian Oil and Gas Industry, in: Post-Communist Economies, 14 (4) 2002, S. 495-507 (503 f.).

die marktwirtschaftlichen und demokratischen Mängel der russischen Erdgaswirtschaft; die Vetomacht der demokratisch legitimierten politischen Akteure wird durch die betriebswirtschaftlichen Prioritäten von *Gazprom* begrenzt. Die Wechselwirkung zwischen Staats- und Wirtschaftsbestrebungen im russischen Erdgassektor lässt interessante Rückschlüsse auf die Verteilung der politischen Macht in der russischen Föderation insgesamt und auf die institutionellen Verbindungen zwischen politischen Zielen und marktwirtschaftlicher Reform zu.¹¹

Die Einflussnahme der EU-Erdgasreform und des Energiedialogs EU – Russland auf die deutsch-russische Erdgaspartnerschaft

Im Juni 2003 übernahmen das Europäische Parlament und der Europäische Rat die Richtlinie 2003/55/EG, die die Einführung des EU-Erdgasbinnenmarktes beförderte und dadurch die erste Richtlinie 1998/30/EG aufhob. Die neue Richtlinie zielt auf Transparenz und Nicht-Diskriminierung.¹² In diesem Rahmen spielte die Europäische Kommission weiterhin eine zentrale Rolle; sie koordinierte die Angleichung der nationalen Gesetzgebungen durch das Madrid-Forum und überwachte die sich aus dem Integrationsprozess ergebenden Probleme. Die Anwendung des EU-Wettbewerbsrechts auf dem Niveau der nationalen Erdgasmärkte wurde als ein *sine qua non* normatives Instrument im Rahmen der EG-Richtlinie bezeichnet.¹³ Es ist augenfällig, dass mit dieser Reform sowohl die Europäische Kommission als auch der Europäische Gerichtshof schwerwiegende politische und ökonomische Einschränkungen für die deutsch-russische Erdgaspartnerschaft durchgesetzt haben. Die EU-Organe regulieren den deutschen Erdgassektor auf der Grundlage der institutionellen Gleichheit aller Marktakteure. Die divergenten Ansichten der Hauptakteure des deutschen politischen Systems machen deutlich, dass die Erdgasregulierung von Seiten der EU mehr von strategischen als von bürokratischen Auswirkungen geprägt ist.

Diese Entwicklungen verdeutlichen, warum die Fusionskontrolle im Erdgassektor die fundamentale Ursache für den Streit zwischen dem Bundeskartellamt und *Ruhr-gas*, das 2002 mit der *E.ON*-Gruppe fusionierte, darstellte.¹⁴ Nach einer Reihe von Entscheidungen zwischen den Jahren 2000 und 2002 war das Bundeskartellamt entschlossen, *Ruhr-gas* mit verwaltungsrechtlichen Sanktionen wegen der Verletzung des europäischen und des deutschen Wettbewerbsrechts zu belegen. Die Politik von *Ruhr-gas*, die Stadtwerke in seine betriebswirtschaftlichen Strukturen für die regionale Erdgasverteilung zu integrieren, war schädlich für den freien Wettbewerb in der deutschen Gaswirtschaft. Die Sanktionen des Bundeskartellamtes gegen *Ruhr-gas* können als eine Erweiterung der Politik, die die EU-Organe auf der supranationalen Ebene anzuwenden beabsichtigen, gesehen werden. Mit den Entscheidungen des Bundeskartellamtes wurden neu hinzukommende Marktakteure – z. B. Stadtwerke und regionale Unternehmungen – gestützt.

Ruhr-gas und *Wintershall* als Akteure des russischen Erdgasmarktes konsolidieren die Monopolstellung von *Gazprom* und stärken damit zugleich ihre Rolle in der deutschen Wirtschaft.¹⁵ Zudem begünstigen sie als multinationale Unternehmen (MNU) mit eingetra-

genem Firmensitz in Deutschland die Geschäftsinteressen von *Gazprom* im russischen Binnenmarkt und können neben den gegenseitigen Geschäftsbeziehungen nicht nur die zwischenstaatlichen Beziehungen auf der internationalen politischen Ebene, sondern auch die Wechselbeziehung zwischen Staats- und Geschäftsinteressen auf der innenpolitischen Ebene bestimmen. Besonders bemerkenswert ist dabei, dass die demokratische Einstellung der Bundesrepublik die entscheidende Rolle der MNU in der Entwicklung des deutschen Erdgasmarktes ermöglicht. Der Konflikt zwischen dem Bundeskartellamt und *E.ON/Ruhrgas* enthüllt nicht nur die Rigiditäten des deutschen Wirtschaftssystems, sondern auch die Reaktion der innenpolitischen Institutionen sowohl auf Wettbewerbsmarkt- als auch auf Regierungsniveau. Die wirkliche Herausforderung liegt darin, dass sich die EU durch ihre Organe, d. h. die Europäische Kommission und den Europäischen Gerichtshof, in die Regulierung des deutschen Erdgassektors einschaltet. Das bisherige Fehlen einer Agentur für Energieregulierung und der institutionelle Schild der EU machen das Bundeskartellamt zum stärksten Verfechter des Erdgasbinnenmarkts.¹⁶

Im Rahmen der *Northern Dimension*, eines politischen Forums der EU für die Stärkung der regionalen und grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, wurde der institutionalisierte Energiedialog EU-Russland zu einem der am meisten herausfordernden Politikbereiche.¹⁷ Man könnte meinen, dass der Energiedialog EU-Russland zur Europäisierung der deutsch-russischen Erdgaspartnerschaft führt. Jedoch kann sowohl die normative als auch die tatsächliche Einflussnahme der bilateralen Verhandlungen der Staats- und Geschäftsakteure im Rahmen des Energiedialogs EU-Russland auf keinen Fall mit den Regulierungsfolgen gleichgesetzt werden, die die Einführung des EU-Erdgasbinnenmarktes gezeitigt hat. Im Gegensatz zu den EU-Richtlinien hat der Energiedialog EU-Russland keine wesentliche innenpolitische Auswirkung auf den deutschen Erdgasmarkt, denn er verfügt über keine innenpolitische Legitimation, die erhöhte Konzentration in den Wettbewerbsstrukturen der Erdgasindustrie Deutschlands zu transformieren. Sein grundlegender Beitrag zur Formulierung der EU-Energiepolitik liegt darin, dass der Koordinierung der energiepolitischen Ziele der EU-Kommission, der Regierungen der EU-Mitgliedstaaten und der Russischen Föderation einen institutionellen Rahmen bietet. Die institutionellen Entwicklungen auf der Ebene des Energiedialogs EU-Russland haben *per se* keine verbindliche Auswirkung auf die Machtstrukturen des deutschen Erdgassektors; dennoch hat dieses zwischenstaatliche Forum die Grundlagen für die EU-Erdgasreform geschaffen.

Zukunftsperspektiven für die deutsch-russische Erdgaspartnerschaft im neuen Europa

Sowohl *Gazprom* als auch die Erdgasgesellschaften Deutschlands bekunden ein gegenseitiges kontinuierliches Interesse an der Beförderung dieser Partnerschaft, die nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch vorteilhaft sein kann. Erdgasimporte aus Russland tragen wesentlich zur Stabilität des deutschen Erdgasmarktes und zur Verwirklichung des EG-Binnenenergiemarktes bei; infolgedessen

15 Vgl. Jens-Peter Schneider, Christian Theobald (Hrsg.): *Handbuch zum Recht der Energiewirtschaft: Die Grundsätze der neuen Rechtslage*, Verlag C. H. Beck München 2003, S. 217 ff.

16 Vgl. Generaldirektion für Außenbeziehungen: *Guidelines for the Development of a Political Declaration and a Policy Framework Document for the Northern Dimension Policy from 2007*, Europäische Kommission 2006.

17 Vgl. Fiona Hill, Florence Fee: *Fueling the Future: The Prospects for Russian Oil and Gas*, *Demokrati-zatsiya*, Vol. 10, No. 4, Herbst 2002, S. 469 ff.

18 Vgl. Europäisches Parlament und Europäischer Rat: Richtlinie 2003/55/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2003 über gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 98/30/EG, in: Amtsblatt der Europäischen Union L 176/57 in Zusammenhang mit den Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Europäischer Rat (Brüssel) 23./24. März 2006 über die Energiepolitik Europas, Teil II.

19 Vgl. David G. Tarr, Peter D. Thomson: The Merits of Dual Pricing of Russian Natural Gas, *The World Economy*, Vol. 27 No. 8: 1173-1194, August 2004.

20 Vgl. Andrei V. Belli: New Dimensions on Energy Security of the Enlarging EU and their Impact on Relations with Russia, in: *European Integration* 25 (4) 2003, S. 351-369; vgl. auch Frank Asche et al.: European market integration for gas? Volume flexibility and political risk: *Energy Economics* 24 (2002): 249-265.

21 Vgl. Europäisches Parlament und Europäischer Rat: Richtlinie 2003/55/EG, a. a. O.

22 Vgl. Peter Duncanson Cameron: *Competition in Energy Markets: Law and Regulation in the European Union*, Oxford University Press Oxford 2002, S. 143 ff.; vgl. auch Hubert

festigt *Gazprom* den wirtschaftlichen und den politischen Status der Bundesrepublik in der EU und umgekehrt. Trotzdem trachtet die Europäische Kommission als die führende Exekutivinstitution der EU danach, *Gazprom* in den Erdgasbinnenmarkt zu integrieren und die politischen Auswirkungen der deutsch-russischen Erdgaspartnerschaft einzuschränken. Aus diesem Grund erkannte die Kommission den Nutzen des Schutznetzes an, das langfristige, verlässliche und preiswerte Versorgung schaffen würde.¹⁸ Dennoch ist es sehr fraglich, ob *Gazprom* solche lukrativen Verträge mit der EG-Kommission schließen könnte wie die Verträge, die *Gazprom* mit den deutschen Aktiengesellschaften schloss; in jedem Fall beherrscht *Gazprom* ungefähr 27 Prozent der Erdgasverkäufe in Europa und könnte diese Marktmacht verwerten, um den für sich günstigsten Preis erfolgreich zu verhandeln.¹⁹ Das russische Monopol soll die kollektiven Prioritäten der EU-Erdgassicherheit berücksichtigen, ohne sein Versorgungspotential mit höherem politischen Risiko zu verbinden.

Der erwartete Anstieg der russischen Erdgasexporte in die EU bis zum Jahr 2020 und die Einführung des EG-Erdgasbinnenmarkts werden sicherlich die Rolle von *Gazprom* im neuen Europa ausweiten.²⁰ Die neue EG-Richtlinie sieht vor, dass Gaslieferverträge mit unbedingten Zahlungsverpflichtungen im Rahmen des Erdgasbinnenmarkts beibehalten werden können; gleichzeitig führte die EG-Richtlinie die Möglichkeit des Abbruchs dieser Verträge ein – für den Fall, dass sie die Entwicklung eines funktionellen Konkurrenzmarkts verhindern könnten (Artikel 27).²¹ Langfristige Gaslieferverträge mit unbedingten Zahlungsverpflichtungen spielen eine Schlüsselrolle in der Formulierung der Exportstrategie von *Gazprom* in der EU. Die Klausel der unbedingten Zahlungsverpflichtungen (Take-or-Pay) bedeutet, dass Gaskäufer sich dazu bereit erklären, eine Mindestliefermenge über einen bestimmten Zeitraum abzunehmen, ansonsten aber den abgesprochenen Fehlbetrag zu bezahlen.²² Die Absicht des Bundeskartellamtes, die Monopolisierung des deutschen Erdgasmarktes zu verhindern, könnte die Fortsetzung der langfristigen Gaslieferverträge mit unbedingten Zahlungsverpflichtungen gefährden.²³ Das schließt ein, dass das Bundeskartellamt die Anwendung einer auf Wettbewerb beruhenden Energiepolitik forderte, die kostengünstig für die deutschen Verbraucher, aber kaum politisch rentabel für die Führungsschicht der deutschen Erdgasindustrie wäre. In diesem Rahmen ist es offensichtlich, warum langfristige Gaslieferverträge mit unbedingten Zahlungsverpflichtungen als ein nützliches juristisches Instrument betrachtet werden, das die Oligopolisierung des deutschen Erdgassektors und dadurch die finanzielle Leistung der deutschen Erdgasakteure und *Gazprom* begünstigt.²⁴

Es ist unübersehbar: Die Rolle von *Gazprom* im deutschen Erdgasmarkt erreicht eine neue Dimension. Einerseits wird Deutschland für russische Exportinteressen weiterhin ein Markt von großer geopolitischer Bedeutung sein. Andererseits könnte *Gazprom* von der Entwicklung von Wettbewerbsstrukturen in den Erdgasmärkten der EU-Mitgliedstaaten profitieren und die EU-Endkunden direkt erreichen; das heißt, dass *Gazprom* durch das EG-Recht den Status eines unabhängigen EU-Erdgasmarktspielers verliehen wird. Weil *Gaz-*

prom danach strebt, politisch wichtige Investitionsverträge mit EU-Erdgasgesellschaften zu schließen, würde es nie mit seinen Partnern konkurrieren.²⁵ Trotzdem könnte *Gazprom* die Geschäftsinteressen von nationalen Erdgasgesellschaften in denjenigen EU-Ländern in Frage stellen, in denen entweder keine Perspektive für bilaterale Partnerschaft besteht oder der Rahmen der betriebswirtschaftlichen Zusammenarbeit mit keinen breiteren politischen Zielen verbunden sein kann. Deutschland gehört zu keiner dieser Kategorien.

Schlussfolgerungen

Zu Beginn des Beitrages wurde hervorgehoben, dass das Importgeschäft die Marktstellung von *Gazprom* in Deutschland und der EU festigt, und dass die aus dem bilateralen Handel entstehende politische Partnerschaft diese wirtschaftliche Wechselbeziehung in einem strategischen Kurs verortet. Deshalb ist zu unterstreichen, dass die institutionelle Interaktion zwischen Russland und der EU die energiewirtschaftlichen Prioritäten des Kreml im Hinblick auf *Ruhrgas* und *Wintershall* nicht veränderte. Was die innenpolitische Konkurrenz und die Einflussnahme des Energiedialogs EU-Russland auf die Wechselwirkung zwischen den privatwirtschaftlichen Interessen des deutschen Erdgasmarktes und der Berliner Außenpolitik anbetrifft, kann aber gesagt werden, dass in den Geschäftsstrategien von *Ruhrgas* und *Wintershall* die allmähliche Europäisierung des deutschen Erdgasmarktes berücksichtigt werden muss.

Die deutsche Gaswirtschaft ist durch ein enges Oligopol mit begrenzter Konkurrenz und ständig erweiterten Bereichsgrenzen charakterisiert.²⁶ Die Haltung der deutschen Bundesregierung zugunsten von *E.ON/Ruhrgas* ließ die Absicht erkennen, die binnenwirtschaftliche Marktmacht ihrer multinationalen Erdgasakteure zu schützen. In diesem Zusammenhang muss betont werden, dass weder der Fusionsabbau von *E.ON/Ruhrgas* noch die systematische Verletzung des EU-Rechts eine langfristige und anwendbare politische Option war.

Die Stärkung der Rolle des Staates in der russischen Gaswirtschaft hat – zusammen mit der Einführung von neuen Spielregeln auf der EU-Ebene – die Erdgasstrategie Russlands auf dem Kontinent undefiniert. Trotz der Unfähigkeit der EU, als unitärer Akteur zu handeln, muss erkannt werden, dass die Liberalisierung der EU-Erdgasmärkte die bilateralen deutsch-russischen Energieinteressen einschränkt und die Integration der russischen Gasinteressen in die europäischen Wirtschaftsstrukturen befördert.²⁷ Die schrittweise Errichtung des Erdgasbinnenmarkts verbindet die Geschäftsstrategie von *Gazprom* mit neuen Gewinnmöglichkeiten im vereinten europäischen Wirtschaftsraum und macht die deutsch-russische Erdgaspartnerschaft zum wesentlichen Bestandteil der breiteren europäisch-russischen Energiepartnerschaft.

Franz und Svetlana Ikonnikova: *Investment Options and Bargaining Power in the Eurasian Supply Chain for Natural Gas*, Paper prepared for the 2003 Conference at the British Institute for Energy Economics (BIEE), Oxford, July 2003.

23 Vgl. Jonathan P. Stern: *Security of European Natural Gas Supplies*, a. a. O., S. 9 u. 20.

24 Vgl. Heinrich Vogel: *Deutsche Außenpolitik gegenüber Russland* (russ.), in: *Pro Et Contra* 8 (2), Herbst 2003; vgl. Auch: Hubert Franz und Svetlana Ikonnikova, a. a. O.

25 Vgl. Dominique Finon, Catherine Locatelli: *Russian and European gas interdependence: Can market forces balance out geopolitics?*, Cahier de Recherche LEPII, Série EPE, No. 41 bis, January 2007.

26 Vgl. Edythe S. Miller, Warren J. Samuels (Eds): *The Institutional Approach to Public Utilities Regulation*, East Lansing (MI), Michigan State University Press 2002, S. 73 ff.

27 Vgl. David G. Tarr, Peter D. Thomson, a. a. O.

JÖRG ROESLER

Der »historische Lohn«

Kubas Erfahrungen mit einem (fast)
bedingungslosen Grundeinkommen

Einleitung

Die gegenwärtige Diskussion um das bedingungslose Grundeinkommen (BGE) zeichnet sich durch eine Vielfalt von Argumenten für und wider aus. Oftmals mit Leidenschaft vorgetragen, prallen die Meinungen der Anhänger und Gegner hart aufeinander. Beide Seiten, Befürworter wie Gegner glauben, »die Klassiker«, insbesondere Marx, auf ihrer Seite zu haben¹ und sind bemüht, das mit jeweils »richtigen« passenden Zitaten zu beweisen². Während die Befürworter davon überzeugt sind, dass sich für die Einführung des BGE nicht nur die Intellektuellen gewinnen lassen, sondern auch das Volk dafür mobilisiert werden kann, wenn man es nur genügend über den »Zwangskarakter der Arbeitsgesellschaft« aufgeklärt hat³, weisen die Gegner auf Umfragen hin, die von seiner Ablehnung durch eine Mehrheit der Bevölkerung sprechen.⁴ Während die Gegner des BGE dessen gesellschaftliche Verträglichkeit (Erhalt der Reproduktionsfähigkeit) sowie seine praktische Finanzierbarkeit in Frage stellen⁵, sprechen die Befürworter über die Unsicherheit derartiger Voraussetzungen⁶ bzw. verlangen beim Blick auf die Zukunft mehr Unbekümmertheit⁷. Die Befürworter des BGE sind optimistisch, dass in Zukunft bei verwirklichtem »Recht auf Lebensunterhalt« für jedermann soviel Erwerbsarbeit wie die Gesellschaft zur Zeit (noch) braucht, auch angeboten wird, die Gegner fürchten, »dass bei Einführung dieser Sicherung niemand mehr arbeiten würde.«⁸

Die Liste der gegensätzlichen Interpretationen könnte fortgesetzt werden.

So interessant und teilweise auch spannend es ist, diese Auseinandersetzungen zu verfolgen, so drängt sich bei weiterer Lektüre doch der Eindruck auf, dass die Diskussion auf einen Punkt zusteuert, an dem unversöhnlich Meinung gegen Meinung steht und ein weiterer Fortschritt in der Debatte nicht mehr möglich ist – es sei denn, es werden neue Elemente in die Diskussion eingeführt.

Aus der Geschichte lernen?

Eines dieser neuen Elemente könnte im Rückgriff auf Diskussionen bestehen, die zum Thema Grundsicherung (negative Einkommenssteuer) bzw. Grundeinkommen (Sozialdividende)⁹ bereits in der Vergangenheit geführt wurden. Krätke hat darauf aufmerksam gemacht, dass ein ähnliches Projekt wie das BGE »während der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre« propagiert wurde »und Massen in organisierte Bewegung gebracht hat«¹⁰. Engler weist auf eine starke

Jörg Roesler – Jg. 1940, Prof. Dr., Wirtschafts-historiker, Mitglied der Leibniz-Sozietät, Vorlesungen an der Universität der Künste Berlin; zuletzt in UTOPIE kreativ: Der Relativlohn. Jürgen Kuczynskis Instrument zur Einschätzung der Lage der arbeitenden Klassen und die Situation in der Bundesrepublik heute, H. 172 (Februar 2005).

1 Katja Kipping: Ist Marx ein Muss für die neue Linke?, in: UTOPIE kreativ, Heft 196 (Februar 2007), S. 126-131.

2 Kritisch zu dieser Art des Herangehens: Judith Dellheim: Zur Debatte um Grundsicherung und Grundeinkommen, in: UTOPIE kreativ, Heft 187 (Mai 2006), S. 427.

3 Wolfgang Engler: Bürger, ohne Arbeit. Für eine radi-

Strömung zugunsten eines Grundeinkommens unter den amerikanischen Ökonomen in den späten 1960er Jahren hin. Die Vorschläge, die die Keynesianer damals machten, liefen auf eine negative Einkommenssteuer hinaus. Erreicht wurde von ihnen immerhin, dass sich unter Präsident Johnson Regierungskommissionen mit dem Thema beschäftigten und unter dessen Nachfolger Nixon sogar ein entsprechender Gesetzesentwurf erarbeitet wurde. Engler erwähnt dies.¹¹ Er begnügt sich allerdings damit, darauf hinzuweisen, dass es diese Diskussionen und Aktivitäten gegeben hat. Wichtig im Sinne der Anreicherung der aktuellen Debatte wäre es, die Auffassungen der Anhänger *und* der Gegner von damals noch einmal aufzuarbeiten.

Besser noch wäre es allerdings, wenn für die Weiterführung der Diskussion auch praktische Erfahrungen mit Grundsicherung bzw. Grundeinkommen ausgewertet werden könnten. Das scheint im ersten Moment allerdings nicht mehr als ein frommer Wunsch zu sein. Denn im Kapitalismus als einer Gesellschaft, die – zumindest bis in die 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts –, auf Lohnarbeit beruhte, dürfte es eigentlich nicht möglich sein, jemals im Maßstab einer nationalen Ökonomie ein Projekt, das »einen radikalen Bruch mit der Arbeitsgesellschaft darstellt« (Engler), zu realisieren. Und doch hat es so etwas gegeben: das auf einem garantierten »Recht auf Leben« basierende Speenhamlandsystem, benannt nach dem Ort seines Entstehens, galt in Großbritannien für fast vier Jahrzehnte, von 1795 bis 1834. Heute würden wir es als eine Variante der negativen Einkommenssteuer bezeichnen. Karl Polanyi, der in der neueren sozialwissenschaftlichen Literatur wohl die ausführlichste Darstellung und tiefstsinigste Begründung zum Speenhamlandsystem geliefert hat,¹² geht allerdings nur am Rande und mit polemischem Unterton auf die Folgen dieses ersten ernsthaften Abschieds von der Arbeitsgesellschaft ein. Nur flüchtig widmet er sich der Frage, wie es ausgerechnet während der industriellen Revolution, als sich die kapitalistische Arbeitsgesellschaft ihre eigene materielle Basis schuf, zu diesem »Ausrutscher« in einer Gesellschaft kommen konnte, indem es dem Einzelnen überlassen blieb, ob er Erwerbsarbeit leisten wollte oder nicht. Wenn ich die wenigen Hinweise Polanyis dazu richtig interpretiere, dann war die Ursache für die rasche Verbreitung des zunächst nur mit Rücksicht auf lokale Bedürfnisse entwickelten Speenhamlandsystems im gesamten England ursprünglich die Furcht vor politischen Unruhen.¹³ Im Falle einer französischen Invasion, mit der die britische Regierung damals rechnen musste, wurde ein sozial befriedetes Hinterland benötigt.

Was den Sozialismus betrifft – es interessiert hier ebenfalls nur der »real existierende« bzw. existiert habende –, so war er nicht weniger eine Arbeitsgesellschaft als der Kapitalismus, nach der Auffassung einiger Linker sogar deren verschärfte Variante: »Im zusammengebrochenen Realsozialismus«, schreibt Karl Reitter, »war sie (die Erwerbsarbeit – J. R.) eben die staatlich durchgesetzte Zwangsarbeit. ... In dieser Hinsicht gleicht die implodierte Staatsplanwirtschaft dem Kapitalismus: Die Herrschaft definiert Arbeit und bestimmt die Umstände, unter denen sie auszuüben ist. Wer sich diesem Diktat nicht unterwirft, wird als asozial abgeurteilt.«¹⁴ In der Geschichte

kale Neugestaltung der Gesellschaft, Berlin 2006, S. 111-120, 144-151.

4 Jens-Eberhard Jahn: Zur Akzeptanz von Grundsicherung und Grundeinkommen in der Mitgliedschaft der Linkspartei.PDS, in: UTOPIE kreativ, Heft 195 (Januar 2007), S. 41-46.

5 Ulrich Busch: Schlaraffenland – eine linke Utopie? Kritik des Konzepts eines bedingungslosen Grundeinkommens, in: UTOPIE kreativ, Heft 181 (November 2005), S. 989.

6 Nino David Jordan: Schlaraffenland oder Hungersnot? Wider die gefällige Konstrastierung, in: UTOPIE kreativ, Heft 188 (Juni 2006), S. 529.

7 Karl Reitter: Grundeinkommen statt Schlaraffenland. Eine Antwort auf Ulrich Busch, in: UTOPIE kreativ, Heft 188 (Juni 2006), S. 534.

8 Lutz Brangsch: Grundsicherung: Ein vergessenes PDS-Konzept, in: UTOPIE kreativ, Heft 187 (Mai 2006), S. 426.

9 Zu den Begriffen detaillierter: Engler, a. a. O., S. 122-125.

10 Michael Krätke: Steuern und Grundrechte: Das Recht auf ein Existenzminimum, in: UTOPIE kreativ, Heft 196 (Februar 2007), S. 109.

11 Engler, a. a. O., S. 128-129.

12 Karl Polanyi: The Great Transformation. The Political and Economic Origins of Our Time, Boston 1957, S. 75-85.

- 13 Ebenda, S. 81.
 14 Reitter, a. a. O., S. 532.

15 Silvia Martinez Puentes: Kuba – mehr als nur Träume. Wirtschaft, Politik und Gewerkschaften im materiellen, moralischen und humanitären Werk der kubanischen Revolution, Schkeuditz 2006.

16 Victor Bulmer-Thomas: The Economic History of Latin America since Independence, Cambridge 2003, S. 300, 308.

17 Michael J. Twomey: Patterns of Foreign Investment in Latin America in the Twentieth Century, in: John H. Coatsworth, Alan M., Taylor (Hrsg.), Latin America and the World Economy since 1800, London 1998, S. 181.

18 Martinez, a. a. O., S. 32-33.

19 Jörg Roesler: Sozial und neoliberal zugleich? Zur Charakteristik der Wirtschafts- und Sozialpolitik linker Regierungen in Lateinamerika (Pankower Vorträge, H. 95), Berlin 2007. S. 10.

dieser Gesellschaftsordnung nach praktischen Erfahrungen mit einem System zu suchen, das die Teilnahme an der Erwerbsarbeit zur Entscheidung des Einzelnen macht, scheint grotesk. Und doch hat ein (fast) bedingungsloses Grundeinkommen im Maßstab einer sozialistischen Volkswirtschaft ungefähr ein Jahrzehnt lang existiert: nämlich zwischen 1964 und 1973 der »historische Lohn« in Kuba. Diese Periode in der kubanischen Wirtschaftsgeschichte ist heute vergessen, wird selbst in einer ausdrücklich gewerkschaftsnahen Publikation zur kubanischen Geschichte nicht erwähnt¹⁵, obwohl Ernesto Che Guevara und Fidel Castro damals zu den Befürwortern einer von Sanktionen und Kontrollen befreiten Arbeit gehörten.

Im Folgenden wird die Geschichte des »historischen Lohnes«, werden die Gründe für seine Einführung und seine Abschaffung skizziert und wird der Versuch unternommen, mit den auf Kuba gesammelten Erfahrungen vor allem zu zwei der strittigen Fragen in Zusammenhang mit dem BGE Stellung zu nehmen: der Frage nach seinen Auswirkungen auf das Verhalten der von den Fesseln und Zwängen der Lohnarbeit Befreiten und der Frage nach der gesellschaftlichen Verträglichkeit des Verzichtes auf den administrativen und ökonomischen Zwangs zur Erwerbsarbeit.

Der Aufbau des Sozialismus in Kuba und der »historische Lohn«

Die Entwicklung Kubas, des »ersten sozialistischen Landes auf dem amerikanischen Kontinent«, erweckte bei den Linken in Europa großes Interesse, das sich jedoch vor allem auf die politischen Ereignisse in der kubanischen Geschichte konzentrierte: Bewaffneter Kampf in der Sierra Madre, Befreiung Havannas, Sturz des Diktators Batista, Auseinandersetzungen mit den USA und Verkündung des sozialistischen Entwicklungsweges. Unterbelichtet blieb dabei generell die wirtschaftliche Seite. Das soll hier nicht nachgeholt werden, wohl aber ist im Rahmen des gestellten Themas die Frage zu beantworten, wie weit die Arbeitsgesellschaft in Kuba überhaupt gediehen war, bevor es zur Einführung des »historischen Lohnes« kam.

Kuba war in den 1950er Jahren eines der entwickeltsten Länder der Dritten Welt. Das Bruttosozialprodukt (BIP) der Inselrepublik lag fast 5 mal höher als das von Haiti und war knapp anderthalb Mal so groß wie das der Dominikanischen Republik, es übertraf auch das BIP Mexikos und war – knapp hinter Chile und Venezuela – das fünfthöchste Lateinamerikas überhaupt.¹⁶ Seine Wirtschaftskraft verdankte Kuba dem Zuckerrohranbau. Der Zucker hatte für Kuba etwa die gleiche Bedeutung wie für Chile das Kupfer oder das Erdöl für Venezuela.¹⁷ In den 1950er Jahren dienten 27 Prozent der kultivierten Fläche des Landes dem Zuckerrohranbau, lieferte die Zuckerverzeugung 30 Prozent des Volkseinkommens. Sie beanspruchten aber auch 40 Prozent der Industrieinvestitionen.¹⁸ Ein großes Problem für Kuba waren die Schwankungen der Weltzuckerpreise, die unter den Bedingungen des in ganz Lateinamerika angewendeten »Export-Import-Modells« immer wieder zu einem unberechenbaren Auf und Ab des wirtschaftlichen Wachstums führte.¹⁹

Ein weltwirtschaftlich bedeutender Faktor wurde Kuba als Zuckerproduzent bereits zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Auf der Insel

wurde 1838 Lateinamerikas erste Eisenbahn gebaut – nur drei Jahre nachdem die erste deutsche Strecke in Betrieb genommen worden war. Eine moderne Arbeitsgesellschaft konnte sich in Kuba 1886 nach der Aufhebung der Sklaverei entwickeln.²⁰ 1890 fand in Havana die erste Maifeier Lateinamerikas statt. Abgesehen von der Zucker- und Tabakverarbeitung spielte das Landproletariat eine besondere Rolle. 53 Prozent von den 1,9 Mill. Erwerbstätigen waren 1959 in der Landwirtschaft tätig, 17,5 Prozent arbeiteten in der Industrie. Die Zucker verarbeitende Industrie beschäftigte etwa 100 000 Arbeiter. Das war die Hälfte aller Industriearbeiter.²¹

Die relativ günstigen volkswirtschaftlichen Daten sagen nichts über die soziale Lage in Kuba vor der Revolution. Um 1960 war die Polarisierung der Einkommen in nur wenigen Ländern Lateinamerikas gleich stark bzw. ausgeprägter als auf Kuba. Während im Durchschnitt der lateinamerikanischen Staaten das ärmste Fünftel der Bevölkerung über 3,4 Prozent des jährlichen Einkommens verfügte, waren es in Kuba nur 2,1 Prozent.²² Eine verhältnismäßig hohe Arbeitslosigkeit gab es – oftmals saisonbedingt – überall dort in Lateinamerika, wo Plantagenwirtschaft dominierte. »Der Extremfall«, schreibt der Wirtschaftshistoriker Bulmer-Thomas »war Kuba, wo die Zuckerindustrie die Zuckerschläger nur für drei Monate benötigte.«²³ Ein unverdächtiger Zeitzeuge, ein katholischer Rechtsanwalt, Jose Ignacio Lassage, schrieb in einer Ende 1956/Anfang 1957 veröffentlichten Studie: »Bei all meinen Reisen durch Europa, Amerika und Afrika habe ich sehr selten Bauern angetroffen, die elender als der kubanische Landarbeiter lebten.«²⁴

Nach der Revolution und dem im April 1961 verkündeten Aufbau des Sozialismus wurde in Kuba die Arbeitslosigkeit abgebaut²⁵ und eine wirtschaftliche Strategie der raschen Entwicklung der Industrie des Landes, die unter der Losung »Los von der Monokultur Zuckerrohr« stand, eingeleitet. Mitte der 60er Jahre wurde die Politik einer überstürzten Industrialisierung als nicht bezahlbar aufgegeben. Der weitere Aufbau der Industrie sollte von nun an Schritt für Schritt erfolgen und finanziert werden aus den Erlösen der Zuckerexporte, für die seit den Verträgen vom Januar 1964 mit der UdSSR ein sicheres Absatzgebiet bis 1970 bei stabilen Preisen gefunden worden war.²⁶ Die Zuckerrohrproduktion, die in den ersten Jahren nach der Revolution stark abgesunken war, sollte, so sahen es die 1964 eingeführten Volkswirtschaftspläne vor, Jahr für Jahr gesteigert werden bis auf 10 Mill. t im Jahre 1970 und damit den Ernteertrag von 1958 (5,9 Mill. t) deutlich übertreffen.²⁷

Mit welchen Methoden die Produktionssteigerung erreicht werden sollte, darüber gab es in der kubanischen Führung unterschiedliche Auffassungen. Eine Gruppe, die von Alberto Mora, dem Außenhandelsminister repräsentiert wurde, setzte auf Mehrleistung durch materielle Interessiertheit. Eine zweite Gruppe, deren einflussreichster Vertreter Industrieminister Ernesto Che Guevara war, vertrat die Meinung, dass materielle Anreize eine auf Privateigentum gerichtete Einstellung fördern würden und so setzte er für die Erreichung der hohen Produktionsziele auf moralische Stimuli. Guevara ging 1964 in Reden und Publikationen zur Wirtschaftspolitik des sozialistischen Kuba²⁸ davon aus, dass die Identifikation der Arbeiter mit der

20 Allan Dye: Why Did Cuban Cane Growers Lose Autonomy? 1889-1929, in: Coathsworth, a. a. O., S. 323-326.

21 Martinez, a. a. O., S. 33.

22 Bulmer-Thomas, a. a. O., S. 304.

23 Ebenda, S. 306.

24 zitiert in: Martinez, a. a. O., S. 30.

25 Bis 1970 sank der Anteil der Arbeitslosen einschließlich der Unterbeschäftigten von 30,2% auf 1,3%. (Martinez, a. a. O., S. 134, 137).

26 Robin Blackburn: The Economics of the Cuban Revolution, in: Claudio Véliz (Hrsg.), Latin America and the Caribbean. A Handbook, New York/Washington 1968, S. 630.

27 Vgl. Kuba, in: Länder der Erde, Berlin 1980, S. 365.

28 Vgl. Ernesto Che Guevara: Aufsätze zur Wirtschaftspolitik. (Ausgewählte Werke Bd. 3, Köln 2002).

29 Vgl. Louis A. Perez, Jr.: Cuba – Between Reform and Revolution, New York/Oxford 2006, S. 259.

30 Blackburn, S. 630.

31 »Abschiedsbrief«. Che Guevaras an Fidel Castro, in: Josef Lawrezki: Ernesto Che Guevara. Leben und Kampf eines Revolutionärs, Berlin 1974, S. 340.

32 A. Mac Ewan: Revolution and Economic Development in Cuba, London 1978, S. 235.

33 Martinez, a. a. O., S. 88-92.

34 Fidel Castro: Rede vor dem XIII. Gewerkschaftskongress, in: Granma 47/197, S. 8.

35 Zu deren Charakterisierung vgl. Engler, a. a. O., S. 122-127.

36 Im Zeitraum von 1959 bis 1975 wurden 1,5 Mil. neue Arbeitsstellen geschaffen. Die Beschäftigung wuchs jährlich um 4%. (Martinez, a. a. O., S. 136-137).

Revolution groß genug sein dürfte, dass diese – im Bestreben, zum gemeinsamen Wohl beizutragen – ohne administrativen und ökonomischen Zwang gewissenhaft, diszipliniert und effektiv arbeiten würden.²⁹ Auf einem Gewerkschaftskongress im August 1966 sprach sich auch Fidel Castro eindeutig zugunsten der moralischen Stimulierung³⁰ aus, so dass Che Guevaras Anschauungen generelle Wirtschafts- und Sozialpolitik wurden und blieben, auch wenn er bereits im April 1965 seine Funktionen in der kubanischen Kommunistischen Partei und der Regierung niedergelegt hatte, um »in anderen Ländern der Erdkugel ... den Imperialismus überall zu bekämpfen, wo er existiert.«³¹

Einmal zur Staatspolitik erhoben, hatte die Ideologie der moralischen Stimulierung beträchtliche Auswirkungen auf die Rolle des Lohnes in Kuba. Das Lohnsystem wurde zunächst »als Antwort auf die bestehende enorme Vielfalt der Lohnsysteme vereinfacht. Um »eine gewisse Einheitlichkeit der Löhne zu erreichen«, wurde die Differenzierung der Löhne nach der Qualifikation beträchtlich verringert. Gleichzeitig hob die kubanische Regierung die Bindung des Lohnes an das Produktionsergebnis auf.³² Der Geldlohn, nunmehr nicht mehr abhängig von Qualität und Quantität der Leistung, wurde zu einem Relikt der (kapitalistischen) Vergangenheit, zum »historischen Lohn«. Es lag nahe, den Begriff Lohn für die staatlichen Zahlungen zum Lebensunterhalt auch dem Namen nach abzuschaffen. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die tarifliche Entlohnung im Ergebnis harter Kämpfe zwischen den Gewerkschaften und Unternehmern Ende der 30er und Anfang der 40er Jahre errungen worden war³³, »entschied man sich grundsätzlich, keine radikalen Veränderungen vorzuschlagen, denn viele historische Löhne hatten einen berechtigten Ursprung und gründeten sich auf das Vertrauen der Arbeiter in die Revolution.«³⁴

Zusammen mit einer ganzen Palette unentgeltlicher Dienstleistungen z. B. für die Versorgung mit Wasser und elektrischem Licht, für die Benutzung des städtischen Nahverkehrs und für die Mietwohnung besaßen alle Kubaner, die über einen Arbeitsplatz verfügten – und auf den hatten sie ein Anrecht –, über auskömmliche Verdienste. Wenn diese Zahlungen auch noch aus Gründen der Rücksichtnahme auf ältere Genossen und der Pietät vor ihren Leistungen Lohn hieß, so war es de facto ein Grundeinkommen vom Charakter der Sozialdividende.³⁵ Formal war die Ausgabe des finanziellen Teils des Grundeinkommens an eine Bedingung gebunden – die Aufnahme eines Arbeitsverhältnisses. Dieses zu erreichen, war im revolutionären Kuba Mitte der 60er Jahre ganz im Gegensatz zum vorrevolutionären kein ernsthaftes Problem mehr.³⁶

Wie wirkte sich das (fast) bedingungslose Grundeinkommen auf die Haltung der Kubaner zur Erwerbsarbeit aus? Zunächst einmal ist festzustellen, dass für die Zuckerrohrernte von Jahr zu Jahre eine immer größere Anzahl von Arbeitskräften benötigt wurde, nicht nur, weil der Zuckerrohrbau ausgedehnt wurde, sondern auch, weil die Leistung des einzelnen Arbeiters sank. Während der Zuckerkampagne 1970 wurden zwar nicht die angestrebten 10 Mill. t, wohl aber 8,4 Mill. t eingefahren, 2,5 Mill. t mehr als vor der Revolution (1958). Die Ernte machte aber im Vergleich zu den 50er Jahren den

Einsatz eines Mehrfachen an Arbeitskräften (2,1 Mill. statt 350 000) nötig.³⁷

Die Produktivität war nicht nur in der Zuckerindustrie abgesunken.

Aber Anfang der 70er Jahre stellte Fidel in einer wirtschaftspolitisch bemerkenswerten Rede auf dem XIII. Kongress der Kubanischen Gewerkschaften vom November 1973 rückblickend fest: »dass wir viel mehr Arbeitskraft einsetzen, als es die Kapitalisten taten, um die Fabriken mit geringerer Effizienz zu handhaben, als es die Kapitalisten taten.«³⁸ Worauf der Produktivitätsrückgang (ermittelt aus dem Verhältnis der beschäftigten Arbeitskräfte zum Produktionsergebnis) in erster Linie zurückzuführen war, ergab sich aus Untersuchungen, die Ende der 60er Jahre seitens der Wirtschaftsministerien durchgeführt wurden. Danach fielen z. B. 1969 in der Bauindustrie 17 Prozent der Arbeitsstunden aus. Ob dies das Ergebnis einer größeren Zahl zeitweiliger oder einer kleineren Zahl dauerhafter »Aussteiger« war, ist nicht überliefert. Letzteres ist anzunehmen, wenn man bedenkt, dass eine Untersuchung in 200 Staatsbetrieben, die während der Jahre 1968 und 1969 durchgeführt wurde, ergab, dass die Produktionsstätten bis zu 40 Prozent der Arbeitszeit still lagen. – »Bummelantentum« wurde zwar nicht als einzige, aber zumindest als Hauptursache für die Produktionssausfälle vermerkt.³⁹

Die »Herren der Arbeit« (Engler) auf Kuba standen vor einem Dilemma: Sie hatten auf »Machtmittel« der kapitalistischen Arbeitsgesellschaft wie Arbeitsnormen, Leistungslohn usw. verzichtet, voller Zuversicht, dass die von der Ausbeutung befreiten Kubaner, statt der Not gehorchend, Erwerbsarbeit zu leisten, aus freier Entscheidung ihr Bestes für den Aufbau eines sozialistischen Kuba geben würden, wenn man ihnen nur die Zusammenhänge klar mache und mit gutem Beispiel vorangehen würde. (Zu diesem Zweck waren u. a. Fotos mit Che Guevara beim Schlagen des Zuckers, bei der Verrichtung von Transportarbeiten usw. in den kubanischen Medien verbreitet und entsprechend kommentiert worden.⁴⁰

Wohl in der Hoffnung, dass die Einsicht der Werktätigen mit der Erziehung zum neuen Menschen von Jahr zu Jahr wachsen würde oder auch im Ergebnis wachsender Verunsicherung der Führung, weil die von ihr propagierte Strategie zu wenig Akzeptanz fand, wurde zunächst am historischen Lohn nicht gerüttelt.

Da unter den Bedingungen des (fast) bedingungslosen Grundeinkommens die Zuckerrohrernte durch die professionellen Macheteros nicht mehr bewältigt werden konnte, ging man dazu über, zusätzlich Freiwillige einzusetzen. Deren Zahl schwoll von Jahr zu Jahr an. 1966 waren es 106 000, 1967 233 000, 1968 281 000. Im Jahre 1966 waren die größte Gruppe der Freiwilligen – etwas mehr als ein Viertel – »Angestellte aus verschiedenen Bereichen der Volkswirtschaft«. 1968 stellten Studenten und Oberschüler mit 160 000 über 50 Prozent der zusätzlichen Arbeitskräfte, die benötigt wurden, um den Rückgang an »Erwerbsarbeitwilligen« im Zuckersektor auszugleichen.⁴¹ Dies war aber auf Dauer keine Lösung. Betriebe bemühten sich, mit Anwesenheitsprämien ihre Arbeiter zu locken. Auch wurde versucht, die vollständige Ausführung volkswirtschaftlich notwendiger Arbeiten mit administrativen Mitteln zu erzwingen. Im Kampf

37 Mac Ewan, a. a. O., S. 115.

38 Castro, a. a. O., S. 8.

39 Vgl. Jürgen Kuczynski: Probleme der Entwicklung der sozialistischen Landwirtschaft in Kuba, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1/1971, S. 34-35.

40 Vgl. Lawrezki, a. a. O., S. 297, 299.

41 O. Darusenkov, B. Gorbačev, V. Tkačenko: Kuba – ostrov sozidanija, Moskau 1975, S. 173.

gegen die Arbeitsbummelei führte die kubanische Regierung Ende der 60er Jahre strenge Strafen ein und stellte einige für das Funktionieren der kubanischen Wirtschaft besonders wichtige Arbeiten unter die Kontrolle der Armee. Das Ergebnis blieb hinter den Erwartungen zurück.⁴²

42 Mac Ewan, a. a. O., S. 147.

Zu Beginn der 70er Jahre setzte sich unter den Führern der kubanischen Revolution die Erkenntnis durch, dass man mit der »Historisierung« des Lohnes versucht habe, »weiter voranzugehen, als möglich war«. »Egalitäre Prinzipien bei der Ausführung der Arbeit selbst anzuwenden, unabhängig von der produktiven Anstrengung«, führte Fidel Castro auf dem XIII. Gewerkschaftskongress aus, »dies ist ein ... Prinzip, das wir korrigieren müssen.« Der Gewerkschaftskongress beschloss nach gründlicher Diskussion Thesen, in denen »neue Lohnabstufungen«, die »Bindung des Lohns an die Produktion auf verschiedenen Wegen« und letztendlich die »Abschaffung des historischen Lohnes« gefordert wurde. In Auswertung des Gewerkschaftskongresses wurde »die Neuordnung der Lohnskala, die Revision der Qualifikations-Kriterien, die Verbesserung der Bezahlung bei außergewöhnlichen Arbeitsbedingungen, die Durchführung der Entlohnung nach Arbeitsleistung, Anhebung der Lohnskala in denjenigen Produktionseinheiten, die zur technischen Organisation und Normierung der Arbeit übergehen, beschlossen.« In diesem Zusammenhang wurde auch der Übergang von den bisher geltenden »weichen« erfahrungstatistischen zu »harten« wissenschaftlich-technischen Arbeitsnormen verlangt.⁴³

43 Castro, a. a. O., S. 8-9.

Was kann man aus den kubanischen Erfahrungen lernen?

Auf immerhin zwei der in der aktuellen Diskussion zum BGE heiß umstrittene Fragen kann die Periode des »historischen Lohnes« in Kuba eine Antwort geben: erstens auf die Frage, welche Haltung die Betroffenen zur Erwerbsarbeit unter den Bedingungen eines auskömmlichen Bürgergeldes einnehmen würden und zweitens auf die Frage nach der gesellschaftlichen Verträglichkeit einer Existenzfinanzierung, »in der Hunger direkt zum Essen führt«⁴⁴, de facto ohne den Umweg über »Arbeitsfron«, die die körperlich schwere Arbeit bei der Ernte des Zuckerrohrs ganz gewiss war.

44 Engler, a. a. O., S. 127.

Die kubanische Erfahrung spricht gegen die Befürchtung, dass nach Einführung des BGE niemand mehr arbeiten würde.⁴⁵ Jedoch hat ein signifikanter Teil der erwerbstätigen Kubaner den historischen Lohn, wie von Busch bei Einführung des BGE vermutet⁴⁶, vor allem als Konsumgeld betrachtet.

45 So interpretiert Jordan Busch (Jordan, a. a. O., S. 528).

46 Busch, a. a. O., S. 983.

Zweitens lässt sich am kubanischen Beispiel nachweisen, dass der Zusammenhang zwischen der Summe der geleisteten (Erwerbs-)arbeit und der Reproduktion gesellschaftlichen Reichtums nicht einfach wegdiskutiert werden kann. Um Zucker zu produzieren und mit seinem Export die Volkswirtschaft in Gang zu halten, mussten die kubanischen »Herren der Arbeit« auf jenes Arbeitskräftepotential zurückgreifen, auf das sie noch Einfluss hatten – teilweise ideologischen, vor allem aber wohl administrativen Einfluss. Wenn man so will, dann waren die 281 000 Freiwilligen des Jahres 1968 Voraussetzung dafür, dass die 350 000 Zuckerrohrarbeiter sich zwischen Engagement in der Erwerbsarbeit bzw. Verzicht auf Erwerbsarbeit

frei entscheiden konnten. Ohne die mehr oder weniger freiwilligen Helfer wäre in der zweiten Hälfte der 60er Jahre die kubanische Wirtschaft wahrscheinlich zusammengebrochen. Damit hätte auch die Bezahlung unabhängig von Umfang und Intensität der Erwerbsarbeit ein jähes Ende gefunden. Eine Rückkehr zum Kapitalismus hätte das kubanische »Bürgergeld« keine vier Wochen überdauert.

Angesichts der Gefahr einer Rückkehr zur Arbeitsgesellschaft kapitalistischen Typs mit Niedriglohn und Massenarbeitslosigkeit blieb der kubanischen Führung unter Fidel Castro nur noch – in den Augen der Führung damals vermutlich als geringeres Übel – die Akzeptanz der sozialistischen Arbeitsgesellschaft, der Abschied von der sozialen Utopie des »historischen Lohns« und dessen Umwandlung in einen leistungsbezogenen Arbeitslohn.

Zitate aus der aktuellen Diskussion:

Das BGE unterscheidet sich ... maßgeblich durch vier Kriterien – allgemeiner Rechtsanspruch und staatliche Garantie, existenzsichernde Höhe, Ausschluss einer Dürftigkeitsprüfung sowie Ausschluss jeglicher Verpflichtung zur Arbeit – von den bestehenden sozialen Sicherungssystemen. (*Busch, a. a. O., S. 983*)

Es klingt ja wirklich faszinierend: Alle haben ein ausreichendes Grundeinkommen, sie können arbeiten was sie wollen, wenn sie wollen. (*Ursula Mieth, Auerbach, Leserschrift im »Neuen Deutschland« vom 12. 2. 2007*)

Es steht daher nicht zur Debatte, ob ein Grundeinkommen denn möglich wäre, die Debatte kreist um die Frage, wie universell und wie »bedingungslos« ein solches Einkommen sein sollte und auf welcher Höhe es sich bewegen dürfte. (*Krätke, a. a. O., S. 111*)

Arbeiten soll der, dem es Spaß macht, konsumieren, aber sollen alle. Die Forderung eines »Rechts auf Arbeit« erscheint mithin als überflüssig, die Anerkennung des »Verbrauchs als eines Menschenrechts« hingegen nicht. (*Busch, a. a. O., S. 986*)

Die Unterstellung, keiner würde mehr arbeiten, obwohl das Grundeinkommen ein sehr einfaches und eben gerade dadurch so elegantes Konzept ist, muss die Genauigkeit der Folgenabschätzung aber zwangsläufig durch die Komplexität der Sache beschränkt sein. Hier spielen einfach zu viele Faktoren mit hinein, als dass die Wirtschaftswissenschaften, deren Prognosen ohnehin allzu oft nicht Bestätigung finden, diese vorab vollends ergründen könnten. (*Jordan, a. a. O., S. 529*)

Lass Dir also nicht einreden, dass alle Aktivität an Erwerbsarbeit gekettet ist, in Arbeit aufgeht! Beginne etwas, verwickle andere in deine Pläne, lass dich in ihre verwickeln; für dein Leben ist gesorgt! (*Engler, a. a. O., S. 150*).

Wer nicht arbeitete, musste trotzdem Geld erhalten, Konsumgeld statt Arbeitsgeld, ansonsten stockte der Reproduktionsprozess an seiner empfindlichsten Stelle, der Realisierung des Produzierten am Markt. (*Engler, a. a. O., S. 127*)

Schließlich versprechen die linken Befürworter des Grundeinkommens Freiheit vom Zwang zur Lohnarbeit. Diese Freiheit kann aber immer nur eine Freiheit für wenige sein. In jeder Gesellschaft besteht die Notwendigkeit zur Arbeit. Gesellschaftlicher Reichtum

wächst nicht auf Bäumen. Der entspricht vielmehr der Summe der produzierten Güter und Dienstleistungen und beruht auf lebendiger Arbeit leibhaftiger Menschen. Jeder Sozialtransfer muss aus dieser laufenden Wertschöpfung erwirtschaftet werden. (*Martin Künkler, Mitarbeiter der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen in Berlin, in: ND v. 1. 2. 2007*)

Das Grundeinkommen bedeutet eine Revolution – ähnlich wie der Übergang zu einer demokratischen Wirtschaftsordnung oder zu einem Marktsozialismus. Es bedarf daher auch einer Revolution, um es zustande zu bringen. (*Krätke, a. a. O., S. 121*)

Kubanische Zitate

Quelle: Castros Rede am 17. November 2005 in der Aula magna der Universität Havanna, in: Fidel Castro, Felipe Perez, Roque, Heinz Dietrich: Kuba – nach Fidel. Kann die Revolution überleben? Berlin 2006.

Es ist auch erklärlich, warum wir heute kein Zuckerrohr schlagen, es ist keiner da, der es schlägt. (S. 58)

Ich will nicht theoretisieren; aber ich habe eine Unzahl von Beispielen, dass man bei vielen Dingen, die gemacht wurden, immer daneben gehauen hat und zwar diejenigen, die als Theoretiker angesehen wurden, die durch und durch die Bücher von Marx, Engels, Lenin und anderen studiert hatten. ... Einer unserer größten Fehler zu Beginn und oft auch im Verlaufe der gesamten Revolution war zu glauben, dass irgendjemand wisse, wie der Sozialismus aufgebaut werden könne. (S. 63-64)

Letzten Endes waren wir doch Zeugen vieler Fehler und haben sie nicht einmal bemerkt. (S. 63)

Wir müssen ... den Mut haben, unsere eigenen Fehler einzugestehen, denn nur so können die Ziele erreicht werden, die erreicht werden sollen. (S. 55)

Wir müssen die größtmögliche Rationalität bei dem Arbeitsentgelt ... anwenden. Subventionen oder Unentgeltlichkeit nur bei essentiellen und lebenswichtigen Dingen. Weder bei den medizinischen Dienstleistungen noch denen der Bildung oder ähnlichen anderen werden wir Bezahlung verlangen. (S. 91)

Wir wollen, dass die Bürger dieses Landes, die zu einer Zeit zu 10 Prozent, 15 Prozent, 20 Prozent oder mehr arbeitslos waren ... von ihrer Arbeit, Rente oder Pension leben. (S. 38)

Wer arbeitet und produziert, wird mehr erhalten und mehr kaufen; wer Jahrzehnte gearbeitet hat, wird mehr erhalten und mehr Dinge besitzen. (S. 95)

Niemals werden wir diejenigen vergessen, die über so viele Jahre hinweg unsere Arbeiterklasse und Berufstätige waren, die Jahrzehnte der Aufopferung durchlebt haben. (S. 39).

Arbeit ist in der sozialistischen Gesellschaft ein Recht, eine Pflicht und Ehrensache für jeden Bürger. Die Arbeit wird nach Qualität und Quantität bezahlt. Die Vergabe von Arbeit entspricht den Erfordernissen von Wirtschaft und Gesellschaft, der Wahl des Werk tätigen, seiner Eignung und Qualifizierung. Das garantiert das Wirtschaftssystem und Sozialsystem ... (*Verfassung der Republik Kuba vom 24. Februar 1976*)

BEATRIZ STOLOWICZ

Die lateinamerikanische Linke: Wo stehen wir?

Beatriz Stowicz – Dr.,
Professorin an der Autono-
men Universität der Haupt-
stadt, Xochimilco, Mexiko
(UNAM).

Beitrag auf der V. Internatio-
nalen Konferenz »Marx lebt:
Alternativen und alternative
Regierungen in Lateiname-
rika«, Nationale Universität
von Kolumbien, Fakultät für
Rechts-, Politik- und So-
zialwissenschaften, Bogotá,
31. Oktober bis 2. November
2006.

Neue Strategien der
Rechten.

Die Uhren laufen schneller in Lateinamerika. Auch für die Rechte. Es gibt natürlich eine Reaktion auf den Aufschwung der Volkskämpfe und die wichtigen Fortschritte der Linken in Wahlen oder den progressiven Nationalismus, aber sie ist wirklich nicht proportional den tatsächlichen oder angeblichen Gefahren, die diese Fortschritte für die kapitalistischen Interessen darstellen. Sie geht darüber hinaus. Es erweist sich, dass die Wucht und der Druck der Offensive der Rechten in allen Ländern weiter geht als die Volkskraft in jedem von ihnen. Man müsste dazu auch das spezifische Gewicht in Betracht ziehen, das die Verlangsamung der ökonomischen Konjunktur in den Vereinigten Staaten und ihre militärische Stärkung hat, das spezifische Gewicht des allgemeinen Funktionierens des kapitalistischen Systems mit seinen Spekulationsblasen, die zu platzen drohen – wie die Europäer alarmiert wahrnehmen –, im allgemeinen Rahmen der neuen Herausforderungen für die kapitalistische Reproduktion, die die unheilbaren Widersprüche ihrer eigenen Entwicklung, Konzentration und räuberischen Aneignung nicht abfangen kann. Das spezifische Gewicht jedes dieser Aspekte ist heute, wie wir wissen, Gegenstand von Diskussion. Aber klar ist, dass sie in das neue Szenarium eingreifen.

Wir sehen heute, dass die Rechte dabei ist, die Akzente und die Pfade zu verändern, die sie konstruiert hat und auf die sie die Linke lenken wollte. Sie ändert jene komplexe politische Strategie, die darauf gerichtet war, die Linke auf dem Gebiet der Politik gegenüber dem System zu neutralisieren. Dazu bemühte sich die Rechte, die Metamorphose der Linken zu einer »modernen Linken« zu fördern. Das Szenarium verändert sich jetzt, und wir beobachten, dass ein guter Teil der Linken das nicht mitbekommt, nicht zeitgemäß reagiert und überrascht ist.

Immer noch spukt im Kopf vieler Linker und anderer fortschrittlicher Kräfte die Idee, dass das Pendel sich in günstiger Richtung bewegt. Dass es nach so vielen Missständen der neoliberalen Ära »logisch« war, dass es in Richtung auf post-liberale Mitte-Links-Regierungen ausschlug, eine »natürliche« und daher ansteckende Welle, an die sich alle anpassen würden. Höchstens einige Schärferblickende fragten sich, wann wohl das Pendel wieder nach rechts ausschlagen würde und was man tun könnte, um Zeit zu gewinnen. In der Logik des Pendels handelt es sich um Zeiträume von 15 bis 20 Jahren; das wäre also der Zeitrahmen, um graduelle Veränderungen zu erreichen, und da sie gradueller Art wären, würden sie auf

weniger Widerstand stoßen. In diesen Zeitrahmen einer Pendelbewegung müssten die Handlungszeiträume, die Zeiten für die praktische Aktion eingepasst werden, und das wären die Wahlperioden zwischen 4 und 6 Jahren entsprechend der Rechtslage in den einzelnen Ländern. Sobald eine Links- oder Mitte-Links-Regierung ihr Amt aufnähme – auf nationaler, Provinz- oder örtlicher Ebene –, müsste man bereits an den möglichen Folgekandidaten denken und an die nötigen Bündnisse, um ihm zum Siege zu verhelfen, und die Amtsführung der Regierung müsste mit genauer Berechnung an den Blick auf die Wahlen gebunden werden. Das waren die Schwerpunkte und die Spielregeln, die verschiedene Kräfte der Linken im Auge hatten.

Aber man muss sagen, dass die Pendellogik, zu trügerisch, um Hoffnungen zu begründen, die wahre Grundlage dieses Phänomens verdunkelt. Es ist die Form, in der die Bourgeoisie die Geschichte des Kapitalismus erklärt: als aufeinanderfolgende Korrekturbewegungen von Anomalien oder Exzessen, die ihn wieder ins Gleichgewicht und in seine Normalität als »Fortschritt« zurückbringen. In dieser Logik sind die Pendelausschläge immer Veränderung, um zurückzukehren, das heißt, man bleibt immer innerhalb des Kapitalismus. Die Rechte selbst verbreitete die Meinung, dass dies eine natürliche Pendelbewegung gegen die Exzesse des Neoliberalismus war, die korrigiert werden mussten, aber dass man nichts außerhalb oder gegen den Kapitalismus tun könne. Die Linke könnte nur post-liberal sein. Was die Pendeltheorie natürlich nicht sagt, ist, dass in der Geschichte des Kapitalismus jede Bewegung der Anpassung oder Berichtigung, die durch das System selbst hervorgebracht wird (immer unter dem Druck der sozialen Widersprüche), durchgeführt wird, um zu höheren Gewinnen zu verhelfen – das ist der Fortschritt –, und dass es mit jeder Veränderung des Mechanismus der Reproduktion eine qualitative Veränderung gab, die zu einer höheren Konzentration und Zentralisation des Kapitals führte, nicht zu einem Umkehrpunkt. Die neoliberale kapitalistische Konterrevolution war erfolgreich, um die Gewinne zu erhöhen, aber der Grad der Konzentration, zu dem sie führte, verursacht immer heftigere Widersprüche, wie wir heute selbst im Zentrum des Systems feststellen können.

Doch die Erklärung mit dem Pendel hatte die Wirkung, glauben zu machen, die graduellen Korrekturen am Neoliberalismus, die durch eine »moderne«, »verantwortungsbewusste«, »vernünftige«, »realistische« Linke, die für die Globalisierung aufgeschlossen sei, vorgenommen werden, würden friedlich innerhalb von Wahlperioden verlaufen. Und plötzlich stehen wir vor der Tatsache, dass dieselbe Rechte die Spielregeln ändert. Fünfzehn Jahre, durch die hindurch man versucht hat, die Linke den Spielregeln der regierbaren Demokratie zu unterwerfen, werden in Frage gestellt durch schmutzige Wahlschlachten, Wahlbetrug, Wahlkampagnen, in denen die sozialen und politischen Aktivisten Verfolgungen ausgesetzt sind. In allen Ländern agieren die großen Medien und die Unternehmerverbände als antidemokratische Stoßkraft. Nachgewiesen sind die Einmischungen der USA und der politischen Vertreter der europäischen transnationalen Gesellschaften, vor allem der spanischen, um die Durchsetzung der Kandidaten der Rechten zu sichern. So war es in

Möglichkeiten und Herausforderungen der Linken.

Die Rechte ändert die »Spielregeln«.

El Salvador in den Wahlen 2004, vor kurzem in Peru, in Mexiko, wo der skandalöseste Wahlbetrug begangen wurde, in Nicaragua zu der bevorstehenden Präsidentenwahl. Unregelmäßigkeiten werden auch bei der Präsidentenwahl in Kostarika im Februar angezeigt, es werden betrügerische Manipulationen in Ecuador gemeldet und auch im Referendum in Panama vor wenigen Tagen.

Und nach diesen raffinierten politischen und ideologischen Aktionen, um die Regierungen der Linken zur Mäßigung zu veranlassen, damit sie nicht die Grundlagen der Kapitalakkumulation antasten und einzig durch die Reduzierung der extremen Armut die Krise verwalten, haben wir die Offensive der Rechten gegen Lula erlebt, den das internationale Finanzkapital unermüdlich gelobt hat als das Beispiel, dem man folgen sollte. Auch die Mäßigung der Regierung von Tabaré erwog man, man hat ihm einen Streik der Transportunternehmer organisiert, der an das Jahr 1972 in Chile erinnerte. »Zuerst befreie ich deine Entartung, dann schwäche ich dich und dann schlage ich dich«, das ist der Leitgedanke.

Ziele der Rechten.

Die Rechte akzeptiert auch nicht, dass die Krise »verwaltet« wird, sie will alles und schnell. Sie will die Privatisierungen, die noch nicht oder nur teilweise stattgefunden haben, vor allem im Energiesektor und in der Wasserversorgung, und noch viel weniger akzeptiert sie, dass Renationalisierungen begonnen werden, auch nicht teilweise, wie in Bolivien, das man durch innere Kriege der Oligarchie und selbst durch Bürgerkrieg zu unterwerfen trachtet. Sie wollen, dass alle noch offenen Freihandelsverträge mit den USA unterzeichnet werden. Sie akzeptieren nicht die bescheidenste Erhöhung des Mindestlohnes, nicht einmal die Beihilfe für die extrem Armen. Auch nicht demokratische Legitimationen von Sanktionen gegen Menschenrechtsverletzer. Und wieder einmal wird die militärische Ultrarechte offen mobilisiert gegen die Opfer des Staatsterrors, wie in Argentinien und in Paraguay. Die Rechte unterwirft sich gern dem wachsenden militärischen Interventionismus der USA, die jetzt mit der Fusion zwischen dem Plan Puebla-Panama und dem regional ausweiteten Plan Colombia die strategische Zange verstärken. Darum zwangen sie Mexiko auch Felipe Calderón auf; darum setzten sie sich mit USA-Basen in Paraguay fest, darum die Unterordnung der Regierungen unter das Southern Command für Aktionen der Aufstandsbekämpfung, die zynisch als antiterroristische oder humanitäre Aktionen deklariert werden. Sie verstärken die keineswegs rhetorischen direkten Aggressionsdrohungen gegen Venezuela und Kuba. Und man kann eine bezeichnende Führungsrolle der Ultrarechten beobachten, die in die Parteien der Rechten eindringen (einschließlich derer, die sich noch Mitte-rechts oder sozialdemokratisch nennen). Selbst die sehr moderne und post-liberale chilenische Concertación, die Verbündete der USA ist, widmet jede Woche einen beträchtlichen Teil ihrer Regierungstätigkeit der Unterdrückung von sozialen Mobilisierungen.

Was wir da sehen, bedeutet, dass die Rechte das Zentrum als ihr politisch-ideologisches Werkzeug zur Neutralisierung der Linken beiseitewirft. Wird die Linke auf Äquidistanz gehen? Zwischen wem und zwischen welchen Optionen?

Ein bedeutender Teil der Linken schafft es nicht, die Unvereinbarkeit ihrer Zeitvorstellungen, ihrer Konzeptionen und ihrer Praktiken

mit diesem neuen Szenarium zu erkennen und sich darauf einzustellen. Das ist der Punkt, an dem wir stehen und von dem aus wir über die Herausforderungen für die Linke nachdenken müssen – für die Parteien und auch für die sogenannte soziale Linke.

Die Linke steht an einem Kreuzweg. Der Weg der Wahlen ist ein wichtiges Mittel gewesen, um Kräfte wiederherzustellen und neu zu gruppieren und um institutionelle Räume zu erobern und einige Veränderungen zu fördern. Die Völker hoffen noch weiter, solche Veränderung durch Wahlen zu erlangen, aber bereits mit den stimulierenden Beispielen Venezuelas und jetzt Boliviens. Und außerdem, das muss man mit aller Klarheit sagen, obgleich einige Linksregierungen auf nationaler oder örtlicher Ebene nicht die Erwartungen voll erfüllt haben, mit denen sie gewählt worden sind, die Völker sind nicht schlechter dran als vorher. Auch wenn die Veränderungen minimal gewesen sein mögen, sie sind sehr bedeutungsvoll für Völker, die im Elend leben, die in der Geschichte erniedrigt und unterdrückt wurden und die wissen, dass sie mit Regierungen der Rechten wieder zurückgeworfen werden. Aber das bedeutet nicht, dass die Völker bereit sind, immer das kleinere Übel zu akzeptieren oder ewig weiter zu akzeptieren, dass die Linke ihre transformatorischen Ziele und Verantwortlichkeiten nicht erfüllt. Denn für sie geht es um ihr Leben.

Aber wie soll man den Weg von Wahlen gehen, wenn es jetzt die Rechte ist, die deren Legitimität und Legalität in Frage stellt. Es ist die Rechte, die dabei ist, die Wahlen als Momente des intensivsten Klassenkampfes zu demaskieren. Wie kann man auf dem Wege von Wahlen vorankommen mit Parteien, die in Wahlmaschinen verwandelt worden sind, die ihre soziale und politische Basis desorganisiert und demobilisiert haben, wenn man heute, um auf dem Wahlweg zu bestehen, Völker braucht, die informiert, organisiert und mobilisiert sind. Zunächst um überhaupt in die Wahlen zu kommen, dann um die Stimmen zu verteidigen, um Veränderungen durchführen zu können, wenn man eventuell gewinnen sollte, und um diese Veränderungen zu verteidigen, so minimal sie auch sein mögen. Wie kann man bei dieser Organisation und Mobilisierung des Volkes erfolgreich sein mit Linksparteien, die die Konzeption der Politik als marketing übernommen haben, für die Politik nur das ist, was im Fernsehen erscheint, und das ist noch dazu ein Widersinn wegen der Blockade, die die großen Medien ausüben und die man nicht einmal durchbrechen kann, wenn man die Millionen zahlt, die sie kassieren. Heute muss man, um erfolgreich den Weg von Wahlen zu beschreiten, massenwirksame alternative Medien schaffen, nicht nur kommunitäre, obgleich die unverzichtbar sind, und dazu braucht man viel Partizipation, Organisation und Ressourcen. Und diese Mittel kann man nicht vom Staat erwarten, weil sie Quelle von Erpressung sind, weil es passieren kann, dass die Rechte sie beschneidet mit dem demagogischen Argument, der Forderung nach Reduzierung der Wahlkampfkosten nachzukommen, und außerdem, weil die Rechte nicht auf sie angewiesen ist, sie hat die Macht des Kapitals hinter sich. Wenn die Linke weiter darauf bauen will, ihren Einfluss auf dem Wege von Wahlen zu vergrößern, muss sie sich selbst von Grund auf neu überdenken.

Die Linke steht an einem Kreuzweg.

Linke Politik als marketing?

Sie muss sich im klaren sein, dass die Völker nicht das kleinere Übel erstreben. Wenn die Linke regieren will, muss sie begreifen, dass man keine Veränderungen erreichen kann, ohne die Grundpfeiler der kapitalistischen Reproduktion anzutasten. Die Offensive der Rechten und des transnationalen Großkapitals lässt nicht zu, dass die gradualistische Logik unter Aufrechterhaltung der Privilegien des Großkapitals funktioniert, und die Zeiträume sind kürzer geworden. Die Linke muss an die soziale Volkskraft appellieren, um politische Kraft aufzubauen, mit der sie sich dem Großkapital entgegenstellt. Wir sehen heute, dass es Volkssektoren gibt, die bereit sind, für tiefgehende Veränderungen in den Kampf zu gehen, die aber durch die Parteien nicht aufgerufen werden. Und doch, wenn die Umstände es erfordern und dazu herausfordern, dann sind sie da und kämpfen mit Überzeugung und Mut.

Unzulänglichkeiten der Linken.

Wir stellen fest, dass die Linke Unzulänglichkeiten aufweist, um der Offensive der Rechten entgegenzutreten, und zugleich auch die politische Vertretung ihrer sozialen Basis nicht adäquat wahrnimmt. Sie erkennt nicht die Reichweite der Forderungen dieser Basis, noch dass sie zu viel weiter reichenden Kämpfen bereit ist, als die Parteien sie konzipieren. Einige Führer erklären ihre »Vorsicht«, ihre »Mäßigung« oder ihren »Realismus« mit dem angeblichen Zustand der Gesellschaft. Oft sind es aber ihre eigenen Entscheidungen, sei es, weil sie fürchten oder nicht bereit sind, die Spielregeln des Systems der Regierbarkeit zu überschreiten, sei es wegen der hemmenden Wirkungen, die die früheren Niederlagen langfristig hatten, oder weil sie als konservative Einstellung der Menschen interpretieren, was oft in Wahrheit Verzweiflung ist. Das erweist sich besonders deutlich unter den Jugendlichen. Es kommt auch vor, dass diese Führer im Namen dieser Vorsicht soziale und politische Kontrolle über ihre soziale Basis ausüben, und das nicht nur in der Konfrontation mit den herrschenden Kräften. Wir sehen auch bei den Linksregierungen Praktiken der Kontrolle über ihre Parteien und über die sozialen Organisationen, die Gewerkschaften zum Beispiel, indem man darauf drängt, dass sie auf ihre Unabhängigkeit verzichten und sich den Erfordernissen der Regierungspolitik im Hinblick auf die Wahlen anpassen. Wie scharf kritisierten viele von denen, die heute diese Einschränkung der Unabhängigkeit der Klasse verteidigen, einst den Stalinismus!

Angesichts der Unzulänglichkeiten einer effektiven Repräsentation durch die Parteien versteht man, dass die Mängel gelegentlich durch starke Führungspersonlichkeiten ausgeglichen werden. Persönlichkeiten, die fähig sind, diese Kampfbereitschaft aufzurufen, die mit dem »politisch Korrekten« oder Erlaubten brechen. Es gibt in der Linken Leute, die hinter dieser Erscheinung populistische politische Praktiken sehen, was mir doch eine formale Vereinfachung scheint. Die Antwort auf die Angriffe der Rechten, bei der Geschwindigkeit des Lebens heute, hat nicht Zeit, bis die notwendige Transformation der Parteien und vieler sozialer Organisationen mit schwindender Anhängererschaft vollzogen ist. Der Kampf wird heute geführt.

Deshalb dürfen die Veränderungen nicht auf den Plänen dieser Führer beruhen, notwendig ist eine solide unabhängige und kritische Volksorganisation. Das ist eine Herausforderung, und wenn die Füh-

rung sich in der Tat für Veränderungen einsetzt, muss sie diese Volksorganisation fördern. Sonst werden die Proteste, die gelegentlichen Ausbrüche der Unzufriedenheit fort dauern, ohne dass diese soziale und politische Kraft die Macht zu dauerhaften Veränderungen erreicht.

Aber auch die sogenannte soziale Linke muss die Realität und sich selbst überdenken. Ihre Einwendungen und ihre Ablehnung gegen die »moderne« Linke fußen auf begründeter Kritik, aber zuweilen scheint es, als ob sie in dieser einen schlimmeren Feind sähe als in der Rechten. Deshalb fällt es ihr vielfach schwer, die komplizierte politische Dialektik zu verstehen, deretwegen breite Teile des Volkes weiter für die Parteien stimmen, die sie kritisieren, und sie handelt dann gegenüber diesen Volkssektoren sekiererisch und isoliert sich. Die sogenannte soziale Linke stellt die horizontale Organisation gegen die zentralisierte Führung und betrachtet sie als Garantie gegen caudillistische Manipulationen. Wir müssen anerkennen, dass die molekularen Formen der Organisation, verschiedener Kämpfe, Teilkämpfe oder breiterer Auseinandersetzungen zu den wichtigsten Grundlagen für die Potenzierung des Kampfes der Massen, die ja nicht anonyme Mengen darstellen, gehören. Aber gleichzeitig muss man zugestehen, dass die Logik und die Erfahrungen der molekularen Horizontalität nicht immer, oder sehr selten, beim Aufruf zum gemeinsamen Kampf für gemeinsame Ziele Wirksamkeit zeigen, um die Kräfte zusammenzuschließen, und das ist in dem neuen Szenarium unerlässlich, wenn man der konzentrierten Kraft des Blocks an der Macht entgegentreten will, der immer mehr den Staat nutzt, um die Beherrschten zu schlagen.

Um den Staat muss man kämpfen, damit er sich der Macht des Kapitals, dem Imperialismus entgegenstellt. Aber das erreicht man nicht mit den Spielregeln der Rechten. In verschiedenen Ländern wird die Forderung nach neuen verfassungsgebenden Prozessen erhoben. Aber auch dafür benötigt man eine große konzentrierte soziale und politische Kraft von unten. Es ist also eine falsche Dichotomie, die horizontalen Kämpfe an der Basis und die politische Konzentration des Kampfes einander gegenüberzustellen.

Die Zeitabläufe beschleunigen sich, das erzwingt der Imperialismus mit einer zerstörerischen Kraft, wie sie noch nie erlebt wurde. Wenn wir uns in jedes der Probleme vertiefen, könnte man den fatalistischen und pessimistischen Eindruck gewinnen, dass die Völker zur Niederlage verurteilt sind. Aber die Realität Lateinamerikas rechtfertigt den Pessimismus nicht: es ist die Region mit den intensivsten Kämpfen und der größten Kreativität, trotz der Mängel und Irrtümer. Doch ebensowenig zulässig ist die Sorglosigkeit. In der Linken sind tiefe Umbrüche in der Art, die Geschehnisse zu sehen und sich selbst zu sehen, erforderlich: sich ihrer Verantwortung zuzuwenden, die konservativen Ideologisierungen zu überwinden, die in den letzten Jahrzehnten verinnerlicht worden sind. Mit dem größten Respekt vor allen, die kämpfen, mit größeren oder kleineren Erfolgen, und mit der Fähigkeit, gemeinsam vorzugehen. Dazu zwingt die Offensive der Rechten, aber das fordern auch unsere Völker.

Soziale und politische Kraft von unten.

JAIME CAYCEDO

Der Demokratische Alternative Pol – eine politische Aktions-einheit der Linken in Kolumbien

Jaime Caycedo – Dr., Anthropologe, Professor an der Nationalen Universität Kolumbiens, Bogotá, Generalsekretär der Kolumbianischen Kommunistischen Partei.

Politische Aktionseinheit der Linken.

Das Abkommen AD-PDI (Demokratische Alternative-Unabhängiger Demokratischer Pol), das am 6. Dezember 2005 unterzeichnet wurde, und die Entstehung des Alternativen Demokratischen Pols sind ein Schritt von großer Bedeutung für die Volkseinheit in Kolumbien. Ungeachtet des zur Schau getragenen Skeptizismus der dem System hörigen Medien und des Kalküls einiger Gegner hat sich in der Linken eine politische Aktionseinheit hergestellt. Allgemein konnte man früher die Voraussage hören, dass die Wahlen die Linke spalten. Jetzt ist die Einheit mitten in einem Wahlprozess möglich geworden. Es ist etwas noch nie Dagewesenes auf Grund der Bedeutung der Kräfte, die sich hier neu gruppieren, die entschiedenste Linke – in ihren verschiedenen Strömungen – und die Zwischensektoren, die sich selbst als Mitte-Links definieren. Im Unterschied zu früheren Versuchen einer Umgruppierung von Strömungen der linken Mitte, die bewusst die am meisten dem Volksempfinden verpflichtete Linke ausschlossen, ist diesmal diese einschränkende und opportunistische Scheuklappe durchbrochen worden. Die Linke, die die Zeitung »El Tiempo« und allgemein die Medien des Systems so unablässig kritisieren, ist ein dynamischer Faktor des neuen Prozesses, ohne von ihren Prinzipien noch von ihrem transformatorischen Projekt abzugehen.

Aber es geht nicht nur um ein Projekt für die Wahlen. Dieser Fortschritt bedeutet im Kontext des Kampfes gegen das reaktionäre Projekt der gegenwärtig Herrschenden, die ihre Herrschaft damit verewigen wollen, einen ersten Versuch, diese Macht der Lumpenschicht der Großbourgeoisie, dem Narkoparamilitarismus und dem transnationalen Kapital, die den Imperialismus im kolumbianischen Staat repräsentieren, streitig zu machen. Es geht um die politische Macht, nicht um sie um jeden Preis in die Hand zu bekommen, wie in der pragmatischen und auf das »Mögliche« fixierten Sicht, die nur darauf abzielt, die Krise des neoliberalen Modells zu verwalten und die damit das Streben großer sozialer Sektoren nach einem Wandel verrät; sondern es geht um die Volksmacht, um damit die Gesellschaft umzugestalten, um ein anderes Land aufzubauen. Der Erfolg wird abhängen von der praktischen Stärkung und der politischen Kohärenz der fortgeschrittensten, am besten organisierten und dynamischsten Kräfte in diesem Prozess.

Einheit bei Bewahrung von Unterschieden und Identitäten.

Die Einheit in mittelfristiger Perspektive

Wie kann man unter diesen Bedingungen eine pluralistische Koalition von Kräften aufbauen? Die Form, die der Prozess der Einheit

genommen hat, ist die einer politischen Aktionseinheit mit Elementen eines gemeinsamen Programms und Vorstellungen für die Zukunft, die sich in der Diskussion befinden.

Der Hauptpunkt dabei war, dass der in Gang gesetzte Prozess die Unterschiede und Identitäten respektiert und sich darauf konzentriert, die politischen und programmatischen Übereinstimmungen, die Ziele, die erreicht werden sollen, und die Beschlüsse, die gefasst werden müssen, um sie zu erreichen, herauszufinden. Es musste die Idee überwunden werden, die von den Modellen der rechten Sozialdemokratie inspiriert war, dass die Auflösung aller Parteien und Kräfte, nicht nur die Aufgabe ihrer Existenz als juristische Personen, Vorbedingung für die Einheit sei. Dieses liquidatorische Argument ist in der Realität der kolumbianischen Linken unhaltbar, sie hat unterschiedliche historische Wurzeln; einige davon, wie die kommunistische Identität und die mit sozialistischer Inspiration, waren über Jahrzehnte dem Sperrfeuer des Ausschlusses und der physischen Vernichtung durch das herrschende Zweiparteiensystem ausgesetzt, und sie sind nicht bereit zu verschwinden. Schon das Bestreben, sie als »Tendenzen« einzuordnen, zeigt die perverse Absicht, ihre Bedeutung als historisch gewachsenes Erbe, ihren Beitrag zu einem Kampf ohne Schwankungen und ohne Pause an der Seite des werktätigen Volks, geprägt vom Klassenstandpunkt, ihre Absage an die Gewalt und den Staatsterrorismus, ihren Beitrag zur Demokratie und zur Suche nach einem Frieden mit sozialer Gerechtigkeit abzuwerten. Außerdem ist es gerade ein Reichtum der alternativen oppositionellen Bewegung, die sich in der kolumbianischen Gesellschaft herausbildet, dass sie emanzipatorische Strömungen von universeller Geltung, mit kritischem Herangehen an die Betrachtung der kolumbianischen und lateinamerikanischen Realität, Strömungen der Rebellion und des frontalen Widerstandes gegen das antidemokratische System und den Imperialismus repräsentiert. Die Einheit ist pluralistisch oder sie kann nicht funktionieren. Die revolutionäre Linke hält am Kurs auf die Einheit fest und vertritt in ihr ihre Klassenpositionen, die Interessen der Volksbewegung und ihre fortgeschrittensten Ziele.

Was wir wollen ist arbeiten, um die Einheit auch in Zukunft zu erhalten, auszuweiten und zu entwickeln, andere politische Strömungen zu integrieren, eine organische Beteiligung am Tages- und sozialen Kampf zu erreichen und einen flexiblen und umfassenden Mechanismus der Volkseinheit, ausgehend von den Basisorganisationen zu schaffen. Unter den gegenwärtigen politischen Bedingungen beginnt sich die Notwendigkeit durchzusetzen, die Anstrengungen für den Wandel zu einer fortgeschrittenen Demokratie und für einen neuen Weg der sozialen Entwicklung zu vereinen, für einen Entwicklungsweg, der die imperialistische Globalisierung und ihre Quelle, den Kapitalismus, in Frage stellt. Diese strategische Perspektive auf lange Sicht schließt ein, jene historisch angesammelten Kräfte zu vereinen, die zwar vorhanden sind, aber gespalten sind durch die Eigenheiten des politischen Regimes, das der herrschende Block uns aufgezwungen hat, verstärkt durch den militärischen Interventionismus des Imperialismus. Die Einheit, die gegenwärtig erreichbar ist, ist die zwischen den Kräften, die im politischen und sozialen Wider-

stand kämpfen, die die demokratischen und die Tagesforderungen des Volkes erheben, die die Menschenrechte und den Frieden einfordern, sowie die politische Einheit im Wahlprozess. Diese Diversität von Problemfeldern, die der Einheit zugrunde liegen, kann sich nicht in einer vertikalen und vornehmlich auf die Wahlen bezogenen Partiestruktur entfalten. Viel geeigneter ist die Erfahrung einer Front, die eine Einheit von Einheiten in programmatischer, politischer und praktischer Übereinstimmung zusammenführt. Eine klassische und wirkungsvolle Erfahrung ist die der Frente Amplio Uruguays.

Das Abkommen, das im Dezember 2005 erreicht wurde, bestand darin, den politischen Status des PDI (Unabhängiger Demokratischer Pol) zu nutzen, wobei seine Statuten zu modifizieren und anzupassen waren, was durch den Kongress dieser Partei autorisiert wurde. Unter dem neuen Namen, den neuen Statuten und dieser juristischen Zulassung haben sich der Unabhängige Demokratische Pol, die Soziale und Politische Front (FSP), die Linke Revolutionäre Arbeiterbewegung (MOIR), die Demokratische Einheit (UD) und die Bürgerbewegung (MD) zusammengeschlossen und den Alternativen Demokratischen Pol (PDA) formiert. Jeder politische Sektor behält seine eigene Organisation; das bedeutet, die Identität der verschiedenen Kräfte wird respektiert im Rahmen einer gemeinsamen politischen und organisatorischen Leitung und einer Parlamentsfraktion, die durch den Vorstand der Einheit repräsentiert wird.

Zwischen Partei
und Bewegung.

Bekanntlich fand gegen Ende des Jahres 2006 der Kongress der Einheit statt. Der PDA entstand als eine komplexe Formation, ein Mittelding zwischen einer Partei und einer Bewegung, in der politische Parteien und Bewegungen mit historischem Werdegang, jüngst entstandene Gruppierungen und Einheitsbewegungen zusammenwirken und zugleich ihre jeweilige Identität bewahren. Als ein Prozess im Aufbau stellt sich der PDA die Aufgabe, die Einheit von unten aufzubauen und die Beteiligung an Wahlen mit dem Einsatz für die breiteste Mobilisierung und Organisation des Volkes zu verbinden, mit gemeinsamen Basisorganisationen in den Wohngebieten, Gemeinden und Departements.

Die programmatischen Leitlinien der Einheit

Ein erster wichtiger Punkt ist das programmatische Abkommen, das sich Ideario de Unidad nennt. Seine Bedeutung ergibt sich aus zwei Aspekten, die miteinander eng verbunden sind. Erstens stellt es eine Übereinkunft über Programmpunkte des Kampfes um eine demokratische Öffnung dar, im Gegensatz zu der »Sicherheit«, von der Alvaro Uribe spricht, so unter anderem das Ringen um ein soziales Wirtschaftsmodell, das dem Neoliberalismus eine Absage erteilt, die Vorrangigkeit einer politischen Lösung des bewaffneten Konflikts durch Verhandlungen, die Unterstützung für die Agrarreform, die Absage an den Freihandelsvertrag mit den USA und die ALCA, die Wiederherstellung des Bildungswesens und des Gesundheitswesens als unveräußerliche Verpflichtungen des Staates. Zweitens konkretisiert es für die gegenwärtig laufende Wahlkampagne (es handelt sich um die Kongresswahlen vom März und Präsidentschaftswahlen vom Mai 2007 – d. Red.) demokratische und vom Volk geforderte Ziele, die für die soziale und politische Mobilisierung der Massen erhoben

Alvaro Uribe Velez,
Präsident Kolumbiens seit
2002, wurde im Mai 2006
für die Amtsperiode bis
2010 wiedergewählt.

und dem Modell Uribes und seinen Wiederwahlbestrebungen entgegengestellt werden. Das heißt, das Einheitsprogramm ist mehr als ein am Schreibtisch ausgearbeitetes Dokument, es verkörpert ein Empfinden, das sich auf den Straßen ausdrückt, auf den Protestmärschen der Bauern und Ureinwohner, in den Streiks der Erdöl-, der Zuckerarbeiter und an den Universitäten, in den Mobilisierungen für die Menschenrechte, für Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung gegenüber einer Politik, die Komplize des Regimes mit seinen Verbündeten unter der paramilitärischen Ultrarechten ist.

Die programmatischen Leitlinien der Einheit heben die Notwendigkeit hervor, einen politischen Wandel im Staat herbeizuführen, nicht im Ergebnis von Zufälligkeiten, von Kooptierungen durch die gegenwärtige Macht oder »Übereinkommen« mit der Rechten, sondern indem aus der Linken heraus ein Projekt einer demokratischen Regierung mit eigener Identität und mit Umgestaltungsvorhaben vorgelegt wird. Sie legen die Kernpunkte des Kampfes um eine demokratische politische Macht fest, die den Weg bezeichnen, um zu den notwendigen Veränderungen zu gelangen. Die Leitlinien machen die Punkte deutlich, die den Bruch mit dem Zweiparteienmodell in seiner gegenwärtigen Verschleierung als System der »Sicherheit« und Pseudokommunitarismus bedeuten. Sie nennen die Beschlüsse, die eine neue Regierung treffen muss, um zu einer wirklichen Demokratie mit sozialer Gerechtigkeit voranzuschreiten, als Grundlage für den Frieden, die volle Souveränität und das friedliche Zusammenleben.

Die programmatischen Leitlinien sind noch kein sozialistisches Projekt für Kolumbien. Aber sie schlagen eine Reihe sozialer Reformen vor, die die Grundlagen des gegenwärtig herrschenden Systems von Privilegien berühren: die Agrarreform, die Reform des urbanen Raumes, die Entprivatisierung der öffentlichen Dienstleistungen, des Gesundheits- und des Bildungswesens. Dazu gehört auch die volle Ausübung der Rechte der Werktätigen, der Frauen, der Jugendlichen, der indigenen und der schwarzen Bevölkerung und der Menschen mit anderen sexuellen Orientierungen. Die ökonomische und soziale Funktion des Staates wird zurückgefordert, um das neoliberale Herangehen zu überwinden, das in der wirtschaftlichen, politischen und Medienmacht begründet ist.

Als Hauptmerkmal bringt das »Ideario« den Willen zu einer demokratischen Öffnung zum Ausdruck, entgegen der Linie des Regimes, das die fortschrittlichen Errungenschaften der Verfassung von 1991 demontiert hat. Ausdruck dieser demokratischen Öffnung ist die Positionierung für eine politische Lösung des inneren bewaffneten Konflikts, der sozialen und politischen Charakter hat, durch Verhandlungen, die Auflösung der paramilitärischen Apparate und die Entschädigung aller Menschen, die durch die offizielle Politik der Aufstandsbekämpfung und den Staatsterrorismus geschädigt wurden, indem die Verantwortung des Staates dafür anerkannt wird, sowie die Wiederherstellung der Wahrheit, des historischen Gedächtnisses und der Gerechtigkeit.

Als eine Plattform für die Verständigung sind die programmatischen Leitlinien Teil der Prozesse, die noch in der Entwicklung sind. Ihre weitere Entwicklung wird abhängen von den gemeinsamen Er-

Ein linkes Projekt für eine demokratische Regierung in Kolumbien.

fahrungen, der Auseinandersetzung auf der Ebene der Ideen und der wachsenden Einbeziehung des sozialen und politischen Massenkampfes mit der Perspektive einer neuen Volksmacht als Instrument von Umgestaltungen.

Die Einheit in den Aufgaben der Gegenwart

Bisher ist hauptsächlich ein Wahlabkommen zustande gekommen, aber dabei soll es nicht bleiben. Es ist der Beginn einer Erfahrung, die das Tor für die Fortsetzung eines Prozesses öffnet, der neue Definitionen und Präzisierungen verlangen wird.

Es ist ein organisatorischer Mechanismus für eine pluralistische politische Koalition unter den restriktiven Bedingungen des kolumbianischen Wahlsystems gebildet worden. Wie man weiß, hat die Reform von 2003 die Sperrklausel und den Schlüssel für die Verteilung der Sitze eingeführt. Es handelt sich um ein System, das die proportionale Vertretung unterdrückt und eine doppelte Schranke errichtet: Man muss eine Schwelle im Stimmenanteil überwinden (den sogenannten umbral), die gegenwärtig auf zwei Prozent festgelegt ist; und man ist einem bestimmten Mechanismus der Aufteilung der Sitze unterworfen, die nur zwischen den Parteien stattfindet, die den umbral überwinden, und dabei gelten nur ganze Prozentzahlen, ohne Restanteile zu berücksichtigen. Dieses System hat zwei eindeutig antidemokratische Aspekte: Es negiert die Bürgerstimmen, die die Schwelle nicht erreichen, und es »zwingt« zu einer Gruppierung von Kräften, die darauf abzielt, die ideologischen und politischen Identitäten zu verwischen, während gleichzeitig die Möglichkeit der Bildung von Parteienkoalitionen nicht zugelassen ist. Unter dem Vorwand, die früheren Deformierungen zu bekämpfen, die unter der Bezeichnung »Operation Wespe« bekannt sind und mit denen das Zweiparteiensystem das proportionale System verunstaltete – das an sich viel demokratischer war als das gegenwärtige –, wurde ein Paket von Regelungen mit neoinstitutionalistischer Inspiration eingeführt, das darauf abzielt, die politische Vielfalt in der Gesellschaft unter verschiedenen Verhüllungen als Mitte, Mitte-Rechts und Mitte-Links zu uniformieren. Solche Modelle für eine »Demokratie des Marktes«, das heißt eine eingeschränkte und höchst begrenzte Demokratie, propagieren die Organismen der transnationalen Finanzmacht, die Weltbank, der IWF, die Interamerikanische Entwicklungsbank (BID), als ideologische Apparate des Imperialismus. Das sind die großen Errungenschaften des »kommunitären Staates« von Uribe auf dem Gebiet der Demokratie.

Der Einheitsprozess und die Erfahrungen Lateinamerikas

Man kann die Fortschritte bei der Einheit nicht trennen von den anhaltenden Veränderungen, die in Lateinamerika zu beobachten sind, die Erringung von Regierungen der Linkskräfte auf dem Wege von Wahlen.

Fast überall ist der Sieg der Linken nicht Ergebnis der Sammlung von Wahlstimmen durch eine einzige Partei oder Bewegung, sondern Resultat echter Prozesse der politischen Aktionseinheit verschiedener politischer Strömungen um einen größeren Zusammenschluss. Die Prozesse der Verständigung der Linken haben die Rolle

Man versteht darunter die Beteiligung einer Partei an den Wahlen mit mehreren Listen, um mittels der Aufteilung der Reststimmen mehr Mandate als gemäß ihrem Gesamtstimmenanteil zu erzielen. – d. Übers.

Prozesse der Formierung der Linken in Lateinamerika.

von Katalysatoren für Formen der politischen Aktionseinheit gespielt, die zu programmatischen Abkommen führten. Die mehr oder weniger eklektischen programmatischen Versprechungen, die in einigen Fällen auch Raum lassen, um authentische Verpflichtungen für Transformationen zu umgehen, sind Feld der Auseinandersetzung zwischen den Bestandteilen des herrschenden Blocks und den sozialen und politischen Kräften, die für den Wandel kämpfen, innerhalb und außerhalb der Regierung.

In anderen Ländern hat die Kraft des Massenkampfes gegen die skandalösesten Maßnahmen der neoliberalen Politik (die Übergabe der Energiereichtümer an die Transnationalen, die Privatisierung der Wasserversorgung, die Forderung nach verfassunggebenden Versammlungen) ein Programm des Volkes, das sich im Massenkampf materialisiert, hervorgebracht, und das findet heute in den übernommenen Verpflichtungen der Bewegungen, die an die Regierung gelangen, Ausdruck, wie die sehr wichtige Erfahrung in Bolivien zu zeigen scheint.

In Venezuela erweist sich eine außergewöhnliche Führerpersönlichkeit, die aus dem institutionellen Zerbrechen der Streitkräfte hervorgegangen ist, in der Lage, einem lange unterdrückten Fühlen des Volkes Ausdruck zu verleihen. Ein charakteristischer Zug dieser Erfahrung ist die fortgesetzte Qualifizierung der Führung, die politische Befähigung der Persönlichkeit von Chávez, aus der Machtposition heraus ein transformatorisches Projekt für Venezuela aufzubauen, das aus der Perspektive der Vereinigung und Integration Lateinamerikas geplant ist. Das Verdienst von Chávez und der Mannschaft, die sich um ihn herausbildet, besteht darin, die außergewöhnlichen revolutionären Potenzen, die das venezolanische Volk besitzt, trotz der jahrzehntelangen oligarchischen Entfremdung, richtig zu bewerten, und darin, dass er die Bedeutung erkannt hat, die die Berufung auf das Beispiel der Unabhängigkeit, Würde und Entschlossenheit besitzt. Das ist inspiriert von der Option für den Sozialismus als sichere und mögliche Perspektive, die dem abhängigen Kapitalismus der imperialistischen und neokolonialistischen Globalisierung entgegengestellt wird. Der Internationalismus, der begleitet, die Zusammenarbeit, die Solidarität, die Einheit, die eigene Identität, niemals die Kopie, sind die Grundzüge, die die Annäherung an Kuba und ebenso an die Prozesse, die sich in Südamerika vom Imperialismus loslösen, kennzeichnen.

Das Beispiel Venezuela.

Um dem politischen und sozialen Wandel eine feste Grundlage zu geben, reicht es allerdings nicht, dass die Linke an die Regierung gelangt und die Instrumente der Macht gebraucht. Das wichtigste ist, dass Chávez ein Projekt der Umgestaltung mit zutiefst demokratischer Orientierung in Gang gesetzt hat, das in den Kernfragen (nicht in allen Belangen) zu den Bedürfnissen der ärmsten und am meisten vernachlässigten Sektoren der Gesellschaft vordringt. Die Folgerichtigkeit zwischen dem verkündeten emanzipatorischen Projekt und den Schritten, die erfolgt sind, um es, allen Gefahren zum Trotz, zu verwirklichen, weckt bei den Unterdrückten die Überzeugung, dass es möglich ist, die Gesellschaft im Interesse der Volksmehrheit neu zu gestalten, nicht nach den Vorstellungen der überlebten Oligarchien, die sich bereichert haben und mit ihrem politischen Horizont am Ende sind. Indem sich die Umgestaltungsabsichten auf die

strategische Stärke der venezolanischen Energiewirtschaft stützen können, zeigt der Prozess außerdem, dass es nicht genügt, dass ein Land reich ist; das tatsächliche Problem liegt in der Beziehung zwischen den direkten Produzenten dieses Reichtums und seiner effektiven Aneignung durch sie und durch die Volksschichten, nicht mehr durch das Monopol einiger weniger Privilegierten.

Die lateinamerikanische Linke beweist auch, dass die Kraft der Einheit in ihrer Fähigkeit wurzelt, die sozialen Erneuerungskräfte der Gesellschaft in Bewegung zu bringen und zu leiten. Projekte genügen nicht. Was zählt ist das, was verwirklicht wird. Und dies im Maße der Distanz und der Konfrontation mit dem Imperialismus. Das ist an sich in den meisten Fällen kein Ziel der Umgestaltungsprozesse. Es ist Ergebnis der Umsetzung einer Politik, die mit den Rezepten des IWF und der Weltbank bricht, im Innern, das heißt auf nationaler Ebene, und zugleich Ergebnis der Zusammenarbeit von Staaten mit übereinstimmenden Gesichtspunkten, die der Strategie der »Integration«, wie sie der Imperialismus versteht, zum Beispiel der ALCA, oder den Strategien der »Aufstandbekämpfung« wie dem Plan Colombia entgegengesetzt sind. Die Themen der Einheit, der lateinamerikanischen und südamerikanischen Zusammenarbeit haben neue Impulse erhalten, jetzt auf der politischen Ebene. Über den Mercosur hinaus zeigt die Südamerikanische Gemeinschaft von Nationen (CSN) einen gewissen Kontrast auf zwischen den formalen Erklärungen über Kooperation und den gemeinsamen Beschlüssen, die die Kapazität der südamerikanischen oder lateinamerikanischen Partner in ihren Beziehungen zu den Vereinigten Staaten einerseits, der Europäischen Union und Japan andererseits potenzieren.

Der Weg der Einheit, an dessen Anfang wir stehen, hat von der lateinamerikanischen Volksbewegung viel zu lernen. Die Dimensionen, die der Kampf der Völker erreicht, überschreiten die beschränkten Vorstellungen der Verfechter des »Möglichen« und der Neoreformisten, die als Schranken der Eindämmung gegen tief eingreifende soziale und politische Veränderungen geltend gemacht werden. Heute ist es möglich, schwache Kräfte zu vereinen und Stärken aufzubauen, indem die Anstrengungen vereinigt werden und man sich gegen den Versuch der Isolierung oder die traurige Existenz als Instrumente des Imperialismus zur Wehr setzt. Die kolumbianischen Erfahrungen der Volkseinheit sollen ein eigenes Profil herausbilden, so weit wie möglich entfernt vom Einfluss des Zweiparteiensystems. Aber auch weit entfernt von der Erfahrung der Rechten in der internationalen Sozialdemokratie, die hier die Rolle des Sprungbretts des transnationalen Kapitals der Europäischen Union ausübt. Beide wollen spalten. Sie bedienen sich aller möglichen Vorurteile, des McCarthismus, der Brandmarkung, der Polarisierung. Es gilt Türen und Fenster der freien Debatte zu öffnen, der tiefen Erfassung dessen, was auf dem Kontinent vor sich geht, und der Potentiale, die der Volkskampf in allen seinen Formen zum Projekt der Einheit beiträgt.

Die Einheit mit Blick auf den demokratischen Frieden

Welche Bedeutung hat der gegenwärtige Prozess der Einheit für einen Wandel, der Frieden und friedliches Zusammenleben in Kolumbien in sich birgt?

Der Plan Colombia ist das Programm der kolumbianischen Regierung für den Kampf gegen die Guerilla im Lande, er ist Teil eines in den USA entwickelten, strategischen Sicherheitskonzepts für den amerikanischen Kontinent. 2005 bewilligten die USA 3,7 Milliarden Dollar Militärhilfe für den Plan Colombia. Bereits 2004 hat der US-Kongress eine Verdoppelung des US-Militärpersonals in Kolumbien beschlossen. Der Großteil der personellen militärischen Unterstützung erfolgt jedoch durch Privatarmeen. (Red.)

Vor allem ist anzuerkennen: Es existiert nicht nur ein historischer bewaffneter Konflikt sozialen und politischen Charakters, sondern die aufständischen Kräfte kämpfen auch für einen demokratischen politischen Wandel, der den Weg zum Frieden mit sozialer Gerechtigkeit und Souveränität frei macht. Einerseits kann nur ein politischer Wandel oder, wie wir gesagt haben, nur eine demokratische Regierung wirklich die Türen zu einer politischen Lösung durch Verhandlungen öffnen. Andererseits kann nur ein demokratischer Frieden – das heißt, ein Frieden, der soziale Gerechtigkeit, Gleichheit, die volle Ausübung der politischen Freiheit schafft, die entscheidende Einwirkung des Volkes auf die grundlegenden Angelegenheiten des öffentlichen Lebens ermöglicht, eine neue Wirtschaft hervorbringt, die vom gesellschaftlichen Interesse geleitet ist, nicht durch das transnationale Kapital, den Latifundismus und den Narkokapitalismus – die Aussicht auf ein stabiles Zusammenleben bieten, das durch demokratische Normen geregelt und von der Bedrohung durch den Staatsterrorismus und die bewaffnete Antwort darauf befreit ist.

Kann man mit den Zielen des demokratischen Wandels und des demokratischen Friedens übereinstimmen? Ja, das kann man. Und es ist außerdem eine Aufgabe, die für alle Revolutionäre und alle demokratischen Kräfte von Interesse ist. Das bedeutet nicht, dass man die Differenzen, die Kritik an den Kampfmethoden oder die unterschiedlichen Herangehensweisen an das Verhältnis zwischen dem demokratischen Frieden (als unmittelbares Ziel), der Revolution und dem Sozialismus außer acht lassen soll. Das Ideario de Unidad legt Elemente auf den Tisch, die in die folgende Richtung gehen: Der Einheitsprozess kann die Bedingungen für einen großen Schritt hin zum Frieden schaffen. Er bekräftigt außerdem den Gedanken, dass es notwendig ist, die Ursachen zu überwinden, die den bewaffneten Konflikt als Teil der politischen Realität des Landes hervorgebracht haben und weiter nähren.

Man muss die Angst und die Vorurteile besiegen, die durch das System erzeugt werden, um die Gesellschaft zwischen Aufständischen und Aufstandsbekämpfung zu spalten. Die wahre Differenzierung ist die zwischen den Eigentümern des Kapitals, den Privilegien, der Korruption, der Antidemokratie, dem Paramilitarismus und der Gewaltausübung von Seiten der Macht, den Kräften, die ihre Form der Herrschaft aufrechterhalten und verewigen wollen, und der überwältigenden Mehrheit der Kolumbianer und Kolumbianerinnen, die ein neues Land erstreben. Das Projekt von Alvaro Uribe, eine Gesellschaft zu formieren, die blind in den Kampf gegen die Aufständischen eingereiht ist, die ihre eigenen Ängste vergisst und hoffnungsvoll dem überlebten und paternalistischen Diskurs eines falschen Propheten lauscht, unterschätzt die tiefen Veränderungen, die im Volksbewusstsein vor sich gehen. Eine neue Subjektivität entsteht, und unsere Pflicht ist es, sie im Kampf der Ideen durch die politische Niederlage des neoliberalen Projekts der militärischen Konfrontation mit den aufständischen Kräften zu fördern.

Es handelt sich um den Kampf der kolumbianischen Guerilla, insbesondere die FARC (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia) und die ELN (Ejército de Liberación Nacional), gegen die Ultrarechten und die bestehenden Verhältnisse in Kolumbien. Sie finanzieren ihren Kampf zum größten Teil aus Schutzgeldern und aus dem Drogengeschäft. Drogen bilden auch eine wirtschaftliche Basis für die ultrarechten Paramilitärs, auf deren Konto die grausamen Massaker an der Zivilbevölkerung und politische Attentate gehen. Sie werden inoffiziell aber effizient von Militär- und Regierungskreisen unterstützt und übernehmen vielfach die mörderische Drecksarbeit, zu der sich das offizielle Militär zu schade ist. (Red.)

MARCUS HAWEL

Freiheitssinn und Widerstandsrecht

Zur Aktualität von Artikel zwanzig, Absatz vier,
Grundgesetz

G8-Gegner wurden im Vorfeld des Gipfeltreffens in Heiligendamm in die Nähe des Terrorismus gerückt, ohne daß von öffentlich agierenden Gruppen gewaltsame Aktionen propagiert wurden. Am Terrorismus-Begriff läßt sich dagegen erkennen, in welcher Schiefelage sich die Diskussion um legitimen Widerstand befindet.

Die Bundesregierung legte vor einigen Monaten auf Anfrage im Bundestag eine Definition von Terrorismus vor: Terror sei die rechtswidrige Anwendung von Gewalt. Nimmt man diese Definition zur Grundlage, um die Beteiligung der Bundeswehr an den militärischen Interventionen im Kosovo, Afghanistan und Irak zu bewerten, dann muß man zwangsläufig wie der Linksfraktionsvorsitzende Oskar Lafontaine zu dem Resultat kommen, daß die Bundeswehr in Terrorismus verstrickt ist. Man kann darüber streiten, ob die Beteiligung der Bundeswehr *out of area* noch grundgesetzwidrig ist, nach dem das Bundesverfassungsgericht 1994 die Rechtmäßigkeit von *out-of-area*-Einsätzen bestätigt hat. Rechtmäßig aber wären solche Einsätze der Bundeswehr *out of area* nur dann, wenn sie nicht zugleich völkerrechtswidrig¹ und damit grundgesetzwidrig² sind.³ Ein solcher Einsatz wäre also von einem UNO-Mandat abhängig. Nun gibt es aber kein UNO-Mandat, weder für das Kosovo, noch für Afghanistan oder den Irak. Folglich sind die Kriege der USA, NATO mit und ohne Bundeswehrebeteiligung völkerrechtswidrig, d. h. rechtswidrige Anwendung von Gewalt – ergo terroristisch.

Das Bundesverwaltungsgericht hat (aufgrund der Klage eines Soldaten, der wegen Gehorsamsverweigerung angeklagt worden war) bestätigt, daß Deutschland durch seine indirekte Unterstützung – u. a. wegen der Gewährung der Nutzung und Bereitstellung von US-Militärbasen auf deutschem Boden, Überflugrechte, sowie der Bewachung dieser Basen durch Bundeswehrsoldaten – an völkerrechtswidrigen Aktionen beteiligt ist.⁴ Das wußte man zwar schon vorher,⁵ aber nun ist der Fall eingetreten, daß ein oberstes Gericht zumindest symbolisch der Wahrheit zur Geltung verhilft.

Die verantwortlichen herrschenden Eliten in der Bundesrepublik ignorieren das. Kein Wunder: Sie wollen ihre außenpolitischen Interessen weiter verfolgen, ohne daß diese in Frage gestellt oder strafrechtlich belangt werden. In der Öffentlichkeit wird sich deshalb lauthals entrüstet, Lafontaine habe der Bundeswehr, die doch vorbildlich beim Wiederaufbau Afghanistans behilflich sei, Terrorismus vorgeworfen. Man findet das einigermaßen absurd – aber man unterschlägt die Vermittlungsschritte und verdrängt, daß Lafontaine in

Marcus Hawel – Jg. 1973, Dr. phil., Studium der Soziologie, Sozialpsychologie und Literaturwissenschaft in Hannover. Promotion über »Die normalisierte Nation – Zum Verhältnis von Vergangenheitsbewältigung und Außenpolitik«. Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hannover. Seit 2005 im Vorstand des Rosa-Luxemburg-Bildungswerkes Niedersachsen e.V. Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg. zusammen mit Gregor Kritisidis): *Aufschrei der Utopie. Möglichkeiten einer anderen Welt*, Offizin Verlag Hannover 2006. Zuletzt in *UTOPIE kreativ: Befindlichkeit im Blick. Versuch, uns und anderen Israel »von außen« zu erklären*, Heft 199 (Mai 2007).

seiner Begründung die Terrorismus-Definition der Bundesregierung zur Grundlage genommen hat. Die Verdrängung hat nicht immer etwas mit Dummheit zu tun, sondern – das ist zu befürchten – im wesentlichen damit, daß man sich vollkommen gleichgültig zu der Frage verhält, ob man sich auf dem Boden von Grundgesetz und Völkerrecht befindet – oder eben nicht.

Was für die Außenpolitik gilt, trifft auch für die Innenpolitik zu. Die Generalbundesanwältin Monika Harms erklärt in einem Interview im *Spiegel* vom 26. Mai 2007, was sie (und damit die Staatsanwaltschaft des Bundes) unter Terrorismus versteht. Sie sagt: »Ein Terrorist ist jemand, der die Grundfesten des Staates berührt, indem er mit Gewalt unsere demokratische Grundordnung angreifen will.«

Nach dieser Definition ließe sich der Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble als Terrorist einstufen und müßte von der Bundesanwaltschaft in seinem Tatendrang behindert, ja sogar strafrechtlich belangt werden. Denn er berührt die Grundfesten des Staates (z. B. durch faktische Einschränkungen des Demonstrationsrechts, Aufhebung der Institutionentrennung zwischen Polizei, Geheimdiensten, Armee und Feuerwehr oder durch präventive Verhaftungen etc.), indem er mit Hilfe der Staatsgewalt unsere freiheitliche und rechtsstaatliche Grundordnung angreift und mit jedem seiner Schritte beseitigt. Schäuble offenbart eine Gesinnung, die den Boden der freiheitlichen und rechtsstaatlichen Ordnung längst verlassen hat. Das zeigt an, daß die Legitimation der herrschenden Eliten schwindet; gegen demokratische und rechtsstaatliche Ansprüche wird verfassungswidrige Gewalt in Anschlag gebracht.

Die Gerichte sehen das anders. Das Problem ist auch zu radikal. Wie heikel diese Frage ist, liegt angesichts der politischen Konsequenzen auf der Hand. Aber die Strategie des Vogel-Strauß hilft nicht weiter. Darum frage ich nach der Aktualität von Artikel 20 des Grundgesetzes. Konkreter: Als was ist jemand zu bezeichnen, der die Grundfesten des Rechtsstaates zu erhalten versucht, indem er Widerstand leistet und z. B. mit Straßenblockaden und zivilem Ungehorsam die freiheitlich-demokratische Grundordnung gegen die Bundesregierung und die herrschenden Eliten verteidigt? Ein Terrorist kann er nicht sein.

In Artikel 20 des Grundgesetzes ist die Fundamentalnorm festgehalten, daß die Bundesrepublik Deutschland ein demokratischer und sozialer Bundesstaat zu sein hat. Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Die Gesetzgebung ist wiederum an die Verfassung gebunden, wie auch alle Gewalten des Staates an Gesetz und Recht gebunden sind. Der vierte Absatz des 20er Artikels ist außerordentlich bemerkenswert: »Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.« Widerstand gegen den Versuch, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beseitigen – und zwar präventiv, noch bevor die Ordnung abhanden kommt –, ist durch das Grundgesetz rechtlich abgesichert, sofern alle anderen Möglichkeiten ausgeschöpft wurden (*ultima ratio*). Dieses Widerstandsrecht wurde im Zusammenhang mit der Notstandsgesetzgebung 1968 in das Grundgesetz aufgenommen und bezieht sich auf die Erfahrung, daß sich im Faschismus Unrecht in ein rechtliches Gewand klei-

1 Vgl. UN-Charta, Artikel 2, Nr. 3: »Alle Mitglieder legen ihre internationalen Streitigkeiten durch friedliche Mittel so bei, daß der Weltfriede, die internationale Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden.«; Artikel 2, Nr. 4: »Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.« – Charta der Vereinten Nationen, Kapitel I. – Das in Artikel 51 der UN-Charta festgehaltene »Recht zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung im Falle eines bewaffneten Angriffs gegen ein Mitglied der Vereinten Nationen«, auf das sich die USA nach dem 11. September 2001 im Kampf gegen den Terrorismus berufen, trifft nicht zu, da weder von Afghanistan noch vom Irak ein bewaffneter Angriff ausging und zum anderen der UN-Sicherheitsrat keine militärischen Maßnahmen zur Beendigung eines Konfliktes beschlossen hatte.

2 Vgl. GG, Art. 25: »Die allgemeinen Regeln des Völkerrechts sind Bestandteil des Bundesrechtes. Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes.«

3 Vgl. auch Marcus Hawel: Die normalisierte Nation. Vergangenheitsbewältigung und Außenpolitik in Deutschland. Mit einem Vorwort von Moshe Zuckerman, Hannover: Offizin 2007.

4 Vgl. BVerwG 2 WD 12.04, siehe auch Internet: www.ngo-online.de.

5 »Nach der Aggressionsdefinition der Vereinten Nationen (Beschluß der UN-Generalversammlung vom 14. 12. 1974) handelt derjenige Staat völkerrechtswidrig, der auf seinem Hoheitsgebiet kriegsrelevante Aktionen für einen Angriff auf einen anderen Staat duldet. Artikel 25 des Grundgesetzes verbietet somit auch jede indirekte Beteiligung, etwa logistische oder finanzielle Unterstützung eines Aggressors gegen einen Drittstaat.« – isw-spezial, Nr. 18, S. 12.

6 Vgl. auch Claudia Fröhlich: *Wider die Tabuisierung des Ungehorsams*. Fritz Bauers Widerstandsbegriff und die Aufarbeitung von NS-Verbrechen, Wissenschaftliche Reihe des Fritz Bauer Instituts, Bd. 13, Frankfurt am Main: Campus 2006.

7 Joachim Perels: *Entsorgung der NS-Herrschaft? Konfliktlinien im Umgang mit dem Hitler-Regime*, Offizin Verlag Hannover 2004, S. 313 f.

8 Fritz Bauer: *Die Humanität der Rechtsordnung*. Ausgewählte Schriften, hrsg. v. Joachim Perels und Irmtrud Wojak, Frankfurt am Main 1998, S. 177.

9 Vgl. Bauer, a. a. O., S. 41.

det hatte. Wenn Unrecht sich im niedergeschriebenen Recht niederschlägt und zur Anwendung kommt, ist der Bürger alles andere als gezwungen, Gehorsam zu leisten.

Freiheitssinn gegen Ordnungssinn

Der hannoversche Politikwissenschaftler Joachim Perels, dessen Gedankengänge ich im folgenden zunächst sehr nah an seinem Text paraphrasieren, erinnert in seinem Buch »Entsorgung der NS-Herrschaft?« daran, daß der 1968 verstorbene hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer systematisch ein Widerstandsrecht für die Demokratie positiv in Anschlag gebracht hat.⁶ Perels schreibt: »Wie kein anderer hat Bauer in der Bundesrepublik die Bedeutung (des Widerstandsrechts; MH) für die Demokratie ins Zentrum gerückt. Die Wahrnehmung des Widerstandsrechts gegenüber – wie es in der hessischen Verfassung heißt – rechtswidrig ausgeübter öffentlicher Gewalt ist die Alternative zur Praxis der staatlichen Zerstörung rechtlicher Schutzpositionen.«⁷

Bauers Ausführungen zum Widerstandsrecht standen im Kontext des Remer-Prozesses aus dem Jahre 1952. Otto Ernst Remer war stellvertretender Vorsitzender der rechtsextremistischen Deutschen Reichspartei. Er hatte die Widerstandskämpfer des 20. Juli, an dem ein Attentat auf Adolf Hitler mißlang, als Hoch- und Landesverräter verunglimpft. In einem Scheinverfahren waren kurz vor Befreiung der Konzentrationslager Sachsenhausen und Flossenbürg, in die die Widerständler inhaftiert worden waren, u. a. Wilhelm Canaris, Hans Oster, Hans von Dohnanyi und Dietrich Bonhoeffer, von einem SS-Standgericht zum Tode verurteilt worden. Das Landgericht München bestätigte nach 1945 dem damaligen terroristischen Scheinverfahren seine Rechtmäßigkeit und verweigerte damit die Anerkennung der Legitimität des Widerstands, insbesondere des versuchten Mordes von Hitler.

Den Prozeß von 1952, in dem Remer wegen übler Nachrede in Tateinheit mit Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener zu einer dreimonatigen Haftstrafe verurteilt wurde, nahm Bauer zum Anlaß, öffentlich das Recht *jedermanns* auf den »Tyrannenmord« stichhaltig nachzuweisen. Bauer schreibt: »Ein Unrechtsstaat wie das Dritte Reich ist überhaupt nicht hochverratsfähig. Ein Unrechtsstaat, der täglich Zehntausende Morde begeht, berechtigt jedermann zur Notwehr (...). Jedermann war berechtigt, den bedrohten Juden, oder den bedrohten Intelligenzschichten des Auslands Nothilfe zu gewähren.«⁸ Bauer ging sogar noch weiter, indem er nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht zum Widerstand gegen einen Unrechtsstaat postulierte.

Fritz Bauer unterscheidet zwei Typen von Juristen: »Jurist aus Ordnungssinn« und »aus Freiheitssinn«.⁹ Diese Unterscheidung geht auf eine Anregung zurück, die Bauer von seinem akademischen Lehrer und Mentor Gustav Radbruch erfahren hat. In dessen »Einführung in die Rechtswissenschaft« heißt es: »Der Neigung zur Reglementierung (...) ein Gegengewicht zu bieten, ist die historische Aufgabe des Juristen aus Freiheitssinn, vom Amtsrichter, der Übergriffe der polizeilichen Verordnungsgewalt als solche kennzeichnet, bis zum Verteidiger, der die Kunst gegen unzüchtige Betrachter

schützt. Diese Juristen sind Vorposten des Rechtsstaats gegen unseren angeborenen Hang zum Polizeistaat. Rechtsstaat ist aber für uns nicht nur ein politischer, sondern kultureller Begriff. Er bedeutet, die Wahrung der Freiheit gegen die Ordnung, des Lebens gegen den Verstand, des Zufalls gegen die Regel, der Fülle gegen das Schema.«¹⁰

Ein »Jurist aus Freiheitssinn«, so faßt es Fritz Bauer mit eigenen Worten zusammen, versteht sich als ein Anwalt des Menschenrechts, des »Rechts der Menschen und ihrer sozialen Existenz gegen private und staatliche Willkür«¹¹.

Widerstandsrecht bei Martin Luther

Das Widerstandsrecht geht auf Martin Luther zurück und richtet sich gegen eine Staatsgewalt, die »Gottes Geboten« zuwiderhandelt. Perels schreibt: »Es ist Luther selber, der in zwei Schriften (An meine lieben Deutschen und in der Circulardisputation) sogar ein gewaltsames Widerstandsrecht gegen das System eines gesetzlosen Menschen, des Anomos im Sinne des zweiten Thessalonikerbriefes, der keine rechtlich gebundene Obrigkeit, sondern ein Un-Staat der vollendeten Willkür und Gewalt ist, ausdrücklich begründet. Wenn anders die Wiederherstellung des Rechts nicht möglich ist, betrachtet Luther die »Gegenwehr wider die Bluthunde als nicht aufrührerisch.«¹² Denn sie zerstört nicht das Recht. Die Gegenwehr wird entsprechend der späteren klassischen demokratischen Funktion des Widerstandsrechts dazu eingesetzt, die Rechtsordnung wiederherzustellen – wie dies auch in der geplanten, von Goerdeler konzipierten Regierungserklärung der Männer des 20. Juli zum Ausdruck kam.«¹³

Martin Luther stellt die Gebote Gottes über den Staat und begründet damit ein Recht auf Gehorsamsverweigerung, wenn der Staat nicht gottgefällig handelt. Luther schreibt: »Wie, wenn ein Fürst unrecht hätte, ist ihm sein Volk dann auch schuldig zu folgen? Antwort: Nein. Denn gegen das Recht gebührt niemand zu tun; sondern man muß Gott (der Recht haben will) mehr gehorchen als den Menschen.«¹⁴ Auch vor einer Antwort auf die Frage, »ob es erlaubt sei, einen Tyrannen zu töten, der gegen Recht und Ordnung willkürlich lauter Böses tut«, schreckt Luther nicht zurück. Er schreibt: »[W]enn der Tyrann einem sein Weib, dem anderen die Tochter, dem Dritten sein Feld und Gut und noch einem anderen sein Haus und sein Besitz wegnähme und die Bürger könnten seine Gewalt und das Schreckensregiment nicht länger ertragen und sie verschwören sich untereinander, dann dürften sie ihn umbringen.«¹⁵

Auf eine wichtige Einschränkung zu Martin Luther muß hingewiesen werden. Als sich die Bauern nicht zuletzt aufgrund Luthers Wirken gegen die Obrigkeit auflehnten und es zu Bauernaufständen kam, wandte sich Luther gegen die Bauern und forderte, daß sie die Waffen niederlegen. Die Obrigkeit sei gottgewollt, sagte er, ein Aufstand gegen die Obrigkeit sei deshalb ein Aufstand gegen Gott. Trotz ausformuliertem Widerstandsrecht hielt Luther im Gegensatz zu Thomas Müntzer an der Erbsündenlehre und der Augustinischen Lehre von der Aufteilung der Welt in zwei Reiche (*civitas dei und civitas terrena*)¹⁶ fest. Nach diesen Lehren ist das Gute und das Böse im Menschen derart ineinander verschränkt, daß der Mensch nicht imstande ist, gut und böse voneinander zu scheiden. Folglich sei es

10 Gustav Radbruch: Einführung in die Rechtswissenschaft, Leipzig 1929, S. 212 f. – Zitiert nach Perels, a. a. O., S. 312.

11 Bauer, a. a. O., S. 37.

12 Martin Luther: Warnung an seine lieben Deutschen (1531), in: Luthers Werke, Bd. 4, hrsg. v. Otto Clemen, Berlin 1950, S. 201.

13 Perels, a. a. O., S. 280; vgl. Carl Friedrich Goerdeler: Entwurf einer Regierungserklärung (3. Fassung), in: 20. Juli 1944, hrsg. v. Hans Royce, Erich Zimmermann und Hans-Adolf Jacobsen, Bonn 1952, S. 167 ff.

14 Martin Luther: Von weltlicher Obrigkeit, in: Werke, Bd. 7, hrsg. v. Kurt Aland, Göttingen 1991, S. 48.

15 Martin Luther: Tischgespräche, in: Werke, Bd. 9, hrsg. v. Kurt Aland, Göttingen 1991, S. 192.

16 Vgl. Aurelius Augustinus: Vom Gottesstaat, München 1978.

17 Vgl. Rainer Rotermundt: Jedes Ende ist ein Anfang. Auffassungen vom Ende der Geschichte, Darmstadt 1994, S. 27 f.

18 Vgl. Helmuth Plessner: Die verspätete Nation. Über die politische Verführbarkeit bürgerlichen Geistes, Frankfurt am Main 1974, S. 53-73.

auch nicht die Angelegenheit des Menschen, das Reich Gottes auf Erden zu errichten. Dies bleibe einzig und allein göttlichem Eingreifen vorbehalten.¹⁷

Thomas Müntzer – von der zu dieser Zeit üblichen Endzeitstimmung und der Erwartung des Jüngsten Gerichts angetrieben – sprach dem Menschen genau diese göttliche Macht zu, sich selbst zu erlösen, indem er das Reich Gottes auf Erden errichtet. Er kämpfte auf seiten der Bauern gegen die Obrigkeit und wurde 1525 gefangen genommen, gefoltert und enthauptet. Für Ernst Bloch ist Müntzer die bessere revolutionäre Tradition als Luther, weshalb er ihn zu einer zentralen Leitfigur seiner Philosophie gemacht hat. Für Helmuth Plessner ist Luther wiederum dafür verantwortlich, daß auf deutschem Boden – im Gegensatz zur calvinistischen Tradition in England und den Niederlanden sowie zur römisch-katholischen Tradition in Frankreich – die Kultur der Aufklärung sich nicht wirkmächtig verankern konnte.¹⁸ Man kann daraus ableiten, daß wenn sich Thomas Müntzer statt Martin Luther als geistige Tradition durchgesetzt hätte, es in Deutschland vermutlich nicht zu einer verspäteten Nationalstaatsbildung und damit zum Weg in die Katastrophe gekommen wäre.

In England und den Niederlanden sowie in Frankreich bewirkte die Aufklärung in ihren Anfängen, d. h. in der Gestalt der Naturrechtsphilosophie von Thomas Hobbes und Jean-Jacques Rousseau einen moralischen Zerfall der Erbsündenlehre, d. h. ein Ende der theologischen Dialektik: Hobbes geht vom Bösen und Rousseau geht vom Guten im Menschen aus. Für diesen müssen die Verhältnisse ins natürliche Recht gesetzt werden, damit der Mensch seiner Natur gemäß gut sein kann; für jenen muß der Staat den Menschen daran hindern, seiner Natur gemäß böse zu sein. In beiden Fällen tritt der Mensch als Demiurg des Wirklichen in Erscheinung und läßt sich nicht mehr davon abhalten, daß solches Handeln allein dem Göttlichen vorbehalten sei. Die Abkehr von der Augustinischen Lehre war gleichsam Ausdruck oder Voraussetzung für die Entwicklung bürgerlichen Selbstbewußtseins.

Explizit bei Hobbes gibt es ein Recht auf Widerstand, daß gegen den Staat gerichtet ist und zur Anwendung kommt, wenn dieser nicht mehr imstande oder gewillt ist, die Interessen der Allgemeinheit zu wahren und für Sicherheit zu sorgen. In einem solchen Fall werden Gesellschafts- und Herrschaftsvertrag hinfällig. Wenn die eine Seite ihre vertragliche Verpflichtung nicht mehr einhalten kann (Schutz), muß die andere ihre Verpflichtung auch nicht mehr einhalten (Gehorsam). Der Naturzustand des *bellum omnium contra omnes* in Gestalt des Bürgerkriegs kehrt zurück.

In Anlehnung an die Naturrechtsphilosophie formuliert Herbert Marcuse in den sechziger Jahren ein »Naturrecht auf Widerstand« für unterdrückte Minderheiten: »(...) ich glaube, daß es für unterdrückte und überwältigte Minderheiten ein Naturrecht auf Widerstand gibt, außergesetzliche Mittel anzuwenden, sobald die gesetzlichen sich als unzulänglich herausgestellt haben. Gesetz und Ordnung sind überall und immer Gesetz und Ordnung derjenigen, welche die etablierte Hierarchie schützen; es ist unsinnig, an die absolute Autorität dieses Gesetzes und dieser Ordnung denen gegenüber zu appellie-

ren, die unter ihr leiden und gegen sie kämpfen – nicht für persönlichen Vorteil und aus persönlicher Rache, sondern weil sie Menschen sein wollen. Es gibt keinen anderen Richter über ihnen außer den eingesetzten Behörden, der Polizei und ihrem eigenen Gewissen. Wenn sie Gewalt anwenden, beginnen sie keine neue Kette von Gewalttaten, sondern zerbrechen die etablierte. Da man sie schlagen wird, kennen sie das Risiko, und wenn sie gewillt sind, es auf sich zu nehmen, hat kein Dritter, und am allerwenigsten der Erzieher und Intellektuelle, das Recht, ihnen Enthaltbarkeit zu predigen.«¹⁹

Zur Bedeutung des Widerstandsrechts heute

Was sagt uns das Widerstandsrecht und das Recht auf den Tyrannenmord heute? Seine Bedeutung erscheint auf drei Gebieten höchst relevant: 1.) In bezug auf die Mißachtung des Völkerrechts und des im Grundgesetz niedergeschriebenen Verbots von Angriffskriegen; 2.) in bezug auf die Aushöhlung des Rechtsstaates und der freiheitlichen Grundordnung, die sukzessive in einen autoritären Überwachungsstaat übergeht; und 3.) in bezug auf die Zerstörung des Sozialstaates (z. B. Hartz IV als Einstieg in die Zwangsarbeit).

Eines aber ist wichtig zu beachten, um keinen folgenreichen Fehlschluß zu begehen: Deutschland ist kein Unstaat, auch wenn der Rechts- und Sozialstaat in beängstigenden Ausmaßen ausgehöhlt wird und ein Innenminister als Verächter der Verfassung in Erscheinung tritt. Auch wenn Deutschland sich an völkerrechtswidrigen Kriegen beteiligt. Es gibt keinen Tyrannen, kein Chaos, keine Herrschaft der Gesetzlosigkeit, »welche die Rechte und die Würde des Menschen verschlungen hat«, um die Worte von Franz Neumann zu gebrauchen, mit denen er das NS-Unrechtsregime als Behemoth beschreibt.²⁰

Ist das alles aber wirklich so eindeutig? Auch wenn es keinen Tyrannen gibt, den man ermorden dürfte, so ist die Frage nach dem Widerstandsrecht damit nicht abgegolten. Was, wenn in Deutschland schrittweise, langsam und allmählich die Verfassungspositionen zurückgenommen werden, sich der Staat von seiner freiheitlichen, demokratischen Grundordnung verabschiedet und sich die Republik schleichend in einen autoritären Staat verwandelt? Für jeden dieser Schritte der sukzessiven Zerstörung unserer freiheitlichen und rechtsstaatlichen Grundordnung könnte man konkrete Personen mit Namen und Adresse nennen. Aber jeder dieser einzelnen Schritte wäre für sich genommen noch keine radikale Abkehr von der freiheitlichen Grundordnung. Ab wann aber ist die Grenze überschritten, der qualitative Sprung in den autoritären Staat erreicht? Ab wann kann man, ab wann darf man und ab wann muß man von seinem Widerstandsrecht Gebrauch machen?

Heiligt der Zweck niemals oder stets die Mittel? Das Widerstandsrecht obliegt immer einer Verhältnismäßigkeitsabwägung: So lange, wie das Prinzip der Verhältnismäßigkeit gewahrt bleibt, rechtfertigt der Zweck die Mittel. Dies um so mehr, wie wir in einer demokratisch verfaßten Gesellschaft mit einer rechtsstaatlichen Ordnung leben, die eine Voraussetzung für den politischen Kampf ist. Politische Streiks, ziviler Ungehorsam etwa in Form von Blockaden oder des Übertretens von Demonstrationsverboten, selbst offensi-

19 Vgl. Herbert Marcuse: Repressive Toleranz, in: R. W. Wolff, B. Moore, H. Marcuse: Kritik der reinen Toleranz, Frankfurt a. M. 1965, S. 127.

20 Vgl. Franz L. Neumann: Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933-1944 (1942/44), hrsg. v. Gert Schäfer, Köln 1977, S. 16, 541 ff.

vere Formen des Widerstandes wie Steuerboykott oder Besetzungen von Arbeitsämtern sind oder wären durch das im Grundgesetz abgesicherte Widerstandsrecht legitimiert und verhältnismäßig.

Eigentlich ist das alles nicht so kompliziert. Das Grundgesetz und das Strafgesetzbuch müßten nur zur Anwendung kommen. Dann wäre Widerstand gemäß Artikel 20, Absatz 4, Grundgesetz nicht nötig.

Etwa für die Vorbereitung und Durchführung von Angriffskriegen oder die Beteiligung an völkerrechtswidrigen Kriegen gibt es im Grundgesetz einen eigenen Artikel, der solches verbietet und unter Strafe stellt. In Artikel 26, Absatz 1 heißt es: »Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.« Paragraph 80 des Strafgesetzbuches bestimmt die Art und Höhe der Strafe: »Wer einen Angriffskrieg, an dem die Bundesrepublik Deutschland beteiligt sein soll, vorbereitet und dadurch die Gefahr eines Krieges für die Bundesrepublik Deutschland herbeiführt, wird mit lebenslanger Freiheitsstrafe oder mit Freiheitsstrafe nicht unter zehn Jahren bestraft.« Die Höhe der Freiheitsstrafe ist nicht zufällig mit der Ahndung von Mord auf eine Stufe gestellt.

GERHARD ZEIDLER

Herbert Grohmann. Rassenpolitiker und Arzt

Zur Verstrickung von Nazi-Anthropologie
und öffentlichem Gesundheitswesen im
okkupierten Polen während des Zweiten Weltkrieges

Herbert Grohmann, geboren 1908, studierte Medizin an der Universität Breslau, legte dort 1934 sein Staatsexamen ab und absolvierte seine Praktika an verschiedenen Krankenhäusern. 1937 promovierte er zum Thema »Untersuchungen über die Frage der Kropfvererbung.« Seine Vita¹ ist bezeichnend für viele deutsche Mediziner seiner Generation, von denen Josef Mengele (geb. 1911) der zwar bekannteste, doch bei weitem nicht der einzige war.

Schon lange bevor er das Staatsexamen ablegte und promovierte, schloß sich Grohmann als 23jähriger Medizinstudent 1931 der Nazi-Partei an und wurde SS-Mitglied. Sein SS-Sanitätssturm kommandierte ihn im Februar 1936 als hauptamtlichen Mitarbeiter in das »Amt für Bevölkerungspolitik und Erbgesundheitspflege beim Reichsführer SS«. Ihm wurde dort die Leitung des Ressorts »Erbkartei« übertragen. Zur »Qualifizierung« für das SS-Amt besuchte er während der Erarbeitung seiner Dissertation von November 1936 bis Juli 1937 einen der erbbiologischen Kurse am Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie (KWIA) in Berlin-Dahlem (gegründet im September 1927). Dabei erhielt Grohmann weiter sein Gehalt von 450 RM durch die SS.²

Der Direktor des KWIA war der international bekannte Anthropologe Eugen Fischer (1874-1967).³ Er entwickelte und propagierte die sogenannte Rassenhygiene als Lehrfach. Damit ermöglichte er den Nazis, ihrer Rassenpolitik eine »wissenschaftliche Grundlage« zu geben. 1940 wurde Fischer NSDAP-Mitglied.⁴

Als Direktor des KWIA erkannte Fischer – gewissermaßen mit »Kennerblick« – die »positive Entwicklung« des Dahlemer Kurs-Teilnehmers Herbert Grohmann und bot ihm eine Assistentenstelle am KWIA an, die dieser zum 1. Januar 1938 antrat.⁵ Fischer wußte aus dem von Grohmann 1936 abgegebenen Lebenslauf, daß dieser sich schon als Medizinstudent seit 1930 »eingehend mit Rassenkunde und Rassenhygiene [beschäftigte]. Kollegs über Vererbung, Rassenkunde und Rassenhygiene hörte [...] Von der einschlägigen Fachliteratur ... die Werke von Baur-Fischer-Lenz [...] Darré, Gütt, Rüdin-Ruttke, Günther, Reche, Siemens, Staemler, Schultze-Namburg« gelesen hatte.⁶ In seiner Assistenzzeit war Grohmann dem Institut bei der Forschung zur Vererbung der Taubstummheit sehr von Nutzen, da er von seiner Tätigkeit beim »Amt für Bevölkerungspolitik und Erbgesundheitspflege« her mit der Auswertung von Erbgesundheitsgerichtsakten vertraut war. Durch die Deutsche Forschungs-Gesellschaft erhielt Grohmann ein Stipendium,⁷ und das

Gerhard Zeidler – Jg. 1927, Historiker, bis 1990 Mitarbeiter und Archivar an der Mahn- u. Gedenkstätte KZ »Mittelbau Dora«, Forschungen gemeinsam mit Dr. Gretchen Schafft (Applied Anthropologist in Residence an der American University, Washington, D.C.), die seit 1990 über den Anteil deutscher Anthropologen an der Germanisierungspolitik der Nazis in Polen 1939-1945 arbeitet und publiziert. Veröffentlichungen: KZ-Mahn- und Gedenkstätten in Deutschland, Karl Dietz Verlag Berlin 1996 (zus. mit Gretchen Schafft); Archivierungsdokumentation über Materialien aus dem »Institut für Deutsche Ostarbeit«, Washington: Smithsonian Institution, 1999 (Mitautor).

1 Siehe: Niels C. Lösch: Rasse als Konstrukt: Leben und Werk Eugen Fischers,

Peter Lang Verlag Frankfurt/M. 1997, S. 357 f.

2 Berlin Document Center (BDC), Bundesarchiv, Abt. Zehlendorf, Berlin-Zehlendorf, MP.SSO Grohmann.

3 Eugen Fischer wandte 1908 erstmalig die Mendelschen Vererbungsgesetze auf menschliche Rasseeigenschaften an, siehe: Niels C. Lösch, a. a. O., S. 182.

4 Niels C. Lösch, a. a. O., S. 264, 276, 296 f.

5 Siehe: BDC, a. a. O.

6 National Archives, Washington, D.C.(NAW) Microfilm, SSO/SS-Officer Dossier, Roll No. A 3343, Lebenslauf des Assistenzarztes Grohmann, Glogau.

7 Siehe BDC, a. a. O.

8 Herbert Grohmann: Zur Erbpathologie der Recklinghausenschen Krankheit, in: Erbarzt, Bd. 7, Heft 2, 1939; Ders.: Heterogenie der rezessiven Taubstummheit, in: Erbarzt, Bd. 7, Heft 2, 1939; Ders.: Zwillinge – Erbe und Umwelt, in: Die Woche, Heft 3, 1939.

9 Siehe: Universitäts-Archiv der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, Nachlaß von Verschuer, Brief an Fischer, 25. Januar 1943.

10 Siehe: BDC, a. a. O., Beurteilung für einen Beförderungsvorschlag 1939.

11 Hans Buchheim: Der Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums, in: Hans Buchheim, Martin Broszat, Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.): Anatomie des SS-Staates, München 1994, S. 182-200.

KWIA veröffentlichte drei seiner Arbeiten.⁸ Zur Vollständigkeit sei an dieser Stelle verzeichnet, daß auch Josef Mengele, der KZ-Lagerchefarzt in Auschwitz und Selektierer des Todes auf der Rampe in Birkenau, vor seinem dortigen Amtsantritt am 30. Mai 1943 gute persönliche Kontakte zum KWIA besaß. Prof. Dr. Freiherr von Verschuer (KWIA-Direktor seit 1. Oktober 1942) schrieb am 25. Januar 1943 an Eugen Fischer, daß »mein Assistent Mengele« nebenamtlich »am Institut etwas tätig sein« könne, wenn er ab Februar als Arzt zum SS-Infanterie-Bataillon »Ost« in Berlin versetzt werde (bis Mai 1943).⁹

Grohmann hatte zum Zeitpunkt seiner Tätigkeit am KWIA den Dienstgrad eines SS-Obersturmführers (militärisch: Oberleutnant) und arbeitete ehrenamtlich für das »Rasse- und Siedlungshauptamt-SS« (RuSHA). Dieser Teil seiner Tätigkeit beinhaltete zunächst, für die heiratswilligen SS-Mitglieder erbbiologische Gutachten auszustellen, die wegen Grohmanns Verankerung im KWIA gewissermaßen »wissenschaftlich fundiert« waren.¹⁰

Mit dem Überfall der Nazi-Wehrmacht auf Polen am 1. September 1939 begann auch die Realisierung des Planes zur »ethnischen Säuberung über eine Neuordnung Europas«. Am 7. Oktober 1939 erschien der »Erlaß ... zur Festigung deutschen Volkstums«, in dem Hitler anordnete: »Die Durchführung dieser Aufgabe übertrage ich dem Reichsführer-SS nach folgenden Bestimmungen«. Dann erteilte er dem RFSS Richtlinien, die Himmler mit unbeschränkten Vollmachten zur Verwirklichung der Umsiedlungs- und Germanisierungspolitik in den besetzten Gebieten ausstattete. Und er legte sich selbst die Bezeichnung »Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums« (RKF) zu.¹¹ Die in den jeweiligen Gebieten eingesetzten »Höheren SS- und Polizeiführer« (HSSPF) waren dort Stellvertreter des Gouverneurs bzw. Reichsstatthalters oder Gauleiters und gleichzeitig auch »Beauftragte des RKF« mit unbeschränktem Weisungs- und Befehlsrecht.

Die schnelle militärische Niederwerfung Polens und die folgende Okkupationszeit brachten der polnischen Bevölkerung unermeßliches Leid. An der Praktizierung der nazistischen Rassenpolitik gemäß der Ideologie vom »deutschen Herrenmenschen« hatte auch der SS-Arzt und Rassenpolitiker Dr. med. Herbert Grohmann seinen Anteil: Er erhielt einen Posten beim Städtischen Gesundheitsamt Łódź (sehr bald in Litzmannstadt umbenannt). Hier galt für ihn die Weisung des Reichsstatthalters für den neuen »Reichsgau Wartheland«, wonach jeder Medizinalbeamte »bei allen Planungen stets das Fernziel ›Deutscher Bauerngau Wartheland‹ im Auge haben« müsse.¹² Und das tat Grohmann dann auch.

Was die Rolle des Warthegaus als östliches Grenzland des »Großdeutschen Reiches« betraf, war Grohmann voll und ganz auf der Linie der nazistischen Germanisierungspolitik. In einer Stellungnahme vom 22. Juni 1940 zum Aufsatz des Hamburger Professors Dr. Deneke zur »Sicherung des Ostraumes« schrieb Grohmann: »... *planen wir die Schaffung eines Wehrbauernstandes, der als rassische und charakterliche Auslese gegen eine fremdartige Unterwanderung einen besseren Grenzwall bildet als ein Drahtzaun oder eine Mauer.*« *Dazu sollten »auch im Osten die Riesengüter der polnischen Adligen aufgeteilt werden, damit wir in genügender Menge deutsche Erbhof-*

bauern ansiedeln können, die in der Mehrzahl ihren Boden allein bewirtschaften und ihn nicht fremdvölkischen Wanderarbeitern zur Bewirtschaftung überlassen müssen.«¹³

In diesen Worten spiegelt sich deutlich die von Himmler und der SS propagierte »Blut-und-Boden«-Mystik. Grohmann beurteilte Denekes Aufsatz »inhaltsmäßig als längst überholt und veraltet«, weil ihm als »ein Charakteristikum« anhafte, daß »von dem Begriff der Rasse auch nicht in der geringsten Andeutung die Rede« sei.¹⁴

Łódź war die zweitgrößte Stadt Polens und hatte 1939 ca. 750 000 Einwohner. Davon waren 56 % Polen, 34 % Juden, aber nur 9 % Deutsche.¹⁵ Seine Stellung als bedeutende Industriestadt beruhte vor allem auf der umfangreichen Baumwoll-Textilindustrie (deshalb »Manchester Polens« genannt), die mehr als 10 % der Textilindustrie des Deutschen Reiches ausmachte. Der Nazi-Oberbürgermeister bezeichnete Łódź »trotz seiner osteuropäischen Fassade (als) eine deutsche Stadt ... auf einem breiten Sockel alteingesessenen Deutschtums«, weshalb es zu Hitlers Geburtstag im April 1940 den deutschen Namen erhalten hatte. Nun wurde »Litzmannstadt der Schwerpunkt und der Mittelpunkt der großen deutschen Völkerwanderung,«¹⁶ wie der Oberbürgermeister erklärte. Was hatte das zu bedeuten?

Bis Anfang 1943 waren im nunmehrigen Litzmannstadt rund 100 000 ansässige Deutsche in der sogenannten Deutschen Volksliste (DVL) erfaßt, d. h. als Staatsbürger des Deutschen Reiches anerkannt. Hinzu kamen 25 000 Deutsche aus dem »Altreich,« die in verantwortlichen »Schlüsselpositionen« eingesetzt waren. Unter ihnen war auch der SS-Mann und Obermedizinalrat Herbert Grohmann. Die »große deutsche Völkerwanderung,« die der »Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums« in Gang gesetzt hatte, brachte bis Anfang 1943 u. a. 15 000 deutsche »Umsiedler« aus dem Baltikum, Wolhynien, Galizien und Bessarabien nach Litzmannstadt. »Die innerliche Verschmelzung dieser deutschen Menschen,« erklärte der Oberbürgermeister, »ist eine der vornehmsten kulturpolitischen Aufgaben der Stadt.«¹⁷

Welchen Anteil Grohmann dabei hatte, besagen Dokumente in den Staatlichen Archiven von Łódź und Poznań. Seit dem 15. Februar 1940 war er Abteilungsleiter für »Erb- und Rassenpflege« im Gesundheitsamt der Stadt. In einem Arbeitsbericht erklärte Grohmann: »Die Bedeutung dieser Abteilung ist in dieser Stadt mit ihrer erb- und rasenbiologisch einheitlichen und ungleichwertigen Bevölkerung, die dazu noch weitgehend bastardisiert ist, nicht zu verkennen.«¹⁸

Damit der neue »Reichsgau Wartheland«, an dessen östlichem Rand Litzmannstadt lag, auch ein »wahrhaft deutsches Land« werden konnte, mußte zunächst Platz geschaffen werden für »deutsche Umsiedler« aus dem europäischen Osten und Südosten. Der Landeshauptmann in Posen hatte den Plan, alle polnischen und jüdischen unheilbaren Geistes- und Nervenkranken der Landesheilanstalten des Warthegaus durch ein bereitstehendes SS-Kommando in das Generalgouvernement »evakuieren« zu lassen.¹⁹

Was darunter zu verstehen war, zeigte sich nach dem Besuch Grohmanns im bei Litzmannstadt gelegenen psychiatrischen Krankenhaus Kochanowka. Die dortige »Untersuchung« mündete in seine Anordnung, in einer der Krankenhausabteilungen eine SS-Einheit

12 Siehe: Archiwum Państwowe w Łodziu (APL). Der Reichsstathalter. Signature (Sig.) 31834. Der Reichsstathalter. Betrifft: Vordringliche Aufgaben des öffentlichen Gesundheitsdienstes vom 26. Juni 1940, S. 1.

13 Siehe: APL, Sig. 31870, S. 5 (10).

14 Ebenda.

15 Siehe dazu: Ebenda, Sig. 28509. Vortrag in Posen 10. Februar 1943, S. 2.

16 Ebenda, S. 8.

17 Ebenda.

18 Ebenda, Sig. 31834. Abteilung Erb- und Rassenpflege, S. 1 (23).

19 Ebenda, Sig. 31834. Aufbau und Aufgaben der Abteilung Erb- und Rassenpflege, S. 6 (88).

einzuquartieren und weitere drei Pavillons für die Aufnahme »der aus dem Osten repatriierten Deutschen« zu räumen. Etwa 540 Patienten der Anstalt wurden auf diesem Wege »ausgesondert« (im SS-Jargon hieß das »sonderbehandelt«) und an drei Tagen (13., 14. und 15. März) in Gaswagen, die aus dem KZ Sachsenhausen eintrafen, ermordet.²⁰

Außerdem machte die von Grohmann geleitete Abteilung eine »Bestandsaufnahme des in den hiesigen Heil- und Pflegeanstalten befindlichen Krankenmaterials.«²¹ Der Bericht des Städtischen Gesundheitsamtes vermerkt dazu lapidar: »Im Verlauf dieser Aktion wurden 895 Polen und Juden in das Generalgouvernement evakuiert sowie 216 Volksdeutsche und Rückwanderer in die Landesheilstation Warta bei Sieradsch verlegt.«²²

Die Aktion des SS-Kommandos findet keine Erwähnung. Die Objekte der »Bestandsaufnahme«, insgesamt zwölf medizinische Einrichtungen, sind in diesem Bericht exakt aufgelistet. Dazu wurde nüchtern festgestellt: »Bei der Knappheit an Krankenhausbetten und dem Mangel an geeigneten Infektionskrankenhäusern bot [sich] eine willkommene Gelegenheit, nach Verlegung einer schätzungsweise recht beträchtlichen Krankenzahl das hiesige Krankenhauswesen neu organisieren zu können.«²³

Die oben erwähnte »Deutsche Volksliste« wurde per Verordnung am 28. Oktober 1939 im Warthegau eingerichtet. Grundlage waren Bestimmungen aus dem Reichsministerium des Innern.²⁴ Die Verordnung sah vor, die »deutsche Volkstumszugehörigkeit« in fünf verschiedene Gruppen einzuteilen: A – B – C – D – E (manchmal auch in römischen oder arabischen Ziffern angegeben).

Diese »Deutsche Volksliste« war faktisch das Instrument für die »ethnische Säuberung« des Warthegaus und seine Germanisierung zu einem Gebiet »starken deutschen Volkstums«. Annähernd 1,5 Millionen Polen wurden aus den dem Deutschen Reich einverleibten Gebieten (vor allem aus dem Warthegau) vertrieben und bis Ende 1942 etwas mehr als 500 000 deutsche »Heimkehrer« aus den baltischen Staaten, Bessarabien, der Bukowina sowie aus Mittel- und Ostpolen angesiedelt.²⁵ Wer »vollwertiger« Deutscher sein wollte, konnte bzw. mußte sich in einer »Zweigstelle Deutsche Volksliste« dafür bewerben. Deren Personal wurde in Posen durch die »Zentralstelle« ausgebildet und geschult. Vorzulegen waren von den Bewerbern bisherige Zeugnisse über die deutsche Nationalität. Eine Kommission überprüfte und entschied:

Wer in Polen vor 1939 aktiv für das »deutsche Volkstum« und eine Wiederzugehörigkeit zum Deutschen Reich gekämpft hatte, war »vollgültiger« Deutscher und konnte Mitglied der NSDAP werden (Gruppe A bzw. 1).

Wer zwar nicht aktiv für das Deutschtum gekämpft hatte, aber sein Deutschtum beibehalten und seine Kinder »in deutschem Sinne« erzogen hatte, galt ebenfalls als Deutscher, konnte Mitglied einer Nazi-Organisation werden, der NSDAP jedoch erst nach einem Jahr, gewissermaßen einer Bewährungszeit, beitreten (Gruppe B bzw. 2).

Deutschstämmige, die sich zur »Polenzeit« zwar angepaßt hatten, aber ihre Möglichkeit der Verbindung zu einer deutschen Volksgemeinde beibehalten hatten, wurden ebenso wie Polnischstämmige,

20 Siehe: Die Ermordung der Geisteskranken in Polen 1939–1945 (Zagłada).

21 Siehe: Archiwum Państwowe w Poznaniu (APP), Reichsstatthalter Posen. Sig. 31834. Aufbau und Aufgaben der Abteilung Erb- und Rassenpflege, S. 6 f. (88 f.).

22 Ebenda, S. 8 f. (90 f.).

23 Ebenda, S. 6 (88).

24 Ebenda, Sig. 1108. Verordnung des Reichsstatthalters von Posen über die Einrichtung einer Deutschen Volksliste vom 28. Oktober 1939.

25 Siehe Polish Ministry of Information (Hrsg.): The Quest for German Blood, Policy of Germanization in Poland, London 1943, S. 8; sowie insgesamt.

die in einer Mischehe mit einer anerkannten deutschen Person leben und Kinder zu »deutscher Lebensweise« erziehend in Gruppe C bzw. 3 eingeordnet.

Für diese drei Gruppen gab es Gewißheit über die Ausstellung einer Personen-Kennkarte der DVL. Die beiden restlichen Gruppen waren vorgesehen für Deutschstämmige mit polnischer Staatsbürgerschaft, wobei in Gruppe D bzw. 4 diejenigen eingeordnet wurden, die nicht aktiv gegen Deutschland aufgetreten waren, während jene, die das taten, zu Gruppe E (bzw. 5) gezählt wurden. Das Schicksal beider Gruppen wurde gesondert entschieden und »geregelt«.

Für Personen der Gruppe C bzw. 3 ordnete Himmler als RKF »Rassische Überprüfung der Angehörigen der Abteilung 3« an, derzufolge jene auszusondern waren, »die in rassischer Hinsicht ungeeignet sind, in die deutsche Volksgemeinschaft aufgenommen zu werden. Ein Zustrom blutmäßig unerwünschter Elemente in den deutschen Volkskörper muß aber unbedingt vermieden werden.«²⁶

Da »rassische Eignung von ausschlaggebender Bedeutung« war, hatten die vorgesehenen Kommissionen des Rasse- und Siedlungshauptamtes SS unabhängig von Verfahren der DVL »unverzüglich die Überprüfung aller Personen dieser Abteilung 3« vorzunehmen. Die »rassisch ungeeignet befundenen Personen« sollten karteimäßig erfaßt und »bei Möglichkeit ausgesiedelt« werden. Im als »Vertraulich!« gekennzeichneten Bericht der »Außenstelle Litzmannstadt Rasse- und Siedlungshauptamt SS« über sogenannte Eignungsuntersuchungen der DVL wird festgestellt: »Die rassische Untersuchung sollte sich ... auf eine negative Auslese beschränken ... Erfassung dieser fremden Blutlinien und ihre nachfolgende Ausmerze ist eine biologische Notwendigkeit ... Die überprüften Personen, die im Ergebnis zu den Gruppen 4 und 5 eingestuft werden, sind listenmäßig erfaßt.«²⁷

Diese Listen kamen »vertraulich« zum Reichsstatthalter/Deutsche Volksliste, zu den Regierungspräsidenten, dem SD und den Landräten. Die Zahl der betroffenen Familien wurde mit 1186 angegeben. Darunter befindliche Wehrpflichtige wurden dem Wehrkreiskommando übermittelt.²⁸

Die in Posen bestehende »Zentralstelle der DVL« gab eine ebenfalls vertrauliche »Richtlinie für die Erfassung der deutschen Volkszugehörigkeit« heraus, aus der hervorging, daß in dieser Dienststelle auch ein Angehöriger des SD (Sicherheitsdienst der SS) einbezogen war. Über jede erfaßte Person war eine Informationskarte anzulegen mit der Kennzeichnung »Deutsch«, »Polnisch« oder »Staatenlos«. Zur genauen Unterteilung waren folgende Gruppen angegeben:

I. Beide Elternteile deutsch;

II. Ehemann deutsch, Ehefrau polnisch (a) Kinder durch Erziehung deutsch (b) Kinder durch Erziehung polnisch;

III. Ehemann polnisch, Ehefrau deutsch (a) Kinder durch Erziehung deutsch (b) Kinder durch Erziehung polnisch;

IV. Deutsche Umsiedler aus dem Generalgouvernement;

V. Ehemann deutsch, Ehefrau fremdblütig;

VI. Ehemann fremdblütig, Ehefrau deutsch.²⁹

Diese gestaffelte Unterteilung der deutschen und polnischen Volkszugehörigkeit in den Familien für die Zuweisung der deutschen Staatsbürgerschaft bzw. Anerkennung als »Volksdeutscher« erinnert

26 APP, Sig. 1114. Anordnung 50/I. Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums vom 30. September 1941.

27 Ebenda, Sign. 1131, Bericht über Eignungsuntersuchungen in der »Deutschen Volksliste im Reichsgau Wartheland« vom 29. Mai 1942.

28 Ebenda.

29 Ebenda, Sig. 1106. Richtlinie für die Erfassung der deutschen Volksangehörigen, hg. von Zentralstelle DVL des Gaus.

30 Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutsche Ehre vom 15. September 1935; Gesetz zum Schutze der Erbgesundheit des deutschen Volkes vom 18. Oktober 1935.

31 Siehe: Dr. Hans Maria Globke. Tatsachen und Dokumente, vorgelegt von der Vereinigung Demokratischer Juristen, Berlin 1962, S. 18, 42 und 46 f.

32 Siehe: APL, Sig 31870. Auszugsweise Abschrift aus dem Erlaß des Reichsstatthalters in Posen 14. September 1940, S. 11 f. (151 f.)

33 Siehe: APP, Sig. 31834. Bericht vom 19. März 1943, S. 1 ff.

34 Ebenda.

35 Ebenda, S. 2.

stark an die »blutsmäßige« Einteilung im Verhältnis deutscher oder jüdischer Abstammung bei den Nürnberger Rassegesetzen von 1935.³⁰ Diese Bezugnahme ist durchaus nicht willkürlich: Der damalige Fachkommentator zu diesen Gesetzen, der Ministerialrat für Staatsbürgerschaftsfragen Dr. Hans Maria Globke, war von 1940 bis 1945 im Reichsinnenministerium auch verantwortlicher Sachbearbeiter für die »Deutsche Volksliste«.³¹

Für den Abteilungsleiter im Städtischen Gesundheitsamt Litzmannstadt/Reichsgau Wartheland waren diese Gesetze und ihre Durchführungsbestimmungen verbindlich. Die spezielle Grundlage dafür war der Erlaß des Reichsstatthalters in Posen vom 14. September 1940, in dem es unter »Punkt 3) Anwendung des Blutschutzgesetzes« hieß, daß dieses unter Ersetzung des Begriffes »deutschblütig« durch »polnischblütig« »grundsätzlich auf die polnischen Volkszugehörigen entsprechend anzuwenden« sei, also auch »Eheschließungen zwischen Polnischblütigen und Juden« verbot. Die Vorschriften dieses Gesetzes hätten auch dann zu gelten, »wenn der jüdische Mischling I. oder II. Grades nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt, sondern ehemals polnischer Staatsangehörigkeit ist«. Für die Standesämter galt die Weisung, in die Familienbücher beim 2. Teil in Spalte II (d. h. rassische Einordnung) für die polnischen Volkszugehörigen die Begriffe »polnischblütig« (anstatt deutschblütig) und »polnischblütiger Mischling I. oder II. Grades« (anstatt jüdischer Mischling I. oder II. Grades) einzutragen. Unter »Punkt 4) Ehfähigkeitszeugnis« wurde festgelegt, daß solch ein Zeugnis bzw. die Befreiung davon »bei Eheschließungen von Personen polnischer Volkszugehörigkeit, welche im Warthegau ihren Wohnsitz haben«, nicht erforderlich sei.³²

Diese Festlegungen waren die Grundlage für alle Untersuchungen der Abteilung »Erb- und Rassenpflege« zu den erbbiologischen Gutachten für die DVL, zur Ehetauglichkeit und zur Genehmigung von Ehestandsdarlehen, bei den »rassischen Reihenuntersuchungen« und »Reihenuntersuchungen Geisteskranker«, ferner zur Ausstellung gerichtlich-psychiatrischer Gutachten.³³ In der Zeit vom 15. Februar 1940 bis zum 31. Dezember 1942 waren das insgesamt 23 346 Untersuchungen. Dabei wurde z. B. in 51 Fällen das »Eheverbot zwischen deutschen Volkszugehörigen und Polen« ausgesprochen, und in 34 Fällen wurden Ehestandsdarlehen-Anträge abgelehnt, mehrheitlich »wegen erbärztlicher bzw. rassenhygienischer Bedenken«.³⁴ Grohmanns Abteilung führte im o.g. Zeitraum auch 1 484 Untersuchungen zur Ausstellung einer »Eheunbedenklichkeitsbescheinigung« durch, wie sie im Erlaß des Reichsinnenministers vom 1. Dezember 1941 gefordert wurde.³⁵

Daß Grohmann seine Verantwortung im Gesundheitswesen stets vom Standpunkt des Rassenpolitikers betrachtete, wird in einer schriftlichen Stellungnahme deutlich, die er zur vorgesehenen Einrichtung eines Staatlichen hygienischen Instituts in Litzmannstadt abgab. Sie war gewissermaßen sein Glaubensbekenntnis: »Die Probleme der Assimilierung, d. h. der Aufsaugung rassisch wertvollen fremden Volkstums, und andererseits die Aussonderung minderwertiger deutschstämmiger und fremdstämmiger Schichten, sind Aufgaben, die nicht vom grünen Tisch aus gelöst werden können, sondern

zu deren Sichtung fachliche Erfahrung und vorhergehende wissenschaftliche Vorarbeiten gehören. Voraussetzung für einen kulturvollen Aufbau im Osten ist das Vorhandensein einer breiten kulturtragenden Schicht. Kulturelle Leistungen waren immer und sind auch heute noch rassisch bedingt. Die Kulturhöhe eines Volkes ist abhängig von seiner rassischen Zusammensetzung. Wie weit die hiesige (d. h. polnische) Bevölkerung zu kulturellen Leistungen fähig ist, dafür haben wir zur Genüge im Stadtbild und in den Wohnungen traurige Dokumente. Voraussetzung für den geplanten kulturellen Umbruch sind daher biologische Auslesemaßnahmen, durch die erst eine entsprechende kulturfähige Bevölkerungsschicht geschaffen werden kann.«³⁶

Diese Haltung legte Grohmann seiner Praxis bei der Einschreibung in die »Deutsche Volksliste« zugrunde. Als »verantwortlicher Amtsarzt« hatte er für die Zweigstelle der »Deutschen Volksliste« in Litzmannstadt persönlich »rassenbiologische Abstammungs- und erbbiologische Vaterschaftsgutachten« anzufertigen. Hier nun ging es um eine junge Frau: Irene B., geboren am 4. November 1920 in Łódź. Ihre Mutter war Deutsche, für die mögliche Vaterschaft wurden drei Männer in Betracht gezogen: ein Deutscher, ein Pole und ein Jude.

In dem fünf Seiten umfassenden »rassenbiologischen Abstammungsgutachten« über Irene B.³⁷ führte Grohmann beim Ähnlichkeitsvergleich von körperlichen Merkmalen akribisch alles Mögliche auf. Grohmann stellte fest, daß sich bei Irene B. »charakteristische Merkmale, die auf jüdischen Blutseinschlag hin verdächtig sind, nicht feststellen lassen ... jedoch [lassen sich] unter den hiesigen Verhältnissen bindende Schlüsse über eine wirklich judenreine Abstammung der Untersuchten nicht ziehen«.³⁸

Die »Ursache« dafür sah er darin, daß »die hiesige jüdische Bevölkerung in ihrer rassischen Struktur viel zu uneinheitlich [sei], um aus dem Fehlen typisch jüdischer, richtiger orientalischer oder vorderasiatischer Merkmale auf Freisein vom jüdischen Blutseinschlag zu schließen«.³⁹

Diesem Zweifel begegnete er mit folgenden Worten: »Wenn man jedoch bei der Beurteilung nicht nur das Erscheinungsbild als einzigen Maßstab berücksichtigt, sondern außerdem Gesamteindruck und Haltung, damit also den Ausdruck seelischer Veranlagung, kann man die Möglichkeit eines jüdischen Blutseinschlags nicht ausschließen.«⁴⁰

Und wie wertet Grohmann die »seelische Veranlagung« der untersuchten Person Irene B.? Für ihn schien sie »von der peinlichen Gesamtsituation, der sie durch die Klärung ihrer Vaterschaft ausgesetzt ist, kaum beeindruckt zu sein. Kühl und sachlich erörtert sie die Einzelheiten ... versteht es ausgezeichnet, mit entsprechenden Gefühlsregungen auf entsprechende Situationen zu reagieren.«⁴¹

Die offenbar selbstbewußte, ja stolze Gefäßtheit der 20jährigen Polin paßte dem deutschen Obermedizinalrat natürlich nicht. Irene B. hatte sich nämlich zur Durchsetzung ihrer Rechte als Volksdeutsche an das Reichsspinnenamt in Berlin gewandt. Dessen Direktor hatte das Gesundheitsamt in Litzmannstadt am 26. Juni 1941 und am 19. August 1941 um Zusendung der Abstammungsunterlagen nach Berlin er-

36 Ebenda, Sig. 31834.
An 50/1, S. 1 f. (31 f.)

37 Ebenda, Sig. 31867.
Rassenbiologisches
Abstammungsgutachten.
Der Amtsarzt. I.A. Gr. 29.5.
Obermedizinalrat, S. 1-5
(309-313).

38 Ebenda, S. 4 (312).

39 Ebenda.

40 Ebenda.

41 Ebenda.

42 Ebenda, Sig. 31867. Der Direktor des Reichssippenamtes. Berlin, der 26. Juni 1941, S. 1 (349) und Berlin, am 19. August 1941, S. 1 (317).

43 Ebenda, Sig. 31867. Rassenbiologisches Abstammungsgutachten, S. 4 (312).

44 Ebenda, S. 4 f. (312 f.).

45 Ebenda, S. 5 (313).

46 Ebenda, Oberbürgermeister von Litzmannstadt, »Zweigstelle Deutsche Volksliste« an OMR Dr. Grohmann, 26. Juni 1940, S. 1 (335).

47 Ebenda, Der Direktor des Reichssippenamtes an Oberbürgermeister von Litzmannstadt, Berlin, der 29. Oktober 1941, S. 1 (315).

48 Siehe: APL, Sig. 31834. Arbeitsanweisung für die Abteilung Erb- und Rassenpflege, S. 1 (33).

sucht.⁴² Darüber war Dr. Grohmann sicher ungehalten, und er hatte versucht, die weit jüngere Irene B. zu verunsichern, was ihm aber offensichtlich nicht gelang. So urteilte er nun: »Der seelischen Veranlagung arischer und gar deutscher Mädchen entspricht eine derartige, nur durch den Verstand dirigierte Haltung im allgemeinen nicht.«⁴³

Grohmanns Gesamtbeurteilung wird getragen von seiner »fachlichen Erfahrung« und seinen »wissenschaftlichen Vorarbeiten« (vgl. seine o.g. Stellungnahme vom 16. Juli 1940, zehn Monate davor). Zu den drei Männern, die für die Vaterschaft bei der Irene B. zur Auswahl standen, stellte er fest: Der *Volksdeutsche* scheidet aus, weil seine Vaterschaft »auf Grund der Ähnlichkeitsuntersuchung unwahrscheinlich« sei. Der *Pole* »kann nach dem vorgelegten Bildmaterial der Vater ... sein, charakteristische gemeinsame Merkmale lassen sich aber nicht feststellen.« Der *Jude* als »legitimer Vater«, da mit der Mutter vor Geburt der Tochter verheiratet (und nach einem Jahr geschieden), sei »vom Aussehen her völlig unbekannt«. Lediglich Angaben der Mutter würden vorliegen, die jedoch für Grohmann unglaubwürdig waren.⁴⁴

Abschließend heißt es: »In Würdigung all dieser Umstände ist die Abstammung der Irene B. von dem legitimen jüdischen Ehemann der Kindesmutter ebenso wahrscheinlich wie ihre Abstammung von dem Polen ... Einen erwünschten Bevölkerungszuwachs für die deutsche Bevölkerung stellt sie jedenfalls ... nicht dar.«⁴⁵

Entsprechend dem Erlaß von 14. September 1940 war Irene B. für Grohmann nicht »deutschblütig«, sondern »polnischblütiger Mischling I. Grades« oder »jüdischer Mischling I. Grades«, was auf eines herauskam: Sie galt als staatenlos, da die polnische Staatsangehörigkeit nicht mehr existierte und sie nicht »deutschblütig« war (s. o.). Dieser geschilderte Vorgang dauerte vom 26. Juli 1940 (Antrag auf Ähnlichkeitsuntersuchung)⁴⁶ bis zum 29. Oktober 1941, als der Oberstaatsanwalt in Litzmannstadt gebeten wurde, die »Anfechtung der Ehelichkeit« der Irene B. »zu betreiben«⁴⁷.

Dieses Beispiel macht sichtbar, was für Grohmann »deutsche Pflichterfüllung« gegenüber »Fremdvölkern« und »Unkultivierten« bedeutete. Als Vorgesetzter ermahnte er seine Unterstellten ihrerseits zur Pflichterfüllung in Form einer Arbeitsanweisung.

»Zu den Pflichtaufgaben gehören alle ausmerzenden wie fördernden Maßnahmen der Bevölkerungspolitik, d. h. praktische Durchführung der zu diesem Zweck erlassenen Gesetze. Ausmerzemaßnahmen sind:

- die Untersuchung auf Ehetauglichkeit,
- die Durchführung von Unfruchtbarmachung,
- eugenische Schwangerschaftsunterbrechungen,
- sowie die Durchführung der im Rahmen des Blutschutzgesetzes erlassenen Bestimmungen.

Allen diesen Maßnahmen ist gemeinsam, daß der Gesetzgeber hierdurch die Fortpflanzung von unerwünschten oder erbuntüchtigen Personen verhindern will.«⁴⁸

Grohmann gab ferner die strikte Anweisung, aus allen Untersuchungen und in Auswertung der Sippenfragebögen eine Zentralkartei für die erbbiologische Erfassung der Bevölkerung anzulegen. Das war seine Konsequenz aus der Erfahrung im »Amt für Bevölkerungs-

politik und Erbgesundheitspflege SS«, die ihm sein damaliger Chef, der SS-Oberführer und Eugeniker Dr. med. Artur Julius Gütt (1891–1949) gewissermaßen »mit auf den Weg« gegeben hatte. Gütt war als einer der Hauptbefürworter der Erbgesundheitslehre auch an den maßgeblichen Gesetzen beteiligt.⁴⁹ In der Arbeitsanweisung hieß es weiter, bei dieser »Erbbestandsaufnahme« sei »*besonders darauf zu achten, daß in der Arbeitskartei der Abteilung neben allen Erbkranken und Erbkrankverdächtigen auch die Gemeinschaftsunfähigen (Asoziale) und entsprechende Verdachtsfälle aufgenommen werden. Außerdem ... in der Stadt noch lebende Juden und jüdischen Mischlinge ersten und zweiten Grades*«. ⁵⁰

Entsprechend den Weisungen des Reichsstatthalters sowie des Reichsführers SS und RKF erklärte Grohmann seinen Unterstellten: »*Die Dringlichkeit und Notwendigkeit rassenpolitischer Maßnahmen [ist] ... in erster Linie durch unsere politische Zielsetzung bestimmt, nach welcher der gewonnene Ostraum, bes. der Warthegau, deutsches Siedlungsgebiet werden soll und als solches zur Aufgabe hat, für alle Zukunft durch sein starkes deutsches Bauerntum einen natürlichen Grenzwall gegen eine fremdrassische Ein- und Unterwanderung zu bilden.*«⁵¹

Entsprechend Grohmanns »Blick in die Zukunft« gestalteten sich auch seine Ansichten und Absichten in bezug auf die polnischen Kinder. Dabei stützte sich der inzwischen zum SS-Hauptsturmführer Beförderte auf Anweisungen des Reichsstatthalters in Posen, SS-Gruppenführer Greiser. Dieser hatte einen persönlichen Brief des RFSS erhalten, in dem es hieß:

»1. Ich halte es für richtig, wenn besonders gutrassige kleine Kinder polnischer Familien zusammengestellt und von uns in besonderen, nicht zu großen Kinderhorten und Kinderheimen erzogen würden. Das Wegholen der Kinder müßte mit gesundheitlicher Gefährdung begründet werden.

2. Kinder, die nicht einschlagen, sind den Eltern zurückzugeben.

3. Ich rate, zunächst einmal nur mit zwei oder drei solchen Einrichtungen zu beginnen, um Erfahrungen zu sammeln.

4. Von den Kindern, die sich als einigermaßen gut herausstellen, wäre nach einem halben Jahr Ahnentafel und Abstammung einzuholen. Nach insgesamt einem Jahr ist daran zu denken, solche Kinder als Erziehungskinder in kinderlose gutrassige Familien zu geben.

5. Als Leiter und Leiterinnen für solche Institutionen dürfen nur die besten und rassistisch klarsehenden Kräfte genommen werden.«⁵²

Deshalb verwies Grohmann in seiner Arbeitsanweisung auf die Möglichkeit »*der Aufzucht rassisch wertvoller und gesunder polnischer Waisenkinder und Findlinge unter der Voraussetzung, daß sie bereits als Kleinkinder möglichst zur Erlernung der Sprache schon in unsere Obhut kommen.*«⁵³

Selbstverständlich sollte die weitere Erziehung stets »mit nötigen Siebungsmöglichkeiten« (in der Praxis der SS: Selektionen) gekoppelt sein, »*um gegebenenfalls rassistisch, gesundheitlich und erbbiologisch sich ungünstig entwickelnde Kinder von diesem Eindeutungsprozeß auszuschalten*«. ⁵⁴

Bei den polnischen Kindern, die zu deutschen Pflegeeltern kommen sollten, hatte die von Grohmann geleitete Abteilung die Aufgabe,

49 Siehe Hermann Weiss (Hrsg.): Biographisches Lexikon zum Dritten Reich, Fischer Taschenbuch Verlag Frankfurt/M. 1999, S. 170 f.

50 APL, Sig. 31834, Arbeitsanweisung ..., S. 3 (35).

51 Ebenda.

52 Siehe: Verbrechen an polnischen Kindern 1939–1945, Eine Dokumentation, Warszawa 1975, S. 44 und 75.

53 Siehe APL, Sig. 31834, Arbeitsanweisung ... S. 11 (93).

54 Ebenda. Zu dieser »rassenpolitischen Praxis« sei verwiesen auf Götz Aly: »Endlösung«. Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden, Frankfurt/M. 1995.

sie auf »Erbgesundheit« und hinsichtlich ihrer »rassischen Werte« zu untersuchen. Nur wenn sie für »einwandfrei« und »rassisch wertvoll« erklärt waren, konnten polnische Pflegekinder in »die Obhut deutscher Pflegeeltern« gelangen. Das war in Litzmannstadt bei mehr als 1 400 polnischen Pflegekindern der Fall.⁵⁵

55 Siehe: APP, Sig. 1137. Eindeutschung polnischer Waisenkinder.

Die Entscheidungskompetenz des Obermedizinalrates und Abteilungsleiters »Erb- und Rassenpflege« in der Frage des Umgangs mit polnischen Kindern soll hier am Beispiel von Theresa Jadwiga L. deutlich gemacht werden. Auf Veranlassung des Jugendamtes von Litzmannstadt hatte Grohmann im März 1941 bei diesem Mädchen, das zum Ehepaar M. in »Familienpflege« kommen sollte, eine »rasenbiologische Untersuchung« vorzunehmen. Grohmann stellte fest, das Mädchen sei »die uneheliche Tochter der Polin Josefa L. und des Juden Szpiro M.«. Nach Gesamteindruck und den einzelnen untersuchten Merkmalen sei »das Pflegekind keineswegs als rassistisch wertvoll anzusehen. Verschiedene Formeinzelheiten des Gesichts müssen als judenverdächtig angesprochen werden.« Dem würden auch die Aktenangaben nicht widersprechen: »Die Untersuchte [muß] mit großer Wahrscheinlichkeit als jüdischer Mischling angesehen werden.«⁵⁶

56 Siehe: Ebenda, Betr.: Familienpflege für Theresa Jadwiga L.

So kam Grohmann zu dem Vorschlag ihrer »Einweisung in das Ghetto«. Ferner seien die Eheleute M. keineswegs »für die Aufnahme eines eindeutschungsfähigen fremdvölkischen Pflegekindes geeignet, da die Ehefrau russischer Volkszugehörigkeit ist und als Volksfremde nicht in der Lage sein dürfte, fremdvölkische Kinder zum Deutschtum zu erziehen.«⁵⁷

57 Ebenda.

Gemäß der Anforderung der Gauverwaltung des Warthelandes hatte Grohmann regelmäßig sogenannte Volkspolitische Lageberichte zu erstatten. In einem solchen Bericht vom 24. September 1942 unterstrich er, es sei »eine vordringliche Aufgabe, die nach wie vor ihrer Lösung harrt ..., die planmäßige Eindeutschung der zahlreichen gemischtvölkischen Familien« einzuleiten.⁵⁸

58 Siehe: APL, Sig. 39834. Volkspolitische Lagebericht. S. 111 (13)

Für die Kinder aus diesen Ehen, so beklagt Grohmann, wäre »Deutsch eine Fremdsprache« und »8–9jährige Jungen [würden] nicht einmal das Bild des Führers kennen.« Somit halte er es »für notwendig, daß sich die NSV (»Nationalsozialistische Volksfürsorge«) in besonderer Weise dieser Kinder annimmt und sie in Tagesheimen unterbringt.«⁵⁹

59 Ebenda.

Der Bericht schließt mit den Worten: »... habe ich daher in meiner Eigenschaft als Kreisbeauftragter für Rassenpolitik den hiesigen Kreisleiter auf die Notwendigkeit sofortiger Maßnahmen hingewiesen. Es wäre vielleicht aber zweckmäßig, daß über die hiesige Lehrerschaft die Familien erfaßt würden, deren Kinder als besonders volkspolitisch gefährdet anzusehen sind.«⁶⁰

60 Ebenda.

Als »Kreisbeauftragter für Rassenpolitik« hatte Grohmann auch engen Kontakt zum Rasse- und Siedlungshauptamt der SS (RuSHA), in dem er 1937/38 hauptamtlich tätig gewesen war. Dieses Hauptamt, dem RFSS und RKF Heinrich Himmler unterstellt, befahl auch sogenannte Volksdeutsche Mittelstellen in den Regionen des Warthegaus. Diese Organisation, ebenfalls dem RKF unterstellt, hatte u. a. die Aufgabe, eine Auslese der Personen deutscher Abstammung durchzuführen.⁶¹

61 Siehe: Verbrechen an polnischen Kindern ..., S. 44.

In einem weiteren Bericht über die »bevölkerungspolitische Bewegung im Regierungsbezirk Litzmannstadt« machte Grohmann der Umwandererzentrale Posen beim Chef der Sicherheitspolizei und des SD den Vorschlag, den Prozentsatz »der Polen mit deutschem Namen in deutscher und polnischer Schreibweise« statistisch zu erfassen, »da ich bei meinen hiesigen Serienuntersuchungen festgestellt habe, daß der Anteil der rassisch wertvollen Menschen unter diesen unverhältnismäßig hoch ist ... Sicherlich die Nachkommen von Deutschen, die vor 3, 4 oder noch mehr Generationen polonisiert wurden.«⁶²

Die genannten Beispiele zeigen, daß sich Grohmann stets nicht nur als Arzt, sondern auch als Rassenpolitiker sah. Er bekannte offen und wiederholt, daß er bei der Ausstellung von »Eheunbedenklichkeitsbescheinigungen« für Einheimische die betreffenden Personen nicht nur »rassen- und erbbiologisch« werten würde, sondern auch hinsichtlich der Beherrschung der deutschen Sprache und der »deutschen Haushaltsführung«. Nach diesem Gesichtspunkt wurde auch über Genehmigung oder Ablehnung von Kinderbeihilfen entschieden, gemäß der Forderung in einem Erlaß des Reichsministers für Finanzen.⁶³

Wie tief die Verstrickung zwischen der rassistischen »Volkstumspolitik« und dem öffentlichen Gesundheitswesen in der Nazizeit, speziell während der Okkupationszeit in Polen war, spiegelt sich in der Personalie des Dr. Herbert Grohmann deutlich wieder. In den Unterlagen im Archiv von Łódź gibt es ein unscheinbares Blatt mit der Überschrift »Aktenvermerk«, unterschrieben am 27. November 1941 mit dem Kürzel »Gro. Obermedizinalrat.«⁶⁴ Darin ist festgehalten, daß Grohmann »eine Unterredung mit Herrn Prof. E. Fischer, Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Anthropologie in Berlin-Dahlem« hatte. Fischer hatte zwei russische Kriegsgefangenenlager besichtigt und sich »unausgelesenes Material vorführen« lassen – für seine rassenbiologischen Studien. Er stellte dabei fest, daß nur wenige »als Angehörige europäischer Volksgruppen und somit als Träger europäischer Rassenmerkmale bezeichnet werden« konnten. Bei allen anderen sah er »Merkmale, die für innerasiatischen Rasseinschlag kennzeichnend waren«. Obwohl bei ihnen Haar- und Augenfarbe »zu 50 % hell« waren, sei dies »nicht als Ausdruck teilweise nordischen Bluteinschlages zu deuten«. Im Laufe der Jahrtausende hätten auf dem europäischen Kontinent viele verschiedene Rassen und Völker gelebt, die »Erbänderungen ... unter den klimatischen Bedingungen Europas« durchgemacht hätten. Doch wären »Erbänderungen, die ... das Wesen der nordischen Rasse ausmachen, nur einmal und nur bei einer Menschengruppe entstanden und von dieser weiter vererbt« worden. Was Fischer beschrieb, war die von Hitler und Himmler propagierte und angeblich durch die SS verkörperte »nordische Rasse«, die zur Funktion als Herrenvolk über ganz Europa berufen sei und »rasserein« bleiben müsse.

Am Ende dieses »Aktenvermerks« stimmte Grohmann Fischer voll zu und fügte an, ihm sei »bei eingehenden Untersuchungen an ungefähr 1000 Juden in Litzmannstadt aufgefallen, daß ungefähr 50 % ... blaue bis hellbraune Augen gehabt hatten ... hier die gleichen Ursachen für die Aufhellung vorliegen und nicht in ersten Li-

62 APL, Sig. 31834.
An den Chef der Sicherheitspolizei und des SD. Umwandererzentralstelle Posen. 7. Mai 1942, S. 2 (47).

63 Ebenda, Problemstellung aus der Arbeit des Jahres 1941, S. 3 f. (89b).

64 Ebenda, Sig. 31870.
Aktenvermerk: Betr.: Farbstoffmangel bei den Volksgruppen in den besetzten Ostgebieten, S. 1 f.

65 Ebenda, S. 2

nie an eine rassische Vermischung der hiesigen jüdischen Bevölkerung mit anderen Volksgruppen zu denken [wäre].«⁶⁵

Eugen Fischer hatte 1936/37 die Grundlage einer »positiven Entwicklung« bei dem Dahlemer Kursteilnehmer Herbert Grohmann richtig erkannt und sich über Eignung als Rassepolitiker also nicht geirrt.

In einem Schriftstück vom 7. Oktober 1941 (etwa zeitgleich mit dem Zusammentreffen mit Fischer) stellte Grohmann Richtlinien für die »Erb- und Rassenpflege« innerhalb des öffentlichen Gesundheitswesens auf. Sie liefen letztlich darauf hinaus: Bei der Eindeutschungspolitik im Warthegau sollten die betreffenden Personen zusammengefaßt werden entweder in die »Gruppe der Ausmerzemaßnahmen« oder in die »Gruppe der Auslesemaßnahmen«. Ziel sei dabei, »... einmal, erb- oder lebensuntüchtige Menschen durch entsprechende Gesetze an ihrer Fortpflanzung zu hindern oder ihre Nachkommenschaft weitgehend einzuschränken, und zum anderen, leistungsfähige und erbtüchtige Familien und Sippen durch großzügige Förderung in jeglicher Hinsicht zu unterstützen.

Die fremdstämmige, besonders die polnische Bevölkerung ... ist, soweit deren baldige Aussiedlung nicht möglich ist, durch geeignete Maßnahmen in ihrer biologischen Kraft zu schwächen. Ein weiteres zahlenmäßiges Wachstum dieser fremdvölkischen Gruppen würde eine Eindeutschung des Warthegaus unmöglich machen ...

Zur Zeit kann von einem Nachlassen der Lebenskräfte des polnischen Volkes überhaupt nicht die Rede sein, im Gegenteil die Geburtenfreudigkeit hat wahrscheinlich im Verhältnis zu früher erheblich zugenommen. Die starke Heiratsfreudigkeit besonders unter den Jugendlichen beweist ebenfalls, daß das polnische Volk nach dem verlorenen Kampf mit den Waffen den völkischen Kampf nicht aufgibt, sondern ihn durch seine größere biologische Kraft zu gewinnen hofft ... [Das] beweist uns...eindeutig, daß die bisherigen Maßnahmen zur Brechung der polnischen Volkskraft ungenügend waren.«⁶⁶

66 APP, Sig. 1137.
Abschrift. Erb- und Rassenpflege als Grundlagen biologischer Volkstumspolitik. 7. Oktober 1941.

In Ergänzung seines o. g. rassenpolitischen Glaubensbekenntnisses stellte Grohmann fest: »Die grundsätzliche Umgestaltung bevölkerungspolitischen Wollens, die bei ihrer konsequenten Anwendung für den einzelnen Menschen auch zu Härten führen muß, hat darin ihre ethische Berechtigung, daß der Staat als der willensmäßige Träger der Volksgemeinschaft nur dann lebensfähig bleibt, wenn die einzelnen Glieder dieser Gemeinschaft selbst lebens- und leistungsfähig sind.«⁶⁷

67 Ebenda

Als SS-Offizier war Grohmann auch Mitglied des »Lebensborn«, jener von Himmler 1935 gegründeten und ihm unterstehenden Organisation zur Herausbildung und Förderung der »Reinheit der nordischen Rasse«. Sie erfüllte unter dem Deckmantel »Unterstützung rassisch wertvoller kinderreicher Familien« auch ihren Anteil an der Germanisierung des Warthelands. Grohmann initiierte, daß die Stadt Litzmannstadt Ehrenpatenschaften für kinderreiche Familien übernahm. In der Denkschrift dazu heißt es:

»Der Reichsgau Wartheland muß daher ein deutsches Kinderland werden ... Bodenständige, kinderreiche Familie besten deutschen Volkstums sind die alleinigen Garanten für unseren völkischen Sieg ... [und hier] gibt es ... eine vielfach deutschbewußte größere Mit-

telschicht, deren geistige Kräfte es durch weitgehende Förderung zu entfalten gilt.«⁶⁸

Als Amtsarzt war Grohmann nicht nur im öffentlichen Gesundheitswesen fest verankert, sondern ebenso verzahnt mit dem Rasse- und Siedlungshauptamt der SS und ehrenamtlicher Mitarbeiter des SD-Abschnitts Litzmannstadt.⁶⁹ Zum 1. Mai 1942 wurde er durch Himmler zum SS-Sturmbannführer (militärisch: Major) befördert.

Ausdruck der rapiden Verschlechterung der militärischen Lage Hitler-Deutschlands an der Ostfront war, daß Grohmann Anfang 1943 als Truppenarzt der Sicherheitspolizei und des SD nach Osten versetzt wurde. Seine Nachricht darüber trägt die Ortsangabe Minsk (Belorußland) und die Feldpost-Nr. 37857.⁷⁰ Das Reichssicherheitshauptamt verfügte im Juni 1943 die Abordnung des SS-Sturmbannführers zur »Einsatzgruppe B.«⁷¹ Dort erhielt er das Eiserne Kreuz II. Klasse. Mit Wirkung vom 20. August 1944 wurde »SS-Sturmbannführer im SD« Dr. Grohmann als Divisionsarzt zur »30. Waffen-Grenadier-Division der SS (russ. Nr. 2)« kommandiert. Diese Division unterstand der Waffen-SS.⁷² Die Verleihung der »Tapferkeitsauszeichnung für Angehörige der Ostvölker 2. Klasse/Silber« an Grohmann und die Anfügung »(russ. Nr. 2)« bei der Truppenbezeichnung läßt darauf schließen, daß die Mannschaften der »30. Waffen-Grenadier-Division der SS« aus Männern bestand, die in eroberten Gebieten der Sowjetunion oder aus den Reihen der sowjetischen Kriegsgefangenen rekrutiert worden waren.

Das Reichssicherheitshauptamt hob zum 10. Januar 1945 diese Kommandierung auf und beorderte Grohmann zurück nach Berlin.⁷³ Das ist die letzte Information im SS-Dossier über ihn. Weiteres zu seinem Schicksal ab 10. Januar 1945 bis zum Ende des Krieges und danach ist nicht bekannt bzw. noch nicht aufgefunden worden.

Archive

Berlin Document Center, Bundesarchiv Abt. Zehlendorf (BDC) Berlin-Zehlendorf, MP. SSO Grohmann

Archiwum Państwowe w Łodzi (APL) Łódź/Polen, Katalog Reichsstatthalter
Archiwum Państwowe w Poznaniu (APP) Poznań/Polen, Katalog Reichsstatthalter
Universitäts-Archiv der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, Nachlaß v. Verschuer
National Archives, Washington, D.C., College Park, Maryland/USA

Monographien, Sammelbände

- Götz Aly: »Endlösung«. Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden, Frankfurt/M. 1995.
- Hans Buchheim: Der Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums, in: Ders., Martin Broszat, Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.): Anatomie des SS-Staates, München 1994.
- Hermann Weiss (Hrsg.): Biographisches Lexikon zum Dritten Reich. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M. 1992.
- Niels C. Lösch: Rasse als Konstrukt: Leben und Werk Eugen Fischers, Peter Lang Verlag Frankfurt/M. 1993.
- Polish Ministry of Information (Hrsg.): The Quest for German Blood. Policy of Germanization in Poland, London 1943.
- Gretchen E. Schafft: From Racism to Genocide: Anthropology in the Third Reich, University of Illinois Press Urbana and Chicago 2004.
- Gretchen Schafft, Gerhard Zeidler: »Antropologia« Trzeciej Rzeszy. Alma Mater Miesięcznik Uniwersytetu Jagiellońskiego, No. 47, styczeń 2003, 12–15.
- Verbrechen an polnischen Kindern 1939–1945. Eine Dokumentation. Hrg. von der Hauptkommission zur Untersuchung der Naziverbrechen in Polen, München und Salzburg, PWN – Polnischer Verlag der Wissenschaften, Warszawa 1973
- Zagłada chorych psychicznie w Polsce 1939–1945. Die Ermordung der Geisteskranken in Polen 1939–1945 (Zagłada), hrg. von Polskie Towarzystwo Psychiatryczne Komisja Naukowo-Historii 1993.

68 APP, Sig. 1132.
Denkschrift zur Stiftung von Ehrenpatenschaften durch die Stadt Litzmannstadt. 1. Mai 1941.

69 Siehe: NAW, ebenda, Chef der Sicherheitspolizei und des SD an RFSS-Personalhauptamt, Berlin, den 22. April 1942.

70 Siehe: Ebenda. An das SS-Personalhauptamt. Minsk, den 8. März 1944.

71 Siehe: Ebenda. Mitteilung Reichssicherheitshauptamt, Berlin, den 31. August 1944. Diese Einsatzgruppen A – B – C – D der Sicherheitspolizei und des SD verübten in besetzten Gebieten der Sowjetunion schreckliche Verbrechen an der Zivilbevölkerung, besonders an Juden.

72 Siehe: Ebenda, SS-Führungshauptamt, Berlin, den 10. Januar 1945. Verfügung.

73 Siehe: Ebenda.

WOLFGANG SABATH

Festplatte. Die Wochen im Rückstau

Wolfgang Sabath – Jg. 1937,
Journalist und Autor, Berlin.

»Wer lacht über Deutschland? Die Sonne.« Uralt, ein unendlich langer Bart. Doch dieser Sparwitz kam mir in den Sinn, als ich am 1. Advent auf die zunächst verblüffende Überschrift stieß *Österreich freut sich nicht auf Deutschland*. Doch es ging dabei nur um Fußball: »Joachim Löw kann durchatmen, denn die Auslosung für die EM-Endrunde erbrachte lösbare Aufgaben. Deutschland trifft auf Polen, Kroatien und Österreich. Die gegnerischen Trainer freuen sich auf die deutsche Elf. Doch in Österreich sieht man dem Besuch der Deutschen mit gemischten Gefühlen entgegen.« Die Meldung läßt einiges offen. Warum die Österreicher dem Besuch der Deutschen mit gemischten Gefühlen entgegensehen, ist nachvollziehbar – sie fühlen sich wahrscheinlich immer noch durch sie zu sehr an sich erinnert. Aber warum sich die Polen und Kroaten auf die Deutschen freuen, wird nicht ganz klar, nicht einmal dann, wenn man sich politischer Wertungen enthält und die Sache rein fußballerisch betrachtet.

Da wir gerade beim Thema Fußball sind: Abstauber gibt es nicht nur in diesem Geschäft, sondern auch in der Politik; es gibt keine Unsitte, die es nicht auch dort gäbe (zu klären wäre allerdings, wer von wem abguckt). Die *taz* aus Berlin hatte vor dem CDU-Programmparteitag ein Interview mit dem Merkel-Biographen Gerd Langguth mit der Überschrift *Die CDU staubt Themen ab* versehen. Der Biograph erklärt das so: »Die CDU ist mal als *Catch all Party* bezeichnet worden – also als eine Volkspartei, die alle Schichten ansprechen und einfangen will. Das spiegelt sich natürlich auch in der Grammatik wider.«

Auf die *taz*-Frage, was die Kanzlerin antreibe, hat er folgende Erklärung parat: »Sie will sich durch Spitzenleistungen verwirklichen.

Das ist ihr eigentliches Lebensziel. Sie sucht Selbstbestätigung in der von anderen anerkannten Leistung. Sie will besser sein als alle anderen. Das ist ihr als Pfarrerstochter von ihren Eltern eingebläut worden. Ihr wurde gesagt: Du kannst nur dann studieren, wenn du durch deine Leistung unangreifbar bist. Das hat sie verinnerlicht.« Jetzt weiß ich endlich, woher mein Schüttelfrost beim Anblick der Angela Merkel und beim Anhören ihrer Reden rührt. Ja, ich weiß, alle derzeitigen Umfragewerte sprechen gegen mich. Aber ich möchte auch mal gerne Dissident sein.

Apropos: Florian Haveman hat ein dickes Buch geschrieben, über Havemann, den Vater, über des Vaters Freunde, Halbfreunde, Gefährtinnen und Gefährten. Und wenn wir die Rezensionen verfolgen, kommen wir ziemlich schnell dahinter, daß sich viele Presseorgane bereits mit der Auswahl des Rezensenten zu diesem Buch positionierten. Die Berliner Zeitung *Tagesspiegel* beauftragte unter anderem den ehemaligen Bürgerrechtler Wolfgang Templin. Der schreibt zum Beispiel: »Wem – Ost wie West – die Vorstellung einer wirklichen Opposition in der späten DDR schon immer auf die Nerven fiel, kann sich jetzt endgültig bestätigt sehen. Was im Buch des Sohnes als ›Dissidenten der vorletzten Stunde‹ präsentiert wird und zu den Füßen des Gurus Robert Havemann kauerte, ist ein Haufen verkrachter Existenzen.« An anderer Stelle: »Mitte des Buches findet der Generalangriff statt: Nach seinem Weggang 1971 sieht Florian einen Vater zurückbleiben, der in seiner Sicht zunehmend vereinsamt, die meisten seiner Freunde verliert, immer mehr dem Alkohol verfällt, keine intellektuell ebenbürtigen Menschen mehr um sich hat. An deren Stelle treten das theologische Leichtgewicht Rainer Eppelmann und andere zweifelhafte Gestalten. Havemann, ›der früher mit Leuten wie Brecht, Johnny Heartfield, Wieland Herzfelde, Stefan Heym, Fritz Cremer und Ronald Paris Kontakt hatte, lernt dann nur noch so großartige Künstler wie die Malerin Bärbel Bohley kennen, den Möchtegern-Schriftsteller Jürgen Fuchs‹. Alle in Florian Havemanns Abrechnung nicht namentlich aufgeführten Personen, die trotz Stasi-Blockade und Hausarrest zu Robert Havemann Kontakt hielten, können sich ausrechnen, zu welcher Kategorie von Versagern und gesellschaftlichem Bodensatz sie in diesem Bild geraten müssen.« Wir rechnen gegebenenfalls mit.

Das Magazin *politik & kommunikation* verlieh den *Politik-Award 2007*. Die CDU gewann in der Kategorie »Kampagnen von politischen Institutionen« für ihre Fotokampagne »Farbe bekennen – Mitglied werden«. Darin gab es auch ein Jugendbildnis von Generalsekretär Ronald Pofalla, mit langer, blonder Mähne, wie es hieß. Der erklärte, es habe sich dazumal um eine Wette gehandelt. »Na ja, Wette gewonnen, aber optisch die Arschkarte«, sagte Moderator Steffen Hallaschka. Moderatoren dürfen übertreiben. Dennoch: Generalsekretäre müssen so sein und so aussehen wie Pofalla, gehen Sie doch mal alle Generalsekretäre aller Parteien durch, die Ihnen auf Anhieb einfallen – na, sehen Sie! Das kann die *LINKE* richtig froh sein, daß sie keinen hat, jedenfalls nicht offiziell (obwohl mir auch einer einfallen würde, aber ich werde einen Teufel tun und den Namen nennen).

Wendula Dahle (Hg.):
 Die Geschäfte mit dem
 armen B. B. – Vom geschmähten
 Kommunisten zum Dichter
 »deutscher Spitzenklasse«, VSA
 Hamburg 2007, 174 S. (15,80 €)

Über Bertolt Brecht wird wieder diskutiert. Im Jahr 2006, als der 50. Jahrestag seines Todes Anlass zu feierlichem Gedenken gab (was größtenteils nicht mehr feierlich war), wurden auch Überlegungen angestellt, inwiefern sich das Werk dieses »Klassikers der Moderne« für die Bildungsarbeit nutzen lässt. Der Deutsche Bildungsserver (www.bildungsserver.de) richtete ein entsprechendes Modul ein, der Politikprofessor Uwe Hirschfeld steuerte zu dem Buch »Politische Bildung bei Antonio Gramsci und Paulo Freire« von Peter Mayo (2006) einen Anhang mit dem Titel »...und Brecht« bei, der, an frühere Ansätze wie Frigga Haugs »Lernverhältnisse« (2003) anknüpfend, eine Erkundung von Lernanordnungen im Sinne der Brechtschen Flüchtlingsgespräche oder Lehrstücke vornahm (vgl. »Brecht als Pädagoge« in: Praxis Politische Bildung 4/06).

Die Bremer Literaturprofessorin Wendula Dahle hat nun im Sommer 2007 einen Band herausgegeben, der solche Diskussionen fortsetzt und seinerseits einige Diskussionen in Weblogs ausgelöst hat (Stalinismusvorwurf etc.). Ausgangspunkt der Publikation ist die Vereinnahmung und Verharmlosung des unbequemen Autors, die im Jubiläumjahr ausgiebig zelebriert wurde. Unter tatkräftiger Mitwirkung von Literaturfunktionären wie Marcel Reich-Ranicki wurde Brecht ja als wortgewaltiger Entertainer, Politikasper, Frauenausbeuter und letztlich als großer Deutscher gewürdigt. Gegen diese nationale Beschlagnahme schreibt der Sammelband von Dahle entschieden an. Die acht Autoren teilen dabei die politische Intention Brechts, nämlich seine Kritik an der kapitalistischen Welt, aber nicht unbedingt die politischen oder ästhetischen Schlussfolgerungen, die er im Laufe seines Lebens gezogen hat.

Der Band beginnt mit der aktuellen Situation im neuen Deutschland, festgemacht an den Reden von Herzog, Stoiber oder Merkel,

was zur Kernfrage nach der Rolle der Nation führt. Die Kritik des Nationalismus wird u. a. an der Gegenüberstellung von deutscher Nationalhymne und Brechts »Kinderhymne«, auch mit aktuellen Bezügen zum Fußballsommer 2006, konkretisiert. Seine Fortsetzung findet das in weiteren Fallstudien, die eine Auseinandersetzung mit der didaktischen Aufbereitung des Werks leisten, mit den damaligen wie heutigen Interpreten und auch mit dem politischen Gehalt der Stücke selbst. Im Grunde wird hier eine Sammlung exemplarischer Analysen – zum Verhältnis von Literatur und Politik und zur Kulturpolitik in den beiden deutschen Staaten – geboten, die für Brecht-Kenner wie Einsteiger gleichermaßen von Interesse sein dürfte.

Das Buch konzentriert sich im Schlussteil auf die politisch umstrittenen Stücke, die nicht wie die »Dreigroschenoper« oder die »Buckower Elegien« ins kulturelle Erbe eingegangen sind: »Die Mutter«, das Lehrstück »Die Maßnahme« oder die Versifizierung des kommunistischen Manifests. Das führt zu einer Auseinandersetzung mit dem politischen Inhalt, denn die Autoren nehmen das epische Theater nicht nur, wie in der pädagogischen Diskussion verschiedentlich vorgeschlagen, methodisch ernst – als interessante Versuchsanordnung für Lernerfahrungen –, sondern diskutieren die Themen, die die Lehrstücke verhandeln und an denen dem Stückeschreiber lag, im Fall der »Maßnahme« also die Frage, was der Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung für die Menschlichkeit der Kämpfenden bedeutet. Die Analyse ist besonders aufschlussreich, denn das Stück gilt gemeinhin als Musterbeispiel eines stalinistischen Politikverständnisses, das über Leichen geht.

Der Spiegel (37/07) eröffnete z. B. im Herbst 2007 seine dubiose Enthüllungsgeschichte über die Toten von Stammheim mit einem Zitat aus der »Maßnahme«. Die von Brecht proklamierte Rücksichtslosigkeit gegenüber fremdem wie eigenem Leben habe die RAF inspiriert, ihren Selbstmord als letzte Kampfmaßnahme einzusetzen. Dahle und Koautor Wolfgang Leyerer zeigen, dass der Stalinismusvorwurf an der Sache vorbeigeht. Das Stück handelt nicht von einer Parteidoktrin, die von oben durchgesetzt werden soll, sondern versucht einen kollektiven Lernprozess

zu inszenieren. Die Zuspitzung auf die Frage, ob das eigene Leben zu opfern ist, orientiert sich, so die Autoren, weniger an taktischen Fragen des Untergrundkampfes als an der idealistischen Dramatik der deutschen Klassik und deren Humanitäts-Pathos. Seit Generationen werden ja deutsche Schüler mit den einschlägigen Sprüchen von Schiller (»Und setzt ihr nicht das Leben ein, nie wird euch das Leben gewonnen sein...«) oder Goethe (»Und so lang du das nicht hast, dieses: Stirb und werde...«) auf das soldatische Ethos des Staatsbürgerdaseins eingestimmt. Brecht wollte dagegen die Bühne, die moralische Anstalt des Bürgertums, mit Fragen des brennend heißen Klassenkampfes besetzen und ihnen die gleiche theatralische Wucht verleihen.

Für die (politische) Bildungsarbeit können die Überlegungen des Sammelbandes aus zweierlei Gründen interessant sein: Erstens wird in der Konzeption der Lehrstücke das thematisiert, was in den didaktischen Debatten der letzten Zeit als Kritik der Belehrungskultur vorgetragen wurde. Brechts Theatertheorie wendet sich in ähnlicher Weise gegen Belehrung, angestrebt wird ein Prozess des Lehrens und Lernens, der auf die Selbsttätigkeit der Akteure setzt – und auch auf ein aktives Publikum, das eben nicht in einer rezipierenden, »glotzenden« Rolle verharrt. Zweitens gibt der Band medienpädagogische Anregungen, welche Werke thematisch interessant sind und sich in der Bildungsarbeit einsetzen lassen. Am Beispiel der »Kriegsfibel«, die mit der Kombination von Bild und Text arbeitet, wird demonstriert, dass die gängige Konzentration aufs Bild in die Irre führt. Brecht misstraute der aufklärerischen Leistung von Abbildungen; die Photographie einer modernen Fabrik, schrieb er im »Dreigroschenroman«, sagt nichts über den ökonomischen Inhalt dieser Einrichtung aus. So versuchte er mit der »Kriegsfibel« die in der Mediengesellschaft bereits durch Texte fixierten Bilder mit neuen Inschriften zu konfrontieren und dadurch Lernprozesse anzustoßen – ein Beispiel dafür, dass der didaktische Poet Brecht Modelle für ein entdeckendes, selbst gesteuertes Lernen liefern kann, das bildungspolitisch heute in hohen Ehren steht.

JOHANNES SCHILLO

Andreas Exner, Werner Rätz,
Birgit Zenker (Hg):
Grundeinkommen –
Soziale Sicherheit ohne Arbeit,
Paul Zsolnay Verlag Wien 2007,
288 S. (21,50 €)

Kaum eine Idee hat es je geschafft, in aller Munde zu sein und von allen Lagern – von neoliberal bis in die linke Ecke – geliebt und gehasst zu werden. Die Rede ist vom Grundeinkommen. Obwohl die Vorstellung von einer gesicherten Existenz durch ein monatliches Einkommen auch nicht mehr die jüngste ist, hat sich das Thema seit den Hartz-IV-Protesten 2002 zum Zankapfel um unsere zukünftige Gesellschaft gemauert.

Seitdem wird vor allem um das Bedingungslose Grundeinkommen (BGE) gehauen und gestochen. Selbst Gegner und Befürworter sind sich jeweils untereinander nicht grün. Einigkeit sei aber auch nicht das Entscheidende, kontert jetzt ein neu erschienenes Buch mit dem schlichten Titel: »Grundeinkommen: Soziale Sicherheit ohne Arbeit«. In diesem neuen Band zum Thema Grundeinkommen kommen zahlreiche linke Stimmen zu Wort: gegen einen verengten Arbeitsethos, sinnlosen Konsum und für soziale Sicherheit.

Die Herausgeber betonen gleich im Vorwort, dass ihnen an Diskussion und Auseinandersetzung um die Idee an sich gelegen sei, die »mit der ganzen Breite des gesellschaftlichen Spektrums« geführt werden solle. Dabei gehe es keineswegs darum, sich dem realpolitischen Handlungszwang auszusetzen, sprich das Grundeinkommen – koste es, was es wolle – morgen einzuführen.

Entsprechend bunt gemischt ist auch die Autorenschaft des Buches. Die Herausgeber Andreas Exner, Werner Rätz und Birgit Zenker haben tatsächlich verschiedenste Positionen – vom Unternehmer Götz Werner bis hin zum Altsozialisten André Gorz – zusammengetragen. Eines haben sie jedoch gemeinsam: Sie halten die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens zumindest für einen wichtigen Schritt, der eine gerechtere Welt ermöglichen könnte. Das ist schon einmal ein Fundament, auf dem sich argumentativ bauen

lässt. Auch erweist sich diese Herangehensweise in jedem Fall als konstruktiver, als den zarten Keim mit blinder Wut gleich im Ansatz mit einer unangemessenen Vehemenz zu zertreten, wie es gelegentlich offensichtliche Grundeinkommens-Hasser im linken Lager tun. Doch sicherlich wird das Buch auch utopiefeindliche Pragmatiker wie Linksfraktionsmitglied Klaus Ernst kaum überzeugen. Dieser hatte erst kürzlich in einem Artikel verlauten lassen, dass ein BGE »ins Nirvana« führe und ökonomischer wie sozialpolitischer Unsinn sei.

Um Überzeugungsarbeit im herkömmlichen Sinne geht es den Autoren aber auch nicht. Für eine genaue Erläuterung einzelner Modelle und greifbare Finanzierungskonzepte wurden andere Bücher geschrieben, wie der attac-Basistext »Grundeinkommen: bedingungslos«.

So werden nicht viele Beiträge des neuen Bandes konkret im Sinne numerischer Beweisführung – dafür aber provokativ frech in alle Richtungen. Eine Speerspitze ist in jedem Fall das Essay von André Gorz, der ganz im Sinne der Marxschen Kapitalismuskritik das Grundeinkommen weniger als Heilsversprechen, denn zuerst einmal als Aufrechterhaltung der kapitalistischen Warengesellschaft sieht. Denn, so die systemimmanente Logik, wo kein Konsument, da ist irgendwann auch kein Profit mehr in Sicht. Eine »Beherrschbarkeit der Bürger« durch die Waren-Lohn- und Marktbeziehungen werde somit durch ein garantiertes Einkommen nicht aufgelöst. Weniger solle das Grundeinkommen demnach als Zweck, denn als Mittel der Menschen verstanden werden, »sich ihre Arbeit und Arbeitsmittel anzueignen« und den Teufelskreis der Produktion um den Willen des Geldverdienens zu durchbrechen.

Letzterer Gedanke spielt auch bei einigen anderen Autoren im Buch eine zentrale Rolle. Nicht nur aus ökologischer Sicht wird dort gefragt, was wir eigentlich zu welchem Zweck produzieren und aus welchem Grunde. Es hat auch weniger mit Askese oder abstraktem Akademikertum, denn mit gesundem Menschenverstand zu tun, wenn Autoren wie der Soziologe Heinz Steinert feststellen, dass »ganz viel von dem, was mit Lohnarbeit hergestellt wird, mehr schadet als nützt und zumindest Schund ist« oder die Herausgeberin

Birgit Zenker fragt, ob unsere Gesellschaft wirklich »Arbeit um beziehungsweise zu jedem Preis braucht«.

Die Diskussion um ein Grundeinkommen greift also – das macht das Buch klar – viel weiter als die Diskussion um das neue Prekariat oder den Arbeitszwang durch Hartz IV. Das wiederum haben arbeitszentrierte Gewerkschaftler wie Klaus Ernst nicht bedacht, wenn sie schreiben, dass das Grundeinkommen nicht einmal als Utopie herhalte. Denn dass der derzeitige Arbeitsbegriff mit seiner strikten Bindung an die Lohnarbeit gar nicht zukunftsfähig sein kann, werden viele Beiträge des Buches nicht müde zu betonen und ist angesichts der globalen Arbeitswelt auch kaum zu verhehlen.

Auf der einen Seite geht es dabei um die Forderung nach der Entkopplung der sozialen Sicherheit von der Erwerbsarbeit, »auf das die Kreativität in die Menge sprühe«, wie die etwas naive Überschrift eines Beitrages des Philosophen Karl Reitter nahe legt. Andererseits soll aber durch eine gewisse Gleichheit, die das Grundeinkommen garantiert, die derzeitige Spaltung der Gesellschaft in stigmatisierte Arbeitslose und noch-in-Arbeit-befindlichen Menschen aufgehoben werden. Das ist nach dem Publizist Kai Ehlers, dessen Beitrag sich an sein Buch »Grundeinkommen für alle – Sprungbrett in eine integrierte Gesellschaft« anlehnt, erst die Voraussetzung für eine neue solidarische Gemeinschaft. Ehlers zeigt in seinem Beitrag als einer der wenigen im Buch auch auf, dass es nicht darum gehen kann, auf ein irgendwann kommendes Grundeinkommen zu warten, sondern dass schon jetzt durch lokale Vernetzung und Solidarisierung an einer neuen Gemeinschaft gebaut werden könne. Auch taucht hier neben der Errichtung eines lokalen Schutzraums im Globalisierungssturm des Kapitals die bereits erwähnte Frage wieder auf, welche Produkte in der Region eigentlich benötigt und was zur »eigenproduktiven Selbstversorgung« eigentlich gebraucht werde.

Das geht für den Politikwissenschaftler und Organisator des Umweltkongresses McPlanet, Chris Methmann, mit der Annahme einher, dass durch ein Grundeinkommen Konsum zwar nach wie vor möglich, aber nicht mehr zwingend ist. Seiner Ansicht nach ist durch das

Mehr an Gleichheit der Anteil des Menschen an der Gesellschaft sichergestellt und so eine Vergesellschaftung über den Konsum überflüssig. Thesen wie diese haben in diesem Buch ihre Berechtigung, auch wenn ihr unerschütterlich-naiver Glaube »an das Gute im Menschen« schon zum Widerspruch reizt.

Insgesamt gesehen gleicht das Buch einem Mosaik-Puzzle, dessen Teile zwar irgendwie zusammenpassen, aber doch am Ende noch kein großes Ganzes ergeben. Aber das soll es auch nicht. Zwar kommen einige Beiträge leider sehr spät zum Punkt und erzählen noch einmal ihre Version der Sicht auf die Welt, die wir aber auch schon in Büchern wie der Globalisierungsfalle oder anderen Standardwerken der neoliberalen Kritik gelesen haben. Doch ohne Zweifel punktet das Buch eben damit, dass durch den bunten Mix der Autoren hier ein Werk mit zahlreichen Gedankenansätzen entstanden ist, die zum Nachdenken anregen und der Debatte um das geliebt-gehasste Thema Grundeinkommen weiter Nahrung geben.

SUSANNE GÖTZE

Wolfgang Möhl, Theo Wentzke:
Das Geld – Von den
vielgepriesenen Leistungen
des schnöden Mammons,
GegenStandpunkt Verlag München
2007, 162 S. (15 €)

»DM-Imperialismus« lautete, lang ist's her, ein Vorwurf an die deutsche Vereinigung, der ausgerechnet vom neudeutschen Star- und Staatsphilosophen Habermas kam. Eine populäre, wohlwollende Fassung der vorwurfsvollen Feststellung wurde von den Wendedeutschen skandiert: »Kommt die D-Mark, bleiben wir, kommt sie nicht, gehn wir zu ihr.« Auch das ist lange her, die Währungsunion von Westmark und Ostmark Historie, die DM ebenfalls. Heute regiert wie selbstverständlich der Euro als Maß aller Dinge, das sich nur noch mit Dollar, Yen und ein paar anderen Kandidaten messen muss. Gegen die historische wie aktuelle *Selbstverständlichkeit* der marktwirtschaftlichen Geldmacht argumentiert

jetzt die neue Veröffentlichung aus dem marxistischen GegenStandpunkt-Verlag und zeigt damit – wenn auch polemisch zugespitzt und auf gut 150 Seiten komprimiert –, dass die wissenschaftliche Auseinandersetzung um die Kritik der politischen Ökonomie kein Schnee von gestern ist. Ein Kapitel des Bandes, der Texte aus der Vierteljahrszeitschrift GegenStandpunkt bzw. von den dort engagierten Autoren (Kar Held, Theo Ebel, Peter Decker...) versammelt und aktualisiert, trägt die Überschrift: »Die deutsch-deutsche Währungsunion – die erstmalige korrekte ›Anwendung des Wertgesetzes‹ auf dem Boden der DDR«. Das Kapitel dürfte vor allem bei ostdeutschen Linken auf Interesse stoßen. Die Autoren beschäftigen sich mit der damaligen Währungsunion und führen auf 26 Seiten einen regelrechten *Systemvergleich* von DM und Mark der DDR durch: Preise und Güter, Armut und Reichtum, Währung und Weltgeld... Dass der kapitalistische Westen in Sachen *Geldvermehrung* durch Ausbeutung nicht zu schlagen ist und seine Massen das Nachsehen haben, ist die eine – und nach den voraus gegangenen Ausführungen des Buches nicht sonderlich überraschende – Seite. Die arbeiterfreundlichen Staatswesen des Ostens aber haben ausgerechnet das *Geld* als Mittel ihrer *Planung* eingesetzt. Wolfgang Möhl und Theo Wentzke als Verantwortliche des Autorenkollektivs nehmen auch das nicht als die Selbstverständlichkeit, die heute weltweit gilt und einfach unterstellt, dass Wirtschaften natürlich nie anders als mit Geld gehen kann. Sie weisen vielmehr nach, dass auch der »reale Sozialismus« mit dieser prinzipiellen Entscheidung die gesellschaftlichen Reichtumsproduzenten von dem von ihnen produzierten Reichtum getrennt hat – selbst wenn Preise und Geld in der DDR anders funktioniert haben und die *Formen* der Armut etwas anders ausgefallen sind als im Goldenen Westen, wo Mittellosigkeit im nackten Elend resultiert. Am Ende haben dann die Parteien des Ostens mit einer gewissen Folgerichtigkeit, enttäuscht von den Leistungen *ihrer* Geldes und den Ergebnissen ihrer Reichtumsproduktion, ihr alternatives System weggeworfen und damit die Macht des »wirklichen« Geldes bekräftigt. »Geld muss man nicht erklären, man muss es haben«. Mit dieser Feststellung steigen Möhl/Wentzke

in ihr Buch ein: Niemand muss wissen, was es mit dem Geld eigentlich auf sich hat, um das sich doch alles dreht. Genau das nehmen sie sich vor – eine wissenschaftliche Erklärung dieses Herzstücks der kapitalistischen Ökonomie zu leisten. Einführend ziehen sie aus den alltäglichen Erfahrungen, die jeder mit dem alles beherrschenden Geldverkehr macht, erste fundamentale Schlüsse auf den Begriff des Geldes und den Charakter des Reichtums in einer Gesellschaft freier Eigentümer. Das zweite Kapitel setzt sich mit den wissenschaftlichen Versuchen auseinander, die die bürgerliche *Volkswirtschaftslehre* in Sachen Geld zu bieten hat. An deren einschlägigen Argumenten und prominenten Vertretern zeigen die Autoren, dass Begeisterung für und Sorge um das Funktionieren des Geldes ein ziemliches Hindernis für das Begreifen einer Sache darstellen. Mit seinen Überlegungen zum »Wert« hat *Karl Marx* dagegen schon vor 150 Jahren des Pudels Kern getroffen, und für Möhl/Wentzke liegt es mitnichten an schwer zu begreifenden Gedanken oder altertümlicher Begriffsbildung, dass ihn kaum jemand versteht bzw. verstehen will. Sie erklären ihren Lesern die zentralen Aussagen der so genannten Arbeitswertlehre jedenfalls in dankenswerter Deutlichkeit, sozusagen »zum Mitschreiben«. Gleich mehrere Kapitel befassen sich – ohne dass damit an der Gültigkeit der Marxschen Polit-Ökonomie gerüttelt würde – mit dem, was der bürgerliche Staat auf dem Feld von Geld und Kredit modernisiert hat, um seine Ökonomie und die Akkumulation abstrakten Reichtums so richtig in Schwung zu bringen. Ein Kapitel über »Das Geld des Staates« thematisiert das heute gültige Zahlungsmittel, das staatliche *Kreditgeld*. Was Marx im dritten Band des »Kapital« begonnen hat, wird hier also mit schlüssigen Argumenten fortgesetzt. Die Entwicklung von der Geldmaterie Gold bzw. Silber zum modernen Papiergeld, das kraft staatlicher Gewalt zum allgemeinen Äquivalent avanciert, wird ebenso erläutert wie der Zusammenhang zwischen den Schulden, die der moderne Staat zur Betreuung und Förderung seines Kapitalstandortes aufnimmt, und der daraus mit Notwendigkeit folgenden Entwertung des gesellschaftlichen Zahlungsmittels, bekannt unter dem Namen Inflation. Unter dem Titel »Geld – das reale Gemeinwesen« widmen sich die

Autoren noch einmal der ausschließenden Macht des Eigentums und dem ihm zu Grunde liegenden *gesellschaftlichen Gewaltverhältnis*. In Form von drei Anhängen zu speziellen Fragen (»Wie kann Papiergeld ›Maß der Werte‹ sein?«, »Das Maß des kapitalistischen Reichtums: ›Surplus-Arbeitszeit‹ und »Grundsätzliche Bemerkungen über Geld und Gewalt, Währung und Gold«) sind Diskussionsbeiträge aus dem Gegenstandspunkt aufgenommen – und wohl auch als Einladung gedacht, diese Diskussion fortzuführen.

RENATE DILLMANN

Arno Hecht:
Der Ostdeutsche – ein Fehlgriff
der sozialen Evolution? oder
Eine Gegenwart ohne Zukunft,
 trafo verlag dr. wolfgang weist
 Berlin 2006, 288 S. (15,80 €)

In Verlegerkreisen ist von »Betroffenheitsliteratur« die Rede, unter westdeutschen Kritikern von »unerträglicher Larmoyanz«. Viele Ostdeutsche aber lesen die Bücher von Arno Hecht, Hanna Behrend, Rita Kuczynski, Siegfried Wenzel und anderen ähnlich schreibenden Autorinnen und Autoren mit Zustimmung und Interesse. Verkörpern diese Bücher doch eine Sicht auf die Gegenwart, die in den marktbeherrschenden Medien zumeist ausgespart bleibt, weil es die Sicht der Verlierer des deutschen Vereinigungsprozesses ist.

Bereits der Titel stellt in mehrfacher Hinsicht eine Provokation dar. Erstens, indem er *den Ostdeutschen* zur Titelfigur erhebt und damit bewusst die sonst übliche Differenzierung der ostdeutschen Population in Gewinner und Verlierer, Täter und Opfer, Integrierte und Exkludierte übergeht. Zweitens, weil der Terminus »soziale Evolution« mit keinem der geschichtsphilosophischen Erklärungsansätze vereinbar ist. Und drittens, weil hier der Gegenwart keine Zukunft eingeräumt wird und die Entwicklung seit der Wiedervereinigung zur »Sackgasse« erklärt wird. All diese Aussagen sind strittig, genau genommen sogar falsch. Das weiß auch der Autor. Er benutzt sie aber, um zu provozieren, genauer, um die ge-

genteiligen Aussagen als Falschaussagen zu entlarven. Und dies gelingt ihm, sprachlich gekonnt und nicht verlegen um die nötigen Belege, durchaus. Trotzdem erscheint es problematisch, mit einem derartigen Titel aufzuwarten. So mancher potentielle Leser wird dadurch vielleicht verschreckt. Mitunter regt sich auch Widerspruch, wenn eine Behauptung allzu dreist und überzogen vorgetragen wird.

Arno Hecht, Autor mehrerer Bücher zur Wende- und Nachwendeproblematik, zeichnet in diesem Buch das Bild einer Spaltung. Den Keim dafür erblickt er bereits in der Besatzungszeit. Höhepunkt und Ausgangspunkt für die deutsche Teilung waren die Währungsreformen des Jahres 1948, zuerst die im Westen, danach die im Osten. Damit steuerte die Entwicklung unaufhaltsam auf eine Spaltung des Landes zu, die sich 1949 in der Gründung der beiden deutschen Staaten manifestierte und bis 1990 bestand. Der Autor lässt keinen Zweifel daran, dass die Verantwortung dafür »bei den Westmächten und den westdeutschen Politikern« lag »und nicht, wie behauptet, bei dem östlichen Pendant« (S. 18). Dies ist grundsätzlich richtig, aber vielleicht doch etwas zu einfach. Auf eine differenziertere Sicht wird aber verzichtet. Richtig ist die Forderung, die Geschichte Deutschlands in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts als »Doppelbiographie zweier Staaten« (S. 34) zu schreiben. Aber ist diese Forderung auch realistisch, da die Geschichte doch überwiegend von den Siegern geschrieben wird?

Quer liegt Hecht auch mit seiner Interpretation der »friedlichen Revolution« in der DDR. Einerseits, weil er denen, die heute für sich in Anspruch nehmen, während der DDR-Zeit vierzig Jahre aktiven Widerstand geleistet zu haben, entgegenhält, dass davon merkwürdigerweise bis 1988 »außerhalb der Reihen der SED« kaum etwas zu verspüren war (S. 38). Andererseits wegen seiner Einschätzung der »revolutionären Herbstbewegung des Jahres 1989« als »Ergebnis der Aktivitäten von Bürgerrechtlern sowie von Angehörigen der Funktionselite« (S. 39). Letztere werden in diesem Kontext heute gerne vergessen.

Das Jahr 1990, in der offiziellen Geschichtsschreibung eher ein vergessenes Jahr, füllt bei Hecht ein ganzes Kapitel, als »Jahr der Selbst-

aufgabe« (S. 46). Hierauf folgen Vereinigung und Transformation in kritischer Reflexion. Dabei steht der Elitenwechsel in Ostdeutschland im Zentrum. Inzwischen hat man selbst in Fachkreisen im Westen erkannt, dass hier offenbar zu viel des »Guten« getan wurde, wodurch der Region zwischen Ostsee und Erzgebirge nachhaltiger Schaden zugefügt worden ist. Den größten Schaden tragen freilich die Betroffenen selbst, zu welchen auch der Autor zählt. Aber gerade dieser Schaden ist irreparabel, weshalb es müßig zu sein scheint, ihn immer wieder aufs Neue zu beklagen. Einziger Zweck derartiger Klagen ist es, Fakten festzuhalten, die der historischen Wahrheitsfindung dienlich sind. Alles andere unterliegt der Gefahr, in Selbstgerechtigkeit auszuarten, was weder den Betroffenen noch nachfolgenden Generationen hilft, da vergangenheitsorientiert und nicht auf die Zukunft gerichtet.

Schwarz-Weiß-Malerei kommt in derartigen Darstellungen nie gut an, weder auf der einen noch auf der anderen Seite. So erscheint die Kritik des Neoliberalismus entschieden zu pauschal (S. 107). Ebenso die Feststellung, wonach Ostdeutsche »keinerlei finanzielle Rücklagen« hätten (S. 108). Es stimmt auch nicht, dass sich für »die Mehrheit« der Ostdeutschen durch den Systemwechsel außer »der Chance der Arbeitslosigkeit und des sozialen Abstiegs, der Altersarmut und des verkommenen Gebisses« (S. 122) nichts (oder nur wenig) geändert habe. Dagegen ist es zutreffend, dass die Vereinigung in wirtschaftlicher, sozialer und politischer Hinsicht ein Desaster war. Dies nicht zuletzt deshalb, weil »die Mehrheit der Bundesbürger alt weder vereinigungswillig noch -fähig« war (S. 126) und die politischen Eliten sich als unfähig erwiesen, den Einigungsprozess konstruktiv zu gestalten. Vielleicht erscheint »der Ostdeutsche« manchem Westdeutschen heute in der Tat als »Fehlgriff der sozialen Evolution« (S. 132). Dies wird sich aber irgendwann ändern. Die Frage ist daher, wie wir von dieser Fehlwahrnehmung wegkommen und ein faires Miteinander in Deutschland entwickeln können. Dazu findet sich in diesem Buch jedoch kein Abschnitt. Dafür thematisiert der Autor eine Reihe von ungewissen »Zukunftsaussichten« für den Osten, ergänzt durch sozialro-

mantische Ideen einer Gesellschaftsreform, die zur Diskussion herausfordern. So schreibt er zum Beispiel: »Nicht wirtschaftliches Wachstum, sondern soziale Umverteilung des erarbeiteten Vermögens« sei »die Herausforderung der Zukunft« (S. 249). Als Instrument dafür favorisiert er – überraschenderweise in Übereinstimmung mit neoliberalen Hardlinern – ein »Bürgergeld«, das auch denjenigen ein menschenwürdiges Dasein ermöglichen solle, »denen ein Arbeitsplatz nicht mehr zur Verfügung gestellt werden kann« (S. 253). Dass dies für die Mehrheit der Ostdeutschen nur noch eine Rente in Höhe von Hartz IV bedeuten würde, übersieht er dabei. Wie eine Region existieren soll, die wirtschaftlich nicht mehr wächst, sondern nur noch umverteilt, bleibt ein Geheimnis des Autors. An diesen Punkten zeigt sich die Schwäche des Buches: es ist *nicht* zukunftsorientiert, auch da nicht, wo es dies zu sein vorgibt; es ist ein »Vergangenheitsbuch«. Als solches steht es für die durchaus nachvollziehbare Kritik einer bestimmten sozialen Gruppe, der ehemaligen DDR-Elite, und einer ganzen Generation, der heutigen Rentner und Vorrentner, am Vereinigungsprozess. Die nicht dazu gehörenden Gruppen und die nachfolgende Generation aber werden das Buch sehr skeptisch betrachten und es nur mit großen Vorbehalten lesen.

ULRICH BUSCH

Hanno Rauterberg:

»Und das ist Kunst?!«

Eine Qualitätsprüfung,

S. Fischer Frankfurt a. M. 2007,

256 Seiten (16,90 €)

Dem »Zeit«-Redakteur Rauterberg gelingt in diesem Buch eine klare Darstellung all dessen, was keine Kunst ist. Er zeigt am Beispiel von zehn Irrtümern, wie sich heutige Kunst feinsäuberlich und mit allen Marketingtricks verkleidet, um sich als Kunst, die eigentlich keine ist, zelebrieren zu können. »Irrtum Nr. 1« sei, dass »gute« Kunst keine Kriterien kenne und »Nr. 2« behaupte, Kunst müsse immer Neues bieten oder, so Irrtum »Nr. 7« alles könne Kunst sein. Wortgewandt und unterhaltsam

zeigt der Autor für jedes dieser Irrtümer an konkreten Beispielen, wie negativ diese Irrtümer auf Werk und Künstler wirken. »Selbst bei manchen jungen Malern aus Leipzig,« schreibt er als Beweis für Irrtum »Nr. 5«, demzufolge Kunst kein Handwerk brauche, »zeigen sich binnen kurzer Frist erste Risse im Öl, die Grundierung stimmt nicht, die Farbe ist zu dünn aufgetragen. Viele Kunstwerke sind so schludrig gemacht, so unausgereift, als sollten sie nur einen Biennalesommer durchhalten.« Auch die Hintergründe für diese Verflachung der heutigen Kunst benennt der Autor klar beim Namen. »Mag die Kunst auch noch so abstrakt und unverständlich sein, verstanden wird sie dennoch, spätestens sobald ihr Tauschwert festgelegt ist.« Es geht also um Geld. Alles beginne mit dem Markt. Im Gegensatz zu einem teuren Schmuckstück besitzen die Kunst sogar einen doppelten Mehrwert für ihre Käufer, nämlich »die Aussicht darauf, sie eines Tages mit Gewinn weiterverkaufen zu können, und die Sozialdividende. Wer Geld für Kunst ausgibt, der kann sich nachsagen lassen, er habe etwas für die Bildung und ganz allgemein für die Menschlichkeit getan.« Wie diese »Sozialdividende« kontinuierlich dazu geführt hat, dass im Zeitalter des Neoliberalismus nicht mehr die Museen bestimmen was Kunst ist, sondern eben jene Damen, Herren und Stiftungen, die sich andernorts, global und legitim an handfest produziertem Mehrwert bereichern konnten, entwickelt der Autor an Beispielen aus Berlin oder Köln sehr genau. Die Nutznießer dieser »Sozialdividende«, also die Käufer moderner Kunst, stopfen mit ihren Sammlungen, deren einzelne Objekte ein an Geldmangel notorisch leidendes öffentliches Museum gar nicht mehr ankaufen könnte, die Museen zu. Sie diktiert auf diese Weise die Bedingungen, zu denen diese Sammlungen gezeigt werden dürfen.

So wie dem Autor dieser enthüllende erste Teil seines Buches gelungen ist, so zögerlich, schüchtern und, berauscht von Kants und Schellings ästhetischen Theorien, bleibt er im zweiten Teil subjektiv idealistisch.

Er folgt seinen eigenst verwendeten Begriffen, wie »Mehrwert« oder »Dividende« nicht ernsthaft, denn dann wäre er automatisch auf ihre gesellschaftliche Genesis gestoßen, die eben nicht im »Metabereich« von Kunst, son-

dern in der Produktion und den Börsen ihren Ursprung haben. Ihm misslingt das Versprechen, eine Qualitätsprüfung mit positiven Kriterien einzulösen, denn er, ganz kantisch, entwurzelt die Kunst, deren Quelle ja immer das konkrete menschliche Leben ist, wozu auch Mehrwert, Dividende, Krieg, Liebe, Trauer gehören. Was ist also nun Kunst? Sie will, so der Autor, »niemanden zur Wahrheit bekehren«. Sie soll dem Betrachter eine »Lust der Reflexion« bereiten, seine »Erkenntniskräfte stärken«, ihn »ästhetisch weiterbilden«. Alles könne sich dementsprechend in den Museen um »das Verfeinern der Sinne drehen«. Auf diese Weise würde aus dem individuellen Betrachten im Museum ein »kollektives«, das der Autor »Wir-Kategorie« nennt. So präzise der erste Teil des Buches die konkrete Wirklichkeit von heutiger Kunst dargelegt hat, so unpräzise verfährt der Autor mit der Darstellung der gesellschaftlichen Wirklichkeit von Kunst im zweiten Teil.

Es ist eben nicht nur die »Sozialdividende«, also die selbstsüchtige Eitelkeit, die sich hinter den Machern der heutigen Kunst versteckt, sondern dahinter verbirgt sich ein Programm, das durchgesetzt wird von Juroren, die zumeist die Gunst der Kunstspensoren und Sammler suchen. Dies Programm lautet: Kunst hat nichts mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit am Hut! Kunst ist lediglich Intuition! Kunst ist nicht Ideologie oder Philosophie!

Hätte Kunst gar nichts mit Philosophie oder Ideologie zu tun, warum bezieht sich Rautenberg in seinem Buch dann ständig auf Kant und Schelling? Offensichtlich weiß er von der Bedeutung, die Philosophie auf die Künstler hat. Da er in der heutigen Geisteswelt aber offensichtlich niemanden findet, auf dessen Philosophie er seine Kunsttheorie stützen könnte, muss er sich auf die großen Geister der frühbürgerlichen Zeit des revolutionären deutschen Aufbruchs stützen. Das geistige »Material« für die französischen Maler, wie Courbet, lieferten unter anderem die französischen Philosophen La Mettrie, Diderot, Helvétius und Holbach. Delacroix schöpfte besonders aus den Werken von Shakespeare, Aligheiri und Goethe. Rautenberg, der im ersten Teil seines Buches deutlich den Dünger schildert, auf dem die modernen Künstler ihre Werke wuchern lassen, grenzt sich von deren vielfälti-

gen »Lebensphilosophien« deutlich ab, allerdings vermag er nicht, die Wurzeln für die Kunst offen zu legen. Dazu gehört nicht nur der Alltag, sondern auch die Philosophie, ohne die ein Künstler, der ja stets etwas, wie Rautenberg mit Kant sagen würde, »ohne Zweck« schafft, also keine Werkzeuge oder nützliche Alltagsgegenstände produziert, nicht kreativ sein kann. Denn, ähnlich wie die Philosophie, muss die Kunst verallgemeinern. Sie wird, im Gegensatz zur Philosophie, jedoch dadurch stets konkret, dass sie die Besonderheiten des Dargestellten zu zeigen versucht und dadurch eine ganz eigene Welt der Kunst entstehen lässt.

Dieses weltanschaffende der Kunst entsteht dort, wo sie, wie Lukacs sagte, zur »Selbstbewusstheit der Menschen« beiträgt. Aber genau diese Selbstbewusstheit, dieser Blick auf die Menschheit, soll durch die sorgsame Pflege der zehn Irrtümer, forciert von den Nutzern der Kunstsozialdividende, verhindert werden. Ein Blick in die jüngere Geschichte, Rautenberg versäumt das, hätte dies schnell gezeigt, denn im zwanzigsten Jahrhundert wurde unter den Künstlern noch heftig um die menschlich-geistige Orientierung ihrer Kunst gestritten. Sie bezogen sich, so oder so, auf die gesellschaftliche Wirklichkeit von Industrialisierung, Weltkrieg, Vaterlandsverherrlichung. George Grosz griff die kubistischen Maler mit den Worten an: »Was seid ihr anders als klägliche Trabanten der Bourgeoisie?« Oder, etwas weiter zurück, Courbet, er wollte alle Klassen ohne Ansehen der Person zum Thema der Kunst machen. Sein Bild »Steinklopfer«, das 1855 (Pariser Weltausstellung) der Öffentlichkeit präsentiert wurde, stieß auf enorme Ablehnung des Adels. Der Schriftsteller und Freund Courbets Champfleury kommentierte diesen Protest mit den Worten: »Man will nicht zugeben, dass ein Steinklopfer ebensoviel wert ist wie ein Prinz. Der Adel entrüstet sich, dass so viel Meter Leinwand Leuten aus dem Volk zuteil wurden. Nur die Herrscher haben das Recht, in ganzer Figur dargestellt zu werden.« Diese aristokratischen Protestler beschimpften die Malerei Courbets als flachen »Realismus«. Courbet nahm diesen Begriff auf und machte ihn zu seinem Programm. Der »Realismus«, ein Begriff, der den meisten Kunstkritikern Schmerzen bereitet, ist keine

Vorschrift an die Malweise der Künstler, sondern ein wichtiger Schritt, um von der Verdrängung, Verkleisterung oder Verherrlichung des menschlichen Miteinanders zur konkreten, vielfältigen und wirklichen Betrachtung des gesellschaftlichen Seins zu kommen. Denn worin sonst soll die Aufgabe von Kunst bestehen, wenn nicht in der Katharsis, die zur Selbstbewusstheit führt? Der Autor hätte aus dem ersten Teil seines Buches nur die konsequenten Schlussfolgerungen ziehen müssen, dann wäre sein Buch für Studenten der Hamburger Akademie der Künste, wo er Mitglied ist, sicher ein nützlicher Fingerzeig gewesen, der in die Richtung Picassos hätten weisen können. Der zu sagen pflegte: »Es gibt keine abstrakte Kunst«. Picasso nahm Stellung zu der konkreten gesellschaftlichen Wirklichkeit, die von Leid, Hunger, Not und Krieg (»Guernica« 1937; »Massaker in Korea« 1954) geprägt war.

JÜRGEN MEIER

Sergio Bologna u. a.:
Selbstorganisation.
Transformationsprozesse von
Arbeit und sozialem Widerstand
im neoliberalen Kapitalismus,
Die Buchmacherei Berlin 2007,
213 S. (12 €)

Zweifelsohne befindet sich der Neoliberalismus in einer Krise. Die Zeiten, in denen er hegemonial das Denken großer Teile der Gesellschaft, keineswegs bloß der »Eliten«, bestimmte, scheinen vorbei. Die Entstehung und Etablierung der LINKEN ist nur der sinnfälligste Ausdruck hierfür.

Wenn man von neoliberaler Hegemonie, deren Krise sowie Versuchen, ein gegenhegemoniales Projekt zum Neoliberalismus aufzubauen, spricht, muss man in Rechnung stellen, was mit Hegemonie eigentlich gemeint ist. Es handelt sich hierbei keineswegs um ein reines Zwangs- oder Gewaltverhältnis. Vielmehr handelt es sich um eine Herrschaftsform, die auf der – passiven oder aktiven – Zustimmung der Mehrzahl der von ihr Unterworfenen beruht. Eine solche Zustimmung ist nur dann

möglich, wenn an der realen Lebens- und Arbeitssituation der Menschen angeknüpft, ihre Erfahrungen thematisiert und ihre Bedürfnisse zumindest partiell artikuliert werden.

Fasst man nun den Neoliberalismus als eine hegemoniale Herrschaftsform auf, dann stellt sich die Frage, an welche Erfahrungen der Subjekte er anknüpfen konnte/kann, worin seine Attraktivität bestand/besteht und was dies für eine systemtransformierende Praxis sozialen Widerstands bedeutet.

Dem in der Berliner Medienwerkstatt »Die Buchmacherei« erschienenen Sammelband »Selbstorganisation. Transformationsprozesse von Arbeit und sozialem Widerstand im neoliberalen Kapitalismus« lassen sich wichtige Antworten auf diese Fragen entnehmen. Hervorgegangen ist der Band aus einer Veranstaltungsreihe, die das »Institut für sozialökonomische Handlungsforschung (SE-ARI)« zwischen Herbst 2005 und Frühjahr 2006 in Bremen organisierte.

Der Zusammenhang zwischen den Beiträgen wird durch die gemeinsame Orientierung an den thematischen Eckpunkten (Wandel der Arbeitsorganisation, der Entstehungs- und Handlungsbedingungen sozialer Bewegungen, der Subjektkonstitution sowie Selbstorganisation hergestellt. In einem ersten Block von Beiträgen geschieht dies in eher theoretischer Form, im zweiten Block mit Hilfe von Beispielen aus der sozialen Praxis. Abschließend wird mit dem Thema Prekarisierung/prekäre Arbeitsverhältnisse eine Diskussion aufgenommen, die mir für die Linke derzeit von zentraler Bedeutung scheint. Damit gelingt es den Autorinnen und Autoren, eine Vielfalt unterschiedlicher Perspektiven mit einer Kohärenz zu verknüpfen, so dass die Beiträge wechselseitig als Erläuterungen und Vertiefungen gelesen werden können.

Gemeinsam ist den Beiträgen die Orientierung an einem transformatorischen bzw. »radikalen« Reformverständnis. »Reformen«, so die Herausgeber in der Einleitung, »orientieren sich hier nicht an den von den Erfordernissen des Kapitals vorgegebenen Grenzen, sondern u. a. an der Frage, inwieweit sie Bedingungen für eine Transformation der kapitalistischen Gesellschaftsformation in sich tragen und somit über die im Kapitalismus grundsätzlich zur Disposition stehenden Verbesserungen der

Lebens- und Arbeitsbedingungen hinaus nachhaltige Veränderungen befördern« (S. 11).

In einer aufschlussreichen Rekonstruktion der psychosozialen Folgen der (gewaltförmigen) Durchsetzung des Kapitalismus macht Holger Heide in seinem Beitrag »Angst und Kapital. Warum Widerstand im Postfordismus so schwierig ist« einen Vorschlag, wie sich die Entstehung dieser beiden konträren Vorstellungen von Reform erklären lassen und was notwendig ist, um ein transformatorisches Reformverständnis in sozialen Bewegungen verankern zu können. Die gewaltförmige Durchsetzung des Kapitalverhältnisses habe zu einer »kollektiven Traumatisierung« geführt, die sich in einer unbewussten »Identifikation mit dem Aggressor«, d. h. dem Kapital, äußere. Konsequenz hieraus sei eine ungerichtete Wut als Reaktion auf die verdrängte Angst auf der einen, der Verlust an den Glauben an Alternativen zum Kapitalismus *als System* und damit das Sich-Bescheiden auf die Beseitigung von Ungerechtigkeiten *innerhalb* des Systems auf der anderen Seite. Nur wenn innerhalb der sozialen Bewegungen die in jedem Einzelnen sitzende Angst und Wut in einer solidarischen Anstrengung bearbeitet (durchgearbeitet) werde, könne sozialer Widerstand über das Bestehende hinausführen.

Heide macht deutlich, dass es die Subjekte sind, die den Kapitalismus durch ihr Denken und Handeln mit reproduzieren und eine Abstraktion von diesem, die einer antikapitalistischen Theorie und Praxis nicht gerecht zu werden vermag. Was dies für die Praxis sozialer Bewegungen bedeuten könnte, diskutiert er in einem weiteren Beitrag am Verhältnis von Interesse und Bedürfnis exemplarisch am Beispiel von Genossenschaften und den »Anonymen Alkoholikern« als organisierte Selbsthilfegruppe. Er macht zugleich klar, dass ein unvermittelter Appell an die Subjekte »aufzuhören, den Kapitalismus zu machen« (John Holloway) wenig Aussicht auf Erfolg haben wird, wenn die Bearbeitung der Ängste nicht ein wichtiges Moment der politischen Praxis wird.

Wird die dialektische Verschränkung von Subjekt und Objekt, von Individuum und Gesellschaft bei Heide, wie auch in Michael Danners sozialphilosophischer Reflexion des sich selbst entfremdenden Selbst primär von der

»subjektiven Seite« her entwickelt, so rücken Athanasios Karathanassis und Lars Meyer die »objektiven« polit-ökonomischen Wandlungsprozesse des Kapitalismus in den Mittelpunkt und untersuchen von dort aus, was diese für die Formierung und Beschaffenheit sozialer Bewegungen (Karathanassis) und die spezifischen Subjektivierungsformen in der Lebens- und vor allem Arbeitswelt bedeuten.

Karathanassis macht mit dem begrifflichen Instrumentarium der Regulationstheorie klar, dass die Stärke der klassischen »alten sozialen Bewegungen« in ihren bürokratisch-großorganisatorischen Formen von Gewerkschaften und reformistischen Arbeiterparteien an einen bestimmten Entwicklungsstand des Akkumulationsregimes gebunden war und nur eine besondere Form der Regulation des Kapitalverhältnisses darstellt. Mit dem Übergang zum Postfordismus werden diese bürokratischen Großorganisationen in zweifacher Weise in Frage gestellt: Zum einen werden sie als Verhandlungspartner in einem korporatistischen »Wettbewerbsbündnis« für die Kapitalstrategien immer entbehrlicher. Zum anderen entsprechen sie immer weniger den gewandelten Bedürfnissen der Menschen nach Autonomie und Selbstorganisation.

Die Widersprüchlichkeit der »neuen Autonomie« in der Arbeitswelt ist Gegenstand der arbeitssoziologischen Skizze bei Lars Meyer. Diese ergibt sich seiner Ansicht nach dadurch, dass mit betriebswirtschaftlichen Konzepten der »indirekten Steuerung« zwar den Bedürfnissen nach Selbstbestimmung, Selbstverantwortung und Autonomie entgegengekommen wird. Da der Rahmen, in dem diese Prozesse stattfinden, jedoch durch Imperative der Kapitalverwertung diktiert wird, komme es zu einer pathologischen Verkehrung, die sich in Selbstausbeutung, Intensivierung von Arbeit, Stress etc. äußere.

Empirisch gesättigt werden die oben skizzierten theoretischen Diskussionen durch Beispiele sozialen Widerstands, welche wiederum als Reaktion auf die sich verändernden Arbeitsorganisationen und betrieblichen Strategien gesehen werden müssen. Der Versuch der Selbstorganisation spielt hier eine wesentliche Rolle, am Beispiel der französischen SUD-Gewerkschaften, des Kampfes gegen die Einführung des CPE sowie der confédération pay-

sanne bei Willi Hajek, ebenso wie in Inken Wanzeks Beitrag über das NCI-Netzwerk bei Siemens.

Um den Faden vom Anfang noch einmal aufzunehmen. Aus dem Buch lässt sich lernen, dass eine politische Praxis, die auf eine Überwindung der Kapitaldominanz abzielt, nur dann erfolgreich sein kann, wenn sie die Wandlungsprozesse, die mit dem Neoliberalismus/Postfordismus einher gingen, ernst nimmt, und sich fragt, inwiefern die Bedürfnisse (Autonomie, Selbstorganisation etc.), die durch diesen in pervertierter Form artikuliert werden, auf »höherer Stufe« eingelöst werden können. Dies schließt ein Zurück zu den scheinbar »goldenen Zeiten« des Keynesianismus, dessen ökologische und globale Kosten sowie rassistische und sexistische Abschlussmechanismen von so manchen zur Zeit geflissentlich übersehen werden, aus. Dass die sozialen Bewegungen in diesem Transformationsprozess eine zentrale Rolle spielen (müssen), steht außer Frage. Daneben scheint mir aber auch eine Wandlung und Revitalisierung von Parteien und Gewerkschaften als Akteuren sozialen Widerstands notwendig. In welche Richtung eine solche Veränderung gehen müsste, auch dafür lassen sich dem besprochenen Buch, neben den Herausforderungen, die mit den Wandlungen des Kapitalismus für eine widerständige Theorie und Praxis einhergehen, wichtige Hinweise entnehmen. Bleibt zu hoffen, dass das unterbreitete Diskussionsangebot rege genutzt wird.

ALEXANDER SCHLAGER

Günter Benser:
Volksbühne Heidenau
 1906 bis 1939 – 1945 bis 1949.
 Die bewegte Geschichte eines
 Amateurtheaters, edition bodoni
 Berlin 2007, 238 S., zahlreiche
 Fotos und Faksimiles (17,90 €)

Was kann dazu bewegen, die Geschichte des Amateurtheaters einer sächsischen Kleinstadt zu lesen? Einer »Laienspielgruppe«, die sich bei ihrer Gründung 1906 wohl eher zufällig den beziehungsreichen Namen »Volksbühne

Heidenau« gab, die bis 1939 geschickt überdauern konnte und der es nach 1945 bei dem Versuch, wieder in Gang zu kommen, ähnlich erging, wie vielen anderen Traditionsbeständen deutscher Arbeiterkultur.

Zunächst: Kulturgeschichte der Arbeiter und die der Arbeiterkulturbewegung sind heute kein aufregendes Thema mehr. Das war vor gut dreißig Jahren anders. Zuerst begann im Osten der kulturhistorische Blick auf Kultur und Lebensweise der »wirklichen Arbeiter« das stramm an der politischen Geschichte ausgerichtete Bild von der »herrschenden Arbeiterklasse« etwas zu relativieren und zu öffnen. Erste Studien zur Arbeiterkulturbewegung erweiterten damals den Horizont der politischen Organisationsgeschichte. Und »im Westen« ging bald darauf die Kulturfraktion der politisierten 68er daran, die Arbeitertraditionen auf ihre mögliche Lebenskraft zu prüfen und nach dem »Veränderungspotential« der Arbeiter und der Arbeiterorganisationen zu fragen. Dieses Interesse konnte sogar akademisch etabliert werden, und die historische Arbeiterkultur avancierte zum Thema von wissenschaftlichen Konferenzen und Sammelbänden.

Die Erinnerung mag täuschen, aber das Theaterspielen von Arbeitern gehörte damals nicht zu den bevorzugten Gegenständen. Vielleicht war dazu schon alles gesagt, denn hier blieb es weitgehend bei dem, was bereits 1961 von Ludwig Hoffmann (über die Weimarer Zeit) und dann 1971 von Friedrich Knilli und Ursula Münchow (über das frühe deutsche Arbeitertheater) vorgelegt worden war. Für solche eher geringere Aufmerksamkeit ließen sich mehrere Gründe finden. Voran vielleicht die »Musealisierung« des Liebhabertheaters. Es spielte aktuell für die Geselligkeit der breiten Schichten nicht mehr die Rolle, die es vor dem Zweiten Weltkrieg hatte. Wohl darum war auch das Interesse an seiner (hauptsächlich politischen) Instrumentalisierung weitgehend erloschen. Und dann die Schwierigkeiten mit den Quellen. Günter Benser führt anschaulich (und lehrreich auch für Kulturhistoriker) vor, was da alles herangezogen und geprüft werden kann und wohin die Spurensuche den motivierten Historiker führt – voran in die diversen Archive und Bibliotheken. Hier aber hat das Theaterspielen so gut keine Spuren hinterlassen, es finden sich günstigstenfalls

Nachrichten über seine wirtschaftlichen und organisatorischen Bedingungen, Texte und die Spuren von Zensur und Kontrolle. Es ist darum nicht verwunderlich, dass auch die auf die frühen Arbeiten folgenden kleineren Studien zum historischen Arbeitertheater sich vorrangig mit seiner Organisationsgeschichte oder mit den Texten der dramatischen Literatur befassten.

Auch die von Günter Benser erschlossenen Quellen sprechen nur sehr indirekt über das reale Vereinsleben, über die persönlichen Eigenheiten seiner Protagonisten, ihre Motive, Erfolge und Enttäuschungen. Es ist also nur zu vermuten, was da wirklich geschah, wenn sich arbeitende Menschen in ihrer freien Zeit zusammenfanden, um für andere aus ihrem sozialen Umfeld Vergnügliches zu inszenieren und sich ihnen in anderer Rolle zu präsentieren. Bestenfalls in Erinnerungen von Zeitzeugen ist noch erkennbar, welche Selbstwertsteigerung für die Vereinsmitglieder damit verbunden war, sich solcherart Lebensbereiche außerhalb von Arbeit und Familie zu erschließen, in bescheidenem Maße öffentlich zu werden, Freundschaften und gesellige Kontakte zu pflegen. Und dabei zu lernen, andere Rollen zu spielen und zu erleben, welchen inszenatorischen Regeln das Leben gehorcht. Wichtig war sicher auch die Gelegenheit, sich selbst körperlich auszustellen und in Stücken mitzuspielen, die meist von Liebe und Herzeleid handelten. Das Vergnügen an den vorge-spielten amourösen Affären muss beträchtlich gewesen sein – man schaue sich nur die unternehmungslustigen jungen Damen von der Volksbühne Heidenau auf dem Foto von der Demonstration des Kulturkartells an (S. 77) oder das der feschen Eltern des Verfassers (S. 14), die beide zu den Stützen des Ensembles gehört haben.

Auf solche Art von »Arbeitertheater« mochte die hier erwähnte kulturhistorische Literatur kaum eingehen und fand dafür bestenfalls entschuldigende Worte. So heißt es in der Einleitung (der 3. Auflage von 1977) von Ludwig Hoffmann (nun zusammen mit Daniel Hoffmann-Ostwald): »Außerdem schlossen sich politisch uninteressierte Arbeiter lediglich deshalb zu Theatervereinen zusammen, um gesellige Abende mit Theateraufführungen und anschließendem Ball zu veranstalten.«

Von »minderwertigem Ersatz für das herrschende Berufstheater« (S. 24) ist da die Rede. »Diese Form des proletarischen Laientheaters unterschied sich kaum vom üppig wuchernden Dilettantentheater des Kleinbürgertums.« Weil es sich aber um theaterfreudige Arbeiter handelte, wurde wenigstens nachsichtig angefügt: »Auch der Theaterverein war eine Gegenwehr gegen die verkrüppelnde Wirkung der Ausbeutung, war ein Versuch, am kulturellen Leben teilzunehmen. Er war Selbsthilfe mit untauglichen Mitteln. Daß aber die Mittel untauglich blieben, ging auf andere Ursachen zurück.« (S. 16)

Entschuldbar war solches Versagen für die DDR-Autoren freilich nur bis 1919, danach war es klar: als wirkliches Arbeitertheater konnte nur noch akzeptiert werden, was sich selbst als kommunistisch verstanden hat. So grundsätzlich mochte einst auch Günter Benser geurteilt haben – im Widerstreit mit den eigenen Erfahrungen. Sein Großvater gehörte zu den Begründern des Theatervereins und war über Jahrzehnte ihr Regisseur. »In meinem Elternhaus – wir wohnten im Hause der Großeltern in der Dohnaer Straße 41 – drehte sich fast alles um die Volksbühne.« (Im umfangreichen Personenregister ist der Name Benser siebenmal aufgeführt.) Der Verfasser selbst stand als Kind auf der Bühne. Ein Foto zeigt ihn als (kleinsten) Zwerg mit geschultertem Hammer in Hauptmanns »versunkener Glocke«. Sein herzkranker Vater verstarb während einer Aufführung als Schauspieler in der Garderobe. »Trotz dieser Kindheitserinnerungen ergriff mich nie das Verlangen, als Amateurschauspieler in die Fußtapfen meiner Eltern und meiner beiden Großväter zu treten. Ich bin Historiker geworden, und habe es nie bereut.« (S. 13).

Doch war es offenbar diese berufliche Karriere, die Günter Benser nach einer Lehre als Industriekaufmann über die Arbeiter- und Bauernfakultät und das Geschichtsstudium in Leipzig bis in das Institut für Marxismus-Leninismus brachte, die ihn lange Zeit daran gehindert hat, seine lebendigen Erfahrungen mit der Arbeiterkultur auch als würdigen wissenschaftlichen Gegenstand zu akzeptieren. »Es gab immer tatsächlich oder angeblich Wichtigeres zu tun.« (S. 14) Nun stellt er »mit großem Bedauern« fest, dass er als versierter

Historiker »so manches Dokument, so manches Photo, so manches museale Stück (hätte) zusammentragen können. Da wäre manche Erinnerung aufzuschreiben gewesen, die mit ins Grab genommen worden ist. Mit Hilfe von Zeitzeugen hätten sich viele Geschehnisse und Zusammenhänge rekonstruieren lassen. Warum nur habe ich das nicht getan, obwohl mein Interesse an der Volksbühne mit der Zeit wuchs, repräsentiert sie doch ein bemerkenswertes Kapitel in der Geschichte meiner Heimatstadt wie auch ein Stück unserer Familiengeschichte.« (S. 14)

Es macht den Charme des Buches aus, dass man miterleben kann, wie ein Politik-Historiker der DDR (überdies langjährig Spezialist für kommunistische Parteien) daran geht, sorgsam und mit Empathie die Geschichte eines künstlerischen Arbeitervereins zu rekonstruieren, der nach Auffassung der politischen Bewegung zu jenem abzulehnenden Klimbim gehörte, der die Arbeiter von ihrer eigentlichen Aufgabe ablenke. Vielleicht ist das doch nicht nur der Altersweisheit geschuldet – wie Günter Benser es selbst nahe legen möchte –, wenn er anmerkt, dass beim Autor »im Laufe der Jahre der Respekt vor den Akteuren der Volksbühne gewachsen ist und er als Siebzjähriger wohl mit mehr Verständnis und Wärme über diese zu schreiben vermag, als er dies als Vierzigjähriger vermocht hätte.« (S. 17) Hier war eine ideelle Barriere zu überwinden, denn schädlich waren solche »kleinbürgerlichen Unterhaltungen« ja nicht nur nach Auffassung früher SED-Geschichtsschreiber. Bereits für die alte Sozialdemokratie, vor allem für ihre Bildungsausschüsse, waren sie minderwertig bis schädlich. Seit Franz Mehring und der Gründung der Volksbühnenorganisation ging es darum, diese Formen der Selbstversorgung ebenso zu überwinden wie das so genannte Volkstheater. Arbeiter sollten Zugang zur »echten Kunst« erhalten. Kriterium der Wertschätzung war das, was in heutigen Worten »kulturelle und politische Bildung« heißt.

Günter Benser begründet seine salomonische Lösung so: »Die Agit-Prop-Szene und die Dramatischen Vereine vom Charakter der Heidenauer Volksbühne – das waren zwei verschiedene Welten. Doch beide Strömungen schöpften aus dem gleichen sozialen Milieu,

zeugten vom Streben nach Selbstverwirklichung von Werktätigen auch außerhalb der Arbeitswelt. Beide Strömungen wandten sich an die gleichen Adressaten – an die arbeitende Bevölkerung. Die einen wollten diese aufrütteln und belehren, die anderen wollten diese unterhalten und etwas Freude ins triste Dasein bringen, ohne immer den Finger in die durch soziale Gegensätze und politische Frontlinien aufgerissenen Wunden zu legen. Zeitgenössisch waren dies unvereinbare Motivationen. Rückblickend gesehen, hatten beide ihre Berechtigung. Denn wieso eigentlich sollte ein Arbeiter nicht am Sonntag über eine Klamotte wie »Die verschwundene Pauline« lachen und am Montag für seine Rechte demonstrieren oder streiken?« (S. 96)

Günter Benser kann diese Wertung durch seine Studie belegen. Sie schildert, wie ein Kreis von engagierten Arbeitern, Angestellten, kleinen Gewerbetreibenden und ihren Ehefrauen das Amateurtheater »Volksbühne« als eine geachtete Institution des städtischen Kulturlebens über Jahrzehnte am Leben hielten und mit ihrem Dramatischen Verein ein wichtiger Akteur des örtlichen »Kulturkartells« waren. Ähnlich anderen Vereinen, vornehmlich in Sachsen. Ob sich deren Mitglieder, wie die der Volksbühne Heidenau, gleichfalls mehrheitlich als politisch Linke verstanden haben, mag Benser nicht belegen. Als sicher gilt ihm, dass »diese dramatischen Vereine ... zweifellos überwiegend ein Betätigungsfeld der zu kultureller Selbstbetätigung drängenden unteren Volksschichten« waren. (S. 36)

Und es versteht sich, dass der Autor nicht nur die eigene Erinnerung mobilisiert und die Geschichte der Familie und des Heimatortes lebendig werden lässt. Als versierter Politikhistoriker präsentiert er keine bornierte Lokalgeschichte, sondern leuchtet zugleich die Hintergründe des Organisationslebens deutscher Theatervereine aus und deutet immer wieder auch die Zusammenhänge mit der großen Politik an und rekonstruiert, auf welche Weise sie auf das lokale kulturelle Leben durchschlägt. Das gilt besonders für die beiden Kapitel über die NS-Zeit (»Unter den braunen Machthabern« und »Die Liquidierung der Volksbühne Heidenau«). Auch hier wird auf die verwickelten kulturpolitischen Bemühungen der NS-Funktionäre hingewiesen, um an-

zudeuten, an welchen Umständen die (letztlich vergeblichen) Bemühungen zu messen sind, die Heidenauer Spielgemeinschaft zu erhalten. »Wie im einzelnen versucht worden ist, das Schiff der Volksbühne zwischen Zerschlagung und Anpassung hindurchzusteuern, können wir nur ahnen. Eine offene Konfrontation hätte zweifellos nicht nur das jähe Ende der Volksbühne bedeutet, sondern auch viele Mitglieder an Leib und Leben gefährdet. Also arrangierte man sich zumindest äußerlich.« (S. 121) Instrukтив und lesenswert auch das Schlusskapitel über die letztlich erfolglosen »Bestrebungen zur Neubelebung der Volksbühne«. Hier werden sowohl einige der Schwierigkeiten sichtbar gemacht, die einer Wiederbelebung der Arbeiterkultur entgegenstanden als auch angedeutet, in welchen neuen Formen das Laientheater nun neue Chancen bekam. Die lagen aber eher in seinen anspruchsvoll-bildenden und politisch-bekennenden Varianten.

Im Kern ist es wohl dem Credo »kultureller Hebung« und der damit verbundenen distanzierten Haltung gegenüber den (»politisch indifferenten« und »kulturell minderwertigen«) Arbeitervergnügungen geschuldet, dass die Forschungen zur Arbeiterkultur sich auf bestimmte Bereiche beschränkten. So finden sich wissenschaftliche Berichte über das Arbeitertheater der Kultursozialisten, über proletarisch-revolutionäres Theater, über sozialdemokratische und sozialistische Arbeiterdramatik, über das Arbeitertheater als Instrument politischer Propaganda, über Sprechchöre und Massenspiele, über die Volksbühnenorganisation, proletarisch-revolutionäres Berufstheater – aber so gut wie nichts über die vielen vornehmlich von Arbeitern getragenen Amateurtheater vom Typus der Heidenauer »Volksbühne«. Außerhalb des Schrifttums der diversen (bis in die Gegenwart rührigen) Verbände der Laienbühnen, hat es bislang keine wissenschaftliche Studie gegeben, die die Geschichte eines solchen Arbeitertheaters zu rekonstruieren versucht hätte. Hier ist das Buch von Günter Benser ein Novum. Auch weil der umfangreiche Anhang (detaillierte Aufstellung aller zwischen 1920 und 1939 aufgeführten Stücke, Funktionsübersicht aller Vereinsmitglieder, ausgewählte Pressestimmen u. a.) ausweist, was mit etwas

Glück noch zu sichern möglich ist. Er hat zeigen können, dass ein solches Unternehmen trotz schwieriger Quellenlage lohnen kann und mehr einträgt als eine lokalgeschichtliche Bestandsaufnahme. Denn sein »Bericht über das Wirken eines dramatischen Vereins« ist nicht nur das geworden, was er sich vorgenommen hatte, nämlich »eine Würdigung aller vergleichbaren Unternehmungen und ihrer engagierten Akteure« (S. 16). Es ist zugleich eine exemplarische Studie zur Kulturgeschichte der deutschen Arbeiter im 20. Jahrhundert geworden, ein Lehrstück. Und überdies ist es ein vergnüglich zu lesendes Buch, das man gerne in die Hand nimmt, weil die Spezialisten von der *edition bodoni* dem eine würdige und angemessen schöne Form gegeben haben.

DIETRICH MÜHLBERG

Beiträge

- ADOLPHI, WOLFRAM: Ohne UN-Charta? Anmerkungen zu Marcus Hawels »Befindlichkeit im Blick« (Heft 199)
- ADOLPHI, WOLFRAM: Asiaticus, China 1937 (Heft 200)
- AUERNHEIMER, GUSTAV: Revolution und Räte bei Hannah Arendt und Rosa Luxemburg (Heft 201/202)
- BALIS, STEPHANIE: Wo Sommer wirklich Sommer ist. Eine Reise in die Berge von Kurdistan (Heft 197)
- BEBEL, AUGUST an Karl Liebknecht: »... vor allen Dingen finanziell von der Partei unabhängig sein« (Heft 196)
- BERGMANN, THEODOR: Zwischen Hoffnung und Verzweiflung – Außenwirkungen von 1917 (Heft 196)
- BERNHARD, ARMIN: Bildung als Ware – Die Biopiraterie in der Bildung und ihr gesellschaftlicher Preis (Heft 197)
- BISKY, LOTHAR; SCHEELE, JÜRGEN: Die digitale Spaltung der Gesellschaft (Heft 203)
- BITTNER, WOLFGANG: Lese-Kultur gegen Gewalt. Kinder- und Jugendliteratur als Prophylaxe (Heft 197)
- BLASCHKE, RONALD: Mythos der produktiven Arbeit. Ein neues Buch von Manfred Füllsack zum Thema Arbeit und Grundeinkommen (Heft 205)
- BOCK, HELMUT: Was tun? Russlands Februarrevolution und Lenins »April-Thesen« (Heft 198)
- BOCK, HELMUT: Was ist des Deutschen Vaterland? 175 Jahre Hambacher Fest? (Heft 200)
- BOCK, HELMUT: Von einem, der auszog, der Revolution zuvorzukommen. Zum Beginn der Preußischen Reformen vor 200 Jahren (Heft 204)
- BRANDT, PETER: Vorbildliches Leben nach dem »Prinzip links«. Hermann und Gerda Webers Erinnerungen (Heft 203)
- BUSCH, ULRICH: Berlin – Weltstadtvisionen und Finanzrestriktionen (Heft 195)
- DATHE, DIETMAR: Niedriglohnsektor. Eine Auswertung aktueller Studien (Heft 198)
- DEPPE, FRANK: Hannah Arendt und das politische Denken im 20. Jahrhundert (Heft 201/202)
- DIDIER, RAOUL; TROOST, AXEL: »Steuertransparenz« und Managerlatein (Heft 205)
- DUNCKER, KÄTE und HERMANN: Eine Rußlandreise im Jahr 7 der Oktoberrevolution (Heft 201/202)
- ERSIL, WILHELM: Die EU am 50. Jahrestag der Römischen Verträge (Heft 197)
- FISAHN, ANDREAS: Soziale Rechte – Normierungen im Grundgesetz und im Entwurf der EU-Verfassung (Heft 203)
- Gute Vorsätze – Eine Chrestomathie! (Heft 200)
- GYSI, GREGOR: Ende der Geschichte? Über die Chancen eines modernen Sozialismus (Heft 198)
- HAASE, MAXI: Zwischen Fremdbestimmung und Autonomie. Zur Rolle Indigener in der Entwicklungszusammenarbeit (Heft 198)
- HARTINGER, CHRISTEL: »Nicht gegen mein Gewissen«. Gespräche mit Felicia Langer (Heft 197)
- HAWEL, MARCUS: Befindlichkeit im Blick. Versuch, uns und anderen Israel von »außen« zu erklären (Heft 199)
- HEYER, ANDREAS: Die Last der Verschwörung – Gracchus Babeufs Theorie der Freiheit und Gleichheit (Heft 195)
- HEYER, ANDREAS: Ursprung und Gehalt des Utopiebegriffs von Karl Mannheim (Heft 197)
- HILKER, HEIKO: Für eine Verbesserung der politischen Informations- und Kommunikationskultur (Heft 199)
- IDLER, MARTIN D': »bolo'bolo« (1983) von P. M. Der Entwurf eines globalen Anarchismus als neuer Klassiker der politischen Utopie (Heft 205)
- In memoriam THEODOR LEIPART (1867-1947) (Heft 196)
- IVEN, MATHIAS: Berlin – Rostock – Wien. Dem Philosophen und Physiker Moritz Schlick zum 125. Geburtstag (Heft 203)
- JAHN, JENS-EBERHARD: Zur Akzeptanz von Grundsicherung und Grundeinkommen in

- der Mitgliedschaft der Linkspartei.PDS (Heft 195)
- KANNAPIN, KLAUS: ... andere auf das eigene Niveau herunterziehen (Heft 199)
- KESSLER, MARIO: Heimatlose Linke? Überlegungen zu Fritz Lamm und Leo Kofler (Heft 201/202)
- KIPPING, KATJA: Ist Marx ein Muss für die neue Linke? (Heft 196)
- KISKER, KLAUS PETER: Plädoyer für eine gesellschaftliche Profitorientierung. Interview mit Stefan Kalmring und Andreas Nowak (Heft 198)
- KLEIN, FRITZ: Schicksalsjahr 1917: Wilson oder Lenin. Weichenstellung der Weltgeschichte (Heft 203)
- KRÄTKE, MICHAEL R.: Steuern und Grundrechte: Das Recht auf ein Existenzminimum (Heft 196)
- KRIPPENDORFF, EKKEHART: Die Wiedergeburt Europas – aber aus welchem Geiste? (Heft 201/202)
- KRYSMANSKI, HANS JÜRGEN: Der stille Klassenkampf von oben. Strukturen und Akteure des Reichtums (Heft 205)
- KÜTTLER, WOLFGANG; MAYER, GÜNTER: Post-sowjetische Marxisten in Russland (Heft 201/202)
- LANGNER, HEIKO: Zur antilinken Kritik des Finanzkapitalismus am Beispiel der »Natürlichen Wirtschaftsordnung« (Heft 198)
- LOHMANN, INGRID: Was bedeutet eigentlich »Humankapital«? (Heft 201/202)
- MARXHAUSEN, THOMAS: Marx als Chance (Heft 199)
- MARXHAUSEN, THOMAS: Kommunistisches Manifest (Bearbeiteter) Vorabdruck eines HKWM-Stichwortes (Heft 201/202)
- MATTERN, JOCHEN: Negatives Lernen (Heft 205)
- MAYER, GÜNTER; KÜTTLER, WOLFGANG: Post-sowjetische Marxisten in Russland (Heft 201/202)
- MEIER, JÜRGEN: »Für alle ist irgendwo ein Lächeln...« Dmitri Schostakowitsch zum 100. (Heft 196)
- MEIER, JÜRGEN: Scientology ist weder Kirche noch Sekte! Scientology, eine spätbürgerliche Science-Fiction-Ideologie (Heft 206)
- MEIER, MARTIN: Zur Bedeutung des Militärs in den politischen Utopien, Staatsromanen und Robinsonaden der Frühen Neuzeit (Heft 195)
- MOCEK, REINHARD: An der Schwelle der »intellektuellen Neuzeit« (Heft 204)
- OY, GOTTFRIED: Spurensuche Neue Linke. Das Beispiel des Sozialistischen Büros und seiner Zeitschrift links (Heft 197)
- PÄTZOLT, HARALD: Eine radikale programmatische Wende der Linken? (Heft 203)
- PLENER, ULLA: Wirtschaftsdemokratie in der Programmdiskussion der neuen Linken (Heft 195)
- PLENER, ULLA: Für eine neue Partei. Hoffnungen und Illusionen 1990 (Heft 200)
- PLENER, ULLA: Zu Lenins demokratischer Strategie auf dem Weg zum Sozialismus: 1917 und 1921 (Heft 205)
- RAUBER, ISABEL: Die demokratisch-kulturelle Revolution. Betrachtungen aus Lateinamerika (Heft 206)
- RJASANOW, DAVID BORISOWITSCH: Vorwort zur MEGA 1927 (Heft 206)
- ROTH, WINFRIED: »So können wir nicht länger leben!« Zum 100. Jahrestag der demokratischen Revolution in Russland 1905-1907 (Heft 206)
- RUF, WERNER; STRUTYNSKI, PETER: Militärinterventionen: verheerend und völkerrechtswidrig (Heft 205)
- RUGE, WOLFGANG: Vom Roten Oktober zur Alleinherrschaft der Bolschewiki. Machtkämpfe nach der Machtübernahme (Heft 205)
- SAAGE, RICHARD: Renaissance der Utopie? (Heft 201/202)
- SCHACHTSCHNEIDER, ULRICH: Soziale Nachhaltigkeit als konkrete Utopie? (Heft 196)
- SCHEELE, JÜRGEN; BISKY, LOTHAR: Die digitale Spaltung der Gesellschaft (Heft 203)
- SCHERSTJANOI, ELKE: Erinnerung an die DDR (Heft 204)
- SCHIEL, ILSE UND WOLFGANG: Mensch statt Klasse (Heft 199)
- SCHILLO, JOHANNES: Humba Humba DäDeRä. Die politische Bildung bewältigt das Un-

rechtsregime mit drei Buchstaben (Heft 204)

SCHIRDEWAN, MARTIN: Vorwärts in die Gegenwart (Heft 200)

SCHUSTER, RENATE: Die Wende – ein »Mythensturz«? (Heft 204)

SCHÜTRUMPF, JÖRN: Unter ausgebliehener Flagge: die »Linke« (Heft 200)

SEIDEL, HELMUT: Vom praktischen und theoretischen Verhältnis der Menschen zur Wirklichkeit. Zur Neuherausgabe des Kapitels I des I. Bandes der Deutschen Ideologie von K. Marx und F. Engels (Heft 204)

SEPPMANN, WERNER: Der Marxismus und das Christentum der Bergpredigt (Heft 196)

SIXEL, FRIEDRICH W.: Ist es nicht an der Zeit? Überlegungen zum Wissen als Kapital (Heft 199)

SIXEL, FRIEDRICH W.: Die Zeit um 1968 in der BRD. Eine Erinnerung (Heft 203)

STRUTYNSKI, PETER: Exportartikel Menschenrechte? Auf das »Wie« kommt es an (Heft 196)

STRUTYNSKI, PETER; RUF, WERNER: Militärinterventionen: verheerend und völkerrechtswidrig (Heft 205)

STUDE, SEBASTIAN: Halle/Saale 1989 (Heft 201/202)

TROOST, AXEL; DIDIER, RAUL: »Steuertransparenz« und Managerlatein (Heft 205)

ULLRICH, PETER: Nationaler Kommunismus nach Auschwitz – die DDR und die Jüdinnen und Juden. Ein Bilanzierungsversuch (Heft 199)

VIRCHOW, FABIAN: Von der »antikapitalistischen Sehnsucht des deutschen Volkes«. Zur Selbstinszenierung des Neofaschismus als Anwalt der »kleinen Leute« (Heft 198)

VOGT, TILMANN: »... gehen wir zu ihr!« Der Niedergang der DDR im Lichte des Staatskapitalismustheorems von Friedrich Pollock (Heft 204)

WAHL, DIETRICH: Ernst Bloch über Möglichkeit und linke Diskurse (Heft 195)

WERNER, HARALD: Fünf Fragen an ein zeitgemäßes Curriculum zur Politischen Ökonomie (Heft 197)

WIRTH, GÜNTER: Walther Harichs »Ostorien-

tierung«. Einige Bemerkungen über den Vater von Wolfgang Harich – und ihn (Heft 195)

WIRTH, GÜNTER: Marxismus, Glauben, Religion. Notwendige Bemerkungen zu einem Buch von Uwe-Jens Heuer (Heft 201/202)

WIRTH, GÜNTER: Kurella und die Wartburgtagung (Heft 206)

Wolf, Michael: Sozialpolitik und Soziale Arbeit jenseits des Wohlfahrtsstaats: Leben auf eigenes Risiko (Heft 206)

ZETKIN, CLARA an MARIA REESE: ... tote kalte Formeln ... (Heft 201/202)

ZUCKERMAN, MOSHE: Zur Bedeutung von »Eichmann in Jerusalem« (Heft 201/202)

Konferenzen & Veranstaltungen

BÖHLKE, EFFI: Ein weites Feld. Die Linke und Bourdieu (Heft 200)

DETJE, RICHARD: Konjunkturperspektiven. Zwischen Prosperitätserwartungen und Krisenszenarien – Workshop von Helle Panke und WISSENTransfer (Heft 205)

ELLENBERGER, LENA; NITZSCHE, FRANK: Erneuerung des Sozialstaats in Europa – Chance gegen den Neoliberalismus (Heft 196)

GÜNTER, MARTIN; STRESE, JOHANN: Sozioökonomische Probleme im Leben von Jugendlichen. Impression einer studentischen Konferenz vom 21. 4. bis 26. 4. 2007 in Moskau (Heft 203)

KÜNZEL, ANNEGRET: Der Traum vom Aufbau Ost: Ökonomie als Triebfeder der Einheit? (Heft 204)

Bücher & Zeitschriften

Bathke, Peter; Spindler, Susanne (Hg.): Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa. Zusammenhänge – Widersprüche – Gegenstrategien (HORST HELAS Heft 201/202)

Bernhardt, Rüdiger: Gerhart Hauptmann. Eine Biographie (KAI AGTHE Heft 205)

- Binswanger, Hans Christoph: Die Wachstums- spirale. Geld, Energie und Imagination in der Dynamik des Marktprozesses (ULRICH BUSCH Heft 200)
- Bock, Siegfried; Muth, Ingrid; Schwiesau, Hermann: Alternative deutsche Außenpolitik? DDR-Außenpolitik im Rückspiegel (II) (FRANZ-KARL HITZE Heft 195)
- Bollinger, Stefan: Imperialismustheorien. Historische Grundlagen für eine aktuelle Kritik (KARL-HEINZ GRÄFE Heft 204)
- Friedmann, Ronald: Ulbrichts Rundfunkmann. Eine Gerhart-Eisler-Biographie (HORST HELAS Heft 206)
- Frindte, Wolfgang: Inszenierter Antisemitismus. Eine Streitschrift (HELMUT METZLER Heft 199)
- Fuchs-Heinritz, Werner; König, Alexandra: Pierre Bourdieu. Eine Einführung (NICO KOPPO Heft 203)
- Gorzka, Gabriele; Schulze, Peter W. (Hg.): Wohin steuert Russland unter Putin. Der autoritäre Weg in die Demokratie (KARL-HEINZ GRÄFE Heft 199)
- Groys, Boris; Hagemester, Michael (Hrsg.), unter Mitarbeit von Heiden, Anne von der: Die Neue Menschheit. Biopolitische Utopien in Russland zu Beginn des 20. Jahrhunderts (MICHAEL WEGNER Heft 196)
- Groys, Boris; Hansen-Löve, Aage (Hrsg.) unter Mitarbeit von Heiden, Anne von der: Am Nullpunkt. Positionen der russischen Avantgarde (MICHAEL WEGNER Heft 196)
- Gruhl, Herbert: Unter den Karawanen der Blinden. Schlüsseltexte, Interviews und Reden (1976-1993) (MARKO FERST Heft 199)
- Hauff, Volker; Bachmann, Günther (Hrsg.): Unterm Strich. Erbschaften und Erblasten für das Deutschland von morgen. Eine Generationenbilanz (RAINER RILLING Heft 197)
- Haug, Wolfgang Fritz: Neue Vorlesungen zur Einführung ins »Kapital« (THOMAS MARX-HAUSEN Heft 198)
- Hawel, Marcus: Die normalisierte Nation. Vergangenheitsbewältigung und Außenpolitik in Deutschland (WOLFRAM ADOLPHI Heft 205)
- Hertle, Hans-Hermann; Jarausach, Konrad H. (Hrsg.): Risse im Bruderbund. Die Gespräche Honecker – Breschnew 1974 bis 1982 (JOCHEN ČERNÝ Heft 205)
- Herzog, Rudolph: Heil Hitler, das Schwein ist tot! Lachen unter Hitler – Komik und Humor im Dritten Reich (ECKART SCHÖRLE Heft 206)
- Hoff, Jan; Petrioli, Alexis; Stützle, Ingo; Wolf, Frieder Otto (Hrsg.): Das Kapital neu lesen – Beiträge zur radikalen Philosophie (THOMAS MARXHAUSEN Heft 198)
- Imperialismus heute. Weltmarkt und Weltmacht – Von der globalisierten Zivilgesellschaft und ihrer antiterroristischen Kriegskultur (RENATE DILLMANN Heft 197)
- Jünke, Christoph: Sozialistisches Strandgut. Leo Kofler – Leben und Werk (1907-1995) (JÜRGEN MEIER Heft 203)
- Karmann, Alexander; Klose, Joachim (Hrsg.): Geld regiert die Welt? Wirtschaftliche Reflexionen (ULRICH BUSCH Heft 196)
- Kistler; Ernst: Die Methusalem-Lüge. Wie mit demografischen Mythen Politik gemacht wird (KARL-HEINZ STRECH Heft 206)
- Koenen, Gerd: Der Rußland-Komplex. Die Deutschen und der Osten 1900-1945 (GÜNTER WIRTH Heft 196)
- Körner, Dorothea: Zwischen allen Stühlen. Zur Geschichte des Kunstdienstes der Evangelischen Kirche in Berlin 1961 – 1989. Mit einem Vorwort von Manfred Richter und einem Gespräch mit Heinz Hoffmann (JENS LANGER Heft 198)
- Krüger, Stephan: Konjunkturzyklus und Überakkumulation (ULRICH BUSCH Heft 201/202)
- Kurz, Robert: Das Weltkapital. Globalisierung und innere Schranken des modernen warenproduzierenden Systems (MICHAEL KATZMAYR Heft 195)
- Liessmann, Konrad Paul: Theorie der Unbildung – Die Irrtümer der Wissensgesellschaft (KARL-HEINZ STRECH Heft 204)
- Meier, Klaus; Wittich, Evelin (Hrsg.): Theoretische Grundlagen nachhaltiger Entwicklung – Beiträge und Diskussionen. Seminar des Gesprächskreises Nachhaltigkeit der

- Rosa-Luxemburg-Stiftung (SANDRA THIEME Heft 203)
- Mellies, Dirk: Trojanische Pferde der DDR? Das neutralistisch-pazifistische Netzwerk der frühen Bundesrepublik und die Deutsche Volkszeitung, 1953-1973 (BERND HÜTTNER Heft 205)
- Mommsen, Margareta: Wer herrscht in Rußland. Der Kreml und die Schatten der Macht (KARL-HEINZ GRÄFE Heft 200)
- Montefiore, Simon Sebag: Stalin, Am Hof des roten Zaren (BERT GROSSE Heft 195)
- Nagel, Bernd: Die Eigenarbeit der Zisterzienser (ULRICH BUSCH Heft 197)
- Neurath, Paul Martin: Die Gesellschaft des Terrors. Innenansichten der Konzentrationslager Dachau und Buchenwald, hg. von Christian Fleck und Nico Stehr, aus dem Englischen von Hella Beister (ROGER BEHRENS Heft 195)
- Philo, Greg; Berry, Mike: Bad News from Israel (PETER ULLRICH Heft 204)
- Polzin, Arno: Der Wandel Robert Havemanns vom Inoffiziellen Mitarbeiter zum Dissidenten im Spiegel der MfS-Akten (ANDREAS HEYER Heft 204)
- Rabinovici, Doron; Speck, Ulrich; Sznajder, Nathan (Hg.): Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte (ANDREAS MÜLLER, PETER ULLRICH Heft 197)
- Rehbein, Boike: Die Soziologie Pierre Bourdieus (NICO KOPPO Heft 203)
- Reichardt, Achim: Nie vergessen. Solidarität üben! (ULRICH VAN DER HEYDEN Heft 203)
- Rüstow, Alexander: Freiheit und Herrschaft – eine Kritik der Zivilisation (ULRICH BUSCH Heft 199)
- Saldern, Adelheid von (Hrsg.): Stadt und Kommunikation in bundesrepublikanischen Umbruchszeiten (JOACHIM TESCH Heft 197)
- Schmidt, Günter; Kaufmann, Ulrich: »Ritt über den Bodensee«. Studien und Dokumente zum Werk des Jenaer Germanisten Joachim Müller (KAI AGTHE Heft 196)
- Schmieder, Falko: Ludwig Feuerbach und der Eingang der klassischen Fotografie. Zum Verhältnis von Anthropologischem und Historischem Materialismus (JENS-F. DWARS Heft 195)
- Schumann, Michael; Kuhlmann, Martin; Sanders, Frauke; Sperling, Hans Joachim (Hrsg.) VW-Auto 5000: Ein neues Produktionskonzept. Die deutsche Antwort auf den Toyota-Weg? Eine Studie des Soziologischen Forschungsinstituts (SOFI) Göttingen (MARCUS SCHWARZBACH Heft 198)
- Singelstein, Tobias; Stolle, Peer: Die Sicherheitsgesellschaft. Soziale Kontrolle im 21. Jahrhundert (ANDREAS MARCH, PETER ULLRICH Heft 201/202)
- Stahel, Thomas: Wo-Wo-Wonige! Stadt- und wohnpolitische Bewegungen in Zürich nach 1968 (BERND HÜTTNER Heft 199)
- Steinbach, Matthias; Schlotter, Sven (Hg.): Zweimal Amerika. Deutsche Reisetagebücher 1926 und 1990 (KAI AGTHE Heft 206)
- Stiglitz, Joseph: Die Chancen der Globalisierung (JÖRG ROESLER Heft 200)
- Ström, Pär: Die Überwachungsmafia. Das gute Geschäft mit unseren Daten (ANDREAS MARCH, PETER ULLRICH Heft 201/202)
- Sturm, Daniel Friedrich: Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90 (HARALD LANGE Heft 205)
- Theweleit, Klaus: absolute(ly) Freud Songbook (BENJAMIN MOLDENHAUER Heft 198)
- Theweleit, Klaus: Friendly Fire. Deadline-Texte (BENJAMIN MOLDENHAUER Heft 198)
- Weber, Hermann und Gerda: Leben nach dem »Prinzip links«. Erinnerungen aus fünf Jahrzehnten (FLORIAN WILDE Heft 201/202)
- Winkler, Gunnar: Die Region der neuen Alten. Fakten und Positionen zur sozialen Situation älterer Bürger in den neuen Bundesländern 1990 bis 2005 (JÖRG ROESLER Heft 195)
- Witte, Bernd (Hrsg.): Benjamin und das Exil (GERHARD WAGNER Heft 203)
- Zimmermann, Peter: Geschichte wird uns zugefügt. Ein Ostdeutscher erinnert sich an das 20. Jahrhundert (ULRICH RAMM Heft 206)

Oppenheim for Contemplation

This is a collection of reflections made by the lawyer Heinrich Bernhard Oppenheim (1819-1880), who, because of his unwillingness to convert from the Jewish to the Christian faith, was refused a professorship at Berlin University. A radical democrat, in 1848 Oppenheim participated in revolutionary activities, he published a declaration of human rights close to that written by Robespierre during the French Revolution, but later turned to a national-liberal ideology.

ARNE C. SEIFERT 15 Years of Transformation in Central Asia and the OSZE

The Eurasian continental block, consisting of Western Europe, Russia, Central Asia, China, India and others, forms – the author says – Europe's most important »strategic reserve«. If Europe really wants to develop self-defined global policies, it must develop a close, fruitful and mutually beneficial cooperation with the Central Asian states – Kazakhstan, Kyrgyzstan, Tajikistan, Turkmenistan and Uzbekistan – that derived from the Soviet Union.

THEOCHARIS N. GRIGORIADIS Business Diplomacy and EU Regulatory Policies in the German-Russian Natural Gas Partnership

The author, studying in Berkeley and Moscow, examines the practice and the various aspirations placed in the German-Russian natural gas partnership. Germany seeks to become the hub of the EU's natural gas economy. Because of an almost total dependence upon gas imports, E.ON/Ruhrgas and Wintershall have worked very hard for a consolidated partnership with Gazprom. Consequently this is leading to a conflict of interests with the EU Commission. also seeking to dominate the EU's natural gas economy.

JÖRG ROESLER The »Historical Wages« Cuba's Experience with an (almost) Unconditional Basic Income

Considering the intensive debate in »UTOPIE kreativ« over the past two years, on an unconditional basic income, the author prefers to analyze the question based on practical experience, recalling the »historical wages« that existed from 1964 to 1973 in Cuba. At the time, Fidel Castro and Ernesto »Che« Guevara were enthusiastically in favor of labor free of sanctions and controls, but the project was halted, because of many contradictions that could not be resolved under the reigning economic and social conditions.

BEATRIZ STOLOWICZ

The Latin American Left: Where Do We Stand?

The Latin American Left, the Mexican author says, underestimates the new strategies of the continent's bourgeoisie and right-wing politicians. With pride in some left-wing governments over the last decade, there was a general belief that it would be possible to change the neo-liberal course through »modern«, »responsible«, and »realistic« left policies. But the right wing is striking back with dirty election campaigns, persecution of left candidates and tremendously anti-democratic activities. The Left needs to take this into account.

JAIME CAYCEDO

The Democratic Alternative Pole – The Colombian Left's Political Unity in Action

The Colombian author analyses the AP-PDI agreement signed December 6, 2005 and describes it as a big step in the direction of people's unity (Unidad Popular). This is, he says, totally new for Columbia, because it means overcoming the chronic divisions of the Left. While in the past, opportunist groups tended to exclude the more radical sectors of the Left, there is now a broader understanding that the Left forces need to be united to effectively fight the predominance of the Colombian bourgeoisie and transnational capital.

MARCUS HAWEL

Sense of Freedom and Right of Resistance The Relevance of Art. 20.4 of the Basic Law to the Current Situation

Leading up to the G 8 Summit in Heiligendamm (June 2007) protesters opposed to the summit were portrayed as being close to terrorists, although they had never propagated the use of force. This, the author says, shows just how absurd the discussion of legitimate resistance can become. Characterizing the German military missions in Kosovo and Afghanistan as being in violation of international law and even terrorist in nature, he defends the right of resistance against these on the basis of article 20.4 of the Basic Law.

GERHARD ZEIDLER

Herbert Grohmann. Racist Politician and Doctor. On the Interaction between Nazi- Anthropology and the Public Medical Service in Occupied Poland during World War II

The author presents a detailed reconstruction of SS-documents concerning the German doctor Herbert Grohmann (1908-1945?), who, comparable to the Auschwitz-doctor Josef Mengele, participated, as a high-ranking SS-officer, in the »Germanization« activities of German anthropologists in occupied Poland 1939-1945.

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Hinweise für unsere Autorinnen und Autoren

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Texten ein. Es können jedoch nur Beiträge veröffentlicht werden, die in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht bereits anderswo erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte können per E-Mail (als Attachment) oder auf Diskette (zusammen mit einem Ausdruck) im Word-Programm, vorzugsweise als Rtf-Datei, eingesandt werden. Grafiken sind als gesonderte Datei beizufügen. Aufsätze sollten einen Umfang von **30000 Zeichen**, wovon ein Fünftel auf

Marginalien entfällt, nicht überschreiten. Den Texten ist eine Zusammenfassung/Summary in deutsch und englisch (500 Zeichen) anzufügen. Ferner bitten wir um Angaben zur Autorin/zum Autor (Geburtsjahr, akademische Titel und Grade, Ausbildung, Tätigkeit, Publikationen und, sofern gewünscht, der E-Mail-Adresse) sowie, bei erstmaliger Veröffentlichung, um ein Porträtfoto.

Rezensionen sollten 6000 Zeichen, Annotationen 3000 Zeichen nicht überschreiten. Im Kopf müssen jeweils folgende Angaben – in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion – enthalten sein: Vorname und Name der Autorinnen/Autoren oder Herausgeberinnen/Herausgeber: Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenzahl und (Preis). In Zweifelsfällen wird empfohlen, bei Formfragen ein aktuelles Heft unserer Zeitschrift zu Rate zu ziehen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Bei Ablehnung eines Beitrages werden die betreffenden Daten auf den Rechnern der Redaktion gelöscht. Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

Die Redaktion

Impressum

Herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.
Redaktion:

WOLFRAM ADOLPHI (V.i.S.d.P.), GERD KURZE,
ULLA PLENER, MARTIN SCHIRDEWAN,
JÖRN SCHÜTRUMPF, MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE,
DIETMAR WITTICH

Adresse: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,
Tel.: 030- 44 310-127/123, Fax-122

Internet: www.utopiekreativ.de

E-Mail: utopiekreativ@rosalux.de

Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH,
Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin

Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL

Satz: ELKE SADZINSKI

Druck: MediaService GmbH

BärenDruck und Werbung

Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Vertrieb: ND-Vertrieb, Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin (Tel.: 030 – 29781627)

Einzelverkaufspreis: 6 €

Jahresabonnement (incl. Versand):

57 € (Inland), 75 € (Ausland)

Förderabonnement (incl. Versand): 75 €

Veröffentlichung gem. § 7a Berliner Pressegesetz:

Gesellschafter der NDZ GmbH: Förderative Verlags-, Consulting- und Handelsgesellschaft mbH – FEVAC (100 %), Gesellschafter der FEVAG GmbH: Uwe Hobler, Diplomagraringenieur, Berlin (40 %), Dr. Ruth Kampa, Rechtsanwältin, Berlin (30 %), Dr. Joachim Philipp, Rechtsanwalt, Berlin (30 %)